

Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg

Folgende Auszüge aus ihrer Diplomarbeit hat uns Frau Mag. Susanne Emerich dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

_ Emerich, Susanne, Katholische Kirche in Vorarlberg. Aspekte ihrer Geschichte 1934 – 1950, Dipl. Arb., Innsbruck 2001.

Übersicht

1. Die Kirche in Österreich	2
1.1. Der Klerus	2
1.2. Die Bischöfe	2
1.3. Bischof Alois Hudal	5
2. Erfolgreiche Verhandlungen zwischen Kirche und neuen Machthabern	7
2.1 Die "Feierliche Erklärung"	8
2.2 Reaktionen auf die "Feierliche Erklärung" in Vorarlberg	11
3. Das Konkordat von 1933/34	13
4. Katholische Organisationen	14
4. 1. "Katholische Aktion" und "Volksbund der Katholiken Österreichs"	14
4. 2 "Katholische Reichsfrauenorganisation"	14
4. 4 "Katholische Studentenverbindungen"	14
5. Der politische Katholizismus	16
5. 1 Der politische Katholizismus in Vorarlberg	16
5.2 "Der Reichsbund"	17
5.3 Gegner der CVP	17
5.4 Die Entwicklung des autoritären Staatsgedankens	17
5.5 Die Ergebnisse der Volksabstimmung vom 10.4.1938 in Vorarlberg	19
6. Die Verfolgung der Kirche durch den Nationalsozialismus	20
6.1 Die Aufhebung geistlicher Institute	20
6. 2 Unterdrückung der katholischen Schulen	20
6.3 Die Ausschaltung des Religionsunterrichtes	21
6.4 Die Unterbindung der katholischen Aktion	23
6.5 Die Behinderung der Seelsorge	25
6.6 Aufhebung von Kirchen und Klöstern	28
6.7 Die Beschneidung kirchlicher Vermögensrechte	30
6.8 Kirchengaustritte	30
7. Die kirchliche Lage in Vorarlberg im Jahr 1938	32
7.1 Maßnahmen gegen Geistliche	33
7.2 Priester in Konzentrationslagern	35
7.3 Geistliche Kritik	42
7.4 Priester in der Wehrmacht	43
8. Kriegsende und Neubeginn in Vorarlberg	45
8.1 Die Einstellung der Kirche zur Vergangenheit	45
8.2 Reversionen	46
8.3 Die "Katholische Aktion"	46
8.4 Die französische Militärregierung und der einheimische Klerus	47
9. Resümee	49
10. Anhang	49
10.1 Personalstand des Klerus im Jahr 1939	49
10.2 Überblick über verfolgte Priester in Vorarlberg	49
Bibliographie	53

1. Die Kirche in Österreich

1.1. Der Klerus

Im Jahr 1938 lebten und arbeiteten in Österreich ca. 8000 Welt- und Ordenspriester. In den österreichischen Diözesen, ohne Brixen und Eisenstadt, erfolgte im Zeitraum von 1918 bis 1938 die Weihe von 1805 Weltpriestern, wobei Wien vor Graz, Linz, Gurk, St. Pölten und Seckau mit 489 Geistlichen die führende Position innehatte.

Die Kirche in Österreich hatte ein bedeutendes Mitspracherecht in Bereichen der Politik und des öffentlichen Lebens. Im Jahr 1933 waren fünf Priester als Abgeordnete im Nationalrat, drei im Bundesrat und mehr als ein Dutzend Mandatäre in Landtagen und Gemeinderäten aktive christlichsoziale Politiker. Sie alle wurden Ende 1933 vom Episkopat veranlaßt, auf ihr Mandat zu verzichten. Diese Trennung von Klerus und aktiver Politik, die im Deutschen Reich im Artikel 32 des Reichskonkordats vom Juli 1933 verankert war, ist auch in der Zweiten Republik beibehalten worden.¹

1.2. Die Bischöfe

1.2.1. Wien: Erzbischof Dr. Theodor Innitzer

Im Jahr 1929 war Dr. Theodor Innitzer Minister für soziale Verwaltung in der Regierung Schober. Seine Ministerlaufbahn endete jedoch bereits im Jahr 1930 mit dem Sturz der Regierung. Am 19. März 1932 ernannte Papst Pius XI. Theodor Innitzer zum Erzbischof von Wien und zum Apostolischen Administrator des Burgenlandes. 1933 erfolgte die Ernennung zum Kardinal. Als solcher trat Dr. Innitzer die Nachfolge von Kardinal Friedrich Gustav Piffl an. Die Umgestaltung der Staatsführung durch den autoritären Regierungsstil von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß wurde von Dr. Innitzer als "*Anbruch einer neuen Zeit*"² begrüßt. Beim Begräbnisgottesdienst für den ermordeten Bundeskanzler Dollfuß hielt der Kardinal eine Rede, die diese Begeisterung für den Regierungsstil und die Persönlichkeit des Staatsoberhauptes widerspiegeln:

*Wir danken dir, teurer Kanzler, für dieses Werk. Wir danken dir für dein beispielgebendes christliches Leben aus dem Glauben, auf dem sich dein ganzes Schaffen baute. Das ließ dich im Leben so groß werden, und im Sterben wuchsest du noch darüber hinaus. (...) Und nun bist du, wie der Soldat auf seinem Posten, wie der Krieger im Schützengraben, wie ein Märtyrer gefallen, ein Held, ein Herold, ein Rufer im Streit, ein wahrer Christ, ein Kämpfer, unser Führer.*³

Bei der "Feierlichen Erklärung", welche die Bischöfe nach dem "Anschluß" unterzeichneten und somit den neuen Machthabern die Unterstützung ihrer Ideale zusicherten, spielte Kardinal Innitzer eine wichtige Rolle. Zu diesen Verhandlungen und der "Feierlichen Erklärung" werde ich noch genauer Stellung nehmen. (Siehe Kap. 2.1., S. 24)

Die "Brandmarkung" Innitzers erfolgte, als der Kardinal einen Begleitbrief zur "Feierlichen Erklärung" an Gauleiter Bürckel mit den handschriftlich hinzugefügten Worten "(...) und Heil Hitler!" unterzeichnete. Dieser Nachtrag wurde auf ausdrücklichen Wunsch Bürckels eingefügt. Ich bin der Ansicht, daß Theodor Innitzer diesen Gruß als neue politische Grußformel verstanden haben dürfte, und somit nicht eine nationalsozialistische Haltung des Kardinals widerspiegelt.

¹ Siehe Erika Weinzierl: Kirche und Politik, in: Erika Weinzierl; Kurt Skalnik (Hrsg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Wien-Köln 1983, S. 442f.

² Zit. in: Maximilian Liebmann: Theodor Innitzer und der Anschluß. Österreichs Kirche 1938, Graz-Wien-Köln 1988, S. 24.

³ VV 27.7.1934, 69. Jg., Nr. 170, S. 3.

Auch der Fürsterzbischof von Salzburg, Dr. Sigismund Waitz, war der Meinung, daß der "sogenannte 'deutsche Gruß' (...) seinerzeit allgemein als der amtliche Gruß angesehen"⁴ wurde.

1.2.2. Bischof Dr. Johannes Maria Gföllner

Bereits im Jahr 1929 zeigte sich Bischof Dr. Johannes Maria Gföllner als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. In einem Hirtenbrief wies er auf jene " 'falschen Propheten' hin, die sich auf ihren unerschrockenen Kampf gegen Marxismus, Bolschewismus, Freimaurer, Juden und Rom beriefen"⁵. Aus diesem Grund verfaßte er u.a. folgenden Aufruf an die Katholiken: "Verschließt eure Ohren und tretet ihren Vereinen nicht bei, verschließt eure Türen und lasset ihre Presse nicht in eure Häuser, verschließt eure Hände und unterstützt bei Wahlen nicht ihre Bestrebungen!"⁶

Als Adolf Hitler anlässlich seines Einmarsches in Österreich vom 12. bis 14.3.1938 in Linz weilte, nahm Bischof Gföllner von der Anwesenheit des "Führers" keine Notiz. Selbst als dieser "dem Bischofshof die Mitteilung sandte, er werde den Mariaempfangnisdom besichtigen"⁷, erschien der Bischof nicht persönlich, sondern ließ sich durch einen Prälaten vertreten.

1.2.3. Salzburg: Fürsterzbischof Dr. Sigismund Waitz und Dr. Andreas Rohrer

Der Brixner Moraltheologe Dr. Sigismund Waitz folgte 1918 als Erzbischof auf Ignatius Rieder. Im Jahr 1913 war Waitz zum Generalvikar von Vorarlberg ernannt worden. Darauf folgte die Bischofsweihe im Dom zu Brixen. Im Jahr 1925 wurde Waitz zum Apostolischen Administrator von Innsbruck-Feldkirch ernannt. Dieses Amt hatte er bis zum Jahr 1938 inne. Waitz gilt als Hauptverfasser des Sozialhirtenbriefes der österreichischen Bischöfe von 1925, welcher der päpstlichen Enzyklika "Quadragesimo anno" des Jahres 1931 vorausging.⁸ Am österreichischen Konkordat von 1934 arbeitete Waitz ebenso mit. Im selben Jahr erfolgte die Ernennung zum Fürsterzbischof von Salzburg. Im Oktober 1938 kam es vor dem fürsterzbischöflichen Palais zu Demonstrationen Jugendlicher, die in Liedern und Sprechchören den Bischof verhöhnten und ihn in Dachau sehen wollten. Im Jahr 1939 wurde das erzbischöfliche Palais durch Gauleiter Rainer beschlagnahmt. Waitz mußte im Priesterseminar wohnen und bekam anschließend im Kloster St. Peter eine Wohnung zugewiesen.⁹

Wie Bischof Gföllner war auch Sigismund Waitz ein früherer Gegner des Nationalsozialismus. Als Lehrer und Freund Kaiser Karls war er vermutlich an einer schon für das Jahr 1918 geplanten, von der Schweiz ausgehenden, internationalen, katholischen Friedensinitiative beteiligt.¹⁰ Trotz seiner hohen Stellung war Dr. Waitz vor allem als Seelsorger tätig. Unter Waitz wurden zur Förderung des Priesternachwuchses das Knabenkonvikt Paulinum in Schwaz und das Studentenkonvikt in Feldkirch eingerichtet. Weiters veranstaltete er "Religiöse Wochen", unterstützte die Aktion "Kindergroschen" und führte in Vorarlberg die "Katholische Aktion" ein.¹¹

Im Jahr 1941 starb Dr. Waitz völlig überraschend in Salzburg. Der plötzliche Tod des Erzbischofs gab Anlaß zu Gerüchten. So wurde vermutet, daß der Bischof von der Gestapo oder dem SD durch vergifteten Meßwein umgebracht worden sei. Für diese Fama konnte jedoch kein Beweis gefunden werden.¹²

Der Nachfolger von Dr. Waitz als Fürsterzbischof von Salzburg war der Kapitelvikar von Gurk, Dr. Andreas Rohrer. Er übernahm die Diözese im Jahr 1943. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Salzburg keine theologische Fakultät und kein Knaben- und Priesterseminar mehr. Das Erzbischöfliche Palais war beschlagnahmt worden, und 14 Priester der Diözese befanden sich in

⁴ Zit. in: Hans Jablonka: Waitz-Bischof unter Kaiser und Hitler, Wien 1971, S. 95.

⁵ Zit. in: Erika Weinzierl: Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, Mödling 1988, S. 38.

⁶ Zit. in: Weinzierl: Kirche und Politik, in: Weinzierl; Skalník (Hrsg.): Österreich 1918-1938, Bd. 1, S. 465.

⁷ Zit. in: Liebmann: Theodor Innitzer und der Anschluß, S. 70.

⁸ Siehe Christoph Vallaster: Die Bischöfe Vorarlbergs, Dornbirn 1988, S. 100.

⁹ Siehe Jakob Fried: Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich, Wien 1947, S. 36f.

¹⁰ Siehe Vallaster, S. 97.

¹¹ Siehe Vallaster, S. 100.

¹² Siehe Jablonka, S. 149.

verschiedenen Konzentrationslagern. Deshalb war die erste Predigt, die Dr. Rohrachner im Dom hielt, ein "*mutiges Bekenntnis zu Christus, dessen Diener er sich auch in seinem erzbischöflichen Wappenspruch nannte*"¹³.

Vor seiner Tätigkeit als Bischof war Dr. Rohrachner von 1915 bis 1918 Priester in Spittal an der Drau. Von dort holte ihn Bischof Hefter nach Klagenfurt und ernannte ihn zum Ordinariatssekretär. Nach Studien der Rechte und des kanonischen Rechts in Innsbruck, Wien und Rom, die er mit dem Doktorat abschloß, empfing Andreas Rohrachner im Jahr 1933 die Würde eines Weihbischofs. Bereits fünf Jahre später hatte er das Amt eines Generalvikars inne. Am 3.2.1943 erfolgte schließlich die Wahl zum Fürsterzbischof von Salzburg.

Dr. Rohrachners politische Haltung richtete sich gegen das NS-Regime. So reiste er bis nach Berlin, um Enthaltungen seiner Mitbrüder und die Aufhebung von Verordnungen zu erreichen. Im Jahr 1938 setzte er sich für Gestapogefangene und für slowenische Priester ein. So ließ er, entgegen der vom NS-Staat forcierten Germanisierung, Predigten auf slowenisch ausarbeiten. Im Mittelpunkt seines Wirkens stand die Seelsorge: Wie Sigismund Waitz intervenierte Dr. Rohrachner für die Abhaltung der Kinderseelsorgestunden, welche nur mehr in Kirchen, Kapellen und Sakristeien abgehalten werden konnten.¹⁴

1.2.4. Gurk: Fürsterzbischof Dr. Adam Hefter

Der gebürtige Bayer Adam Hefter übernahm die Diözese Gurk Ende 1914 als Bischof. Dr. Hefter wurde von den Nationalsozialisten als "einzig deutscher Bischof" bezeichnet, da dieser sich für die Begnadigung der nach dem Juliputsch vom 25.7.1934 zum Tod verurteilten Nationalsozialisten eingesetzt hatte. Aus diesem Grund kam es zwischen Dr. Hefter und dem Grazer Bischof Pawlikowski zu einer gewissen Distanz. Laut Erika Weinzierl dürfte für Hefters Einsatz "*seine bayrische Herkunft, die national gemischte Diözese und die Wirtschaftsnot der dreißiger Jahre*"¹⁵ mit ausschlaggebend gewesen sein. Nach dem 11.3.1938 verwendeten die Nationalsozialisten Hefters Aussagen zu Propagandazwecken. Das Ziel dieser Propaganda, die Spaltung des österreichischen Episkopats, wurde dadurch allerdings nicht erreicht. Bischof Hefter gab als einziger der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung vom 10.4.1938 einen positiven Kommentar ab. In diesem begrüßte er die Vereinigung Österreichs mit dem "*großen deutschen Vaterland*" und hob die Leistungen des Nationalsozialismus auf sozialem Gebiet, sowie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, hervor.¹⁶ Hitler stellte sich daraufhin mit Dr. Hefter demonstrativ der Presse.

Durch den schließlich hart geführten nationalsozialistischen Kirchenkampf und seinen schlechten Gesundheitszustand angegriffen, resignierte Dr. Adam Hefter im Sommer 1939. Von 1939 bis 1945 leitete Dr. Andreas Rohrachner als Kapitelvikar die Diözese Gurk.¹⁷

1.2.5. St. Pölten: Bischof Michael Memelauer

In St. Pölten wurde Bischof Johann Rößler im Jahr 1927 von Michael Memelauer abgelöst. Die Interessen des neuen Bischofs galten der Seelsorge und der Diözesanverwaltung. Seine wirklichkeitsnahe Haltung bewährte sich vor allem in der Zeit des Kirchenkampfes gegen die Nationalsozialisten. In kurzen, sachlichen Hirtenbriefen forderte er seine Gläubigen auf, ihre religiöse Überzeugung in Wort und Tat auszuführen. Im Oktober 1939 kam es aufgrund seiner antinationalsozialistischen Haltung zu Demonstrationen jugendlicher Nationalsozialisten gegen den Bischof.¹⁸

¹³ Erika Weinzierl: *Ecclesia semper reformanda. Beiträge zur österreichischen Kirchengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien-Salzburg 1985, S. 204.

¹⁴ Siehe Fried, S. 51.

¹⁵ Weinzierl: *Ecclesia semper reformanda*; S. 204.

¹⁶ Siehe Ebd., S. 237f.

¹⁷ Siehe Ebd., S. 204f.

¹⁸ Siehe Fried, S. 40.

1.2.6. Graz-Seckau: Fürsterzbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski

Dr. Ferdinand Pawlikowski folgte in Graz-Seckau auf Bischof Leopold Schuster. Der neue Bischof stand der Politik Schuschniggs und dem Ständestaat positiv gegenüber und lehnte den Nationalsozialismus entschieden ab. Am 11.3.1938 wurde er aus diesem Grund 24 Stunden lang inhaftiert und ist somit der einzige katholische Diözesanbischof im "Großdeutschen Reich", der von den Nationalsozialisten in Gefangenschaft genommen wurde.¹⁹

1.2.7. Innsbruck-Feldkirch: Weihbischof Franz Tschann und Bischof Dr. Paul Rusch

Im Jahr 1925 erfolgte die Loslösung der Apostolischen Administration Innsbruck-Feldkirch von der Diözese Brixen.²⁰ Der Apostolische Administrator war bis zum Ende der dreißiger Jahre Dr. Sigismund Waitz. Im Jahr 1936 erfolgte die Ernennung des Bludenzers Franz Tschann zum Generalvikar. Im Herbst 1938 übernahm schließlich Dr. Paul Rusch von Erzbischof Waitz die Administration Innsbruck-Feldkirch.²¹

Weihbischof Tschann versuchte mit Sachlichkeit den Nationalsozialisten entgegenzutreten. So wehrte er sich als einziger Bischof gegen den Inhalt der "Feierlichen Erklärung", indem er sich gegen die öffentliche Verkündung des Textes zur Wehr setzte. Als es zum Verbot des Religionsunterrichts kam, setzte er sich für dessen Aufrechterhaltung ein. Durch seinen Einsatz gelang es Tschann, dieses wichtige Seelsorgemittel zum Teil zu erhalten.²²

Am 30. November 1938 wurde Dr. Paul Rusch von Fürsterzbischof Waitz zum Titularbischof von Lykopolis in der Thebais geweiht, dem als Administrator von Innsbruck-Feldkirch alle Rechte und Vollmachten eines Residentialbischofs zustanden.²³ Der neue Bischof war den Nationalsozialisten, besonders Gauleiter Hofer, ein Dorn im Auge. Dr. Rusch wurde deshalb in seiner Funktion als Bischof von Hofer nicht anerkannt, was zur Folge hatte, daß sämtliche von Rusch gefertigte Akten nicht zur Kenntnis genommen wurden. Als Verbindungsmann zwischen dem Bischof und den neuen Machthabern mußte Provikar Draxl fungieren.²⁴ Die antinationalsozialistische Haltung des Bischofs wird durch den Einsatz für den verhafteten Chefredakteur des "Vorarlberger Volksblattes", Kaplan Georg Schelling, deutlich. Dr. Rusch setzte sich persönlich bei Landeshauptmann Toni Plankensteiner ein und erklärte sich sogar bereit, anstelle Schellings die Haft anzutreten, jedoch ohne Erfolg. Weiters war der Bischof gehässigen Schikanen durch die Nationalsozialisten ausgesetzt. Im Jahr 1940 mußte er schließlich seine Wohnung verlassen.²⁵ Viel härter als diese Maßnahmen dürfte den Bischof allerdings das Vorgehen gegen seinen Provikar, den Vorarlberger Dr. Carl Lampert, getroffen haben. Dieser wurde wegen seines christlichen und aufrechten Verhaltens am 13.11.1944 durch das Fallbeil hingerichtet.²⁶ Auf das Schicksal von Dr. Lampert werde ich in einem eigenen Kapitel genauer eingehen. (Siehe Kap. 7.2.5., S. 77)

1.3. Bischof Alois Hudal

Bischof Alois Hudal war Rektor der "Anima" in Rom und zählt somit nicht zu den Diözesanbischöfen. Dennoch möchte ich auf ihn eingehen, da er im Hinblick auf den Nationalsozialismus eine umstrittene Rolle spielte.

Veranlaßt durch das "Deutsche Abkommen" vom 11.7.1936, das zwischen Schuschnigg und Hitler abgeschlossen wurde, verfaßte Hudal einen Artikel in der "Reichspost". Dieser Bericht wurde anonym abgedruckt, weshalb Gerüchte über eine Autorenschaft Innitzers auftauchten, die Waitz mit dem Hinweis, der Artikel stamme von keinem österreichischen Bischof, ablehnte.

¹⁹ Siehe Liebmann: Theodor Innitzer und der Anschluß, S. 68.

²⁰ Siehe Vallaster, S. 62.

²¹ Siehe Weinzierl: Ecclesia semper reformanda, S. 206.

²² Siehe Vallaster., S. 102.

²³ Siehe Ebd., S. 62.

²⁴ Siehe Johannes Schöch: "Die Entwicklung der kirchlichen Lage 1938", DÖW 10.930, DMG Sch. IX/2.

²⁵ Siehe Vallaster, S. 62.

²⁶ Siehe Ebd., S. 62.

Deshalb mußte sich Hudal schließlich zu seinem Werk bekennen. Weiters verfaßte Alois Hudal ein Buch mit dem Titel "Die Grundlagen des Nationalsozialismus", in dem er eine nicht unkritische Darstellung des ideengeschichtlichen Zusammenhangs zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert darzulegen versuchte. Er wollte vom christlichen Standpunkt einen Weg zum "*Verständnis des Nationalsozialismus ebnen*"²⁷ und die Durchsetzung eines "christlichen Nationalsozialismus" erreichen, was auch sein Wahlspruch "Ecclesiae et Nationi" verdeutlicht.²⁸ Die offizielle Kirche, vor allem Papst Pius XI. und Kardinalstaatssekretär Pacelli, lehnten Hudals Werk wegen seiner teilweise nationalsozialistischen Befürwortung ab.

Im Jahr 1944 trat Alois Hudal in einem anderen Zusammenhang nochmals in Erscheinung. Nach der Übergabe Roms an die Alliierten übernahm er am 6.6.1944 die provisorische Leitung des "Ufficio Austriaco". Mit Zustimmung der Alliierten stellte Alois Hudal Identitätskarten aus, deren Empfänger nicht nur Österreicher und geflohene Juden, sondern auch ehemalige Nazis waren. Bischof Hudal legitimierte sein Vorgehen, indem er sagte, er wolle seine "*ganze karitative Arbeit in erster Linie besonders den sogenannten 'Kriegsverbrechern' weihen, die von Kommunisten und 'christlichen' Demokraten verfolgt wurden*"²⁹. So habe er "*nicht wenige mit falschen Ausweispapieren ihren Peinigern durch die Flucht in glücklichere Länder entrissen*"³⁰.

27 Alois Hudal: Die Grundlagen des Nationalsozialismus, Wien 1936, S. 13, 241, 349, zit. in: Weinzierl: Kirche und Politik, in: Weinzierl; Skalnik (Hrsg.): Österreich 1918-1938, S. 467.

28 Siehe Ernst Klee: Persilscheine und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen, Frankfurt am Main 1991, S. 32.

29 Alois Hudal: Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs, Graz-Stuttgart 1976, S. 21, zit. in: Ernst Klee, S. 32.

30 Ebd., S. 32.

2. Erfolgreiche Verhandlungen zwischen Kirche und neuen Machthabern

Bereits in den frühen Morgenstunden des 12.3.1938 forderte ein Trupp SA-Leute Einlaß im fürsterzbischöflichen Palais in Salzburg. Fürsterzbischof Sigismund Waitz notierte dazu in seinem Tagebuch: *"Es waren einige Bewaffnete, unbekannt, ob reichsdeutsche Soldaten oder Hiesige: SA-Leute. Dreistündige Untersuchung; Kanzlei der Kathol. Aktion. Vierstündige Untersuchung in der Kanzlei des Ehegerichtes."*³¹

Am gleichen Tag verfaßte Kardinal Innitzer in Wien einen Aufruf, der am nächsten Tag in der "Reichspost" publiziert wurde. In diesem Appell wandte er sich an die *"Katholiken der Wiener Erzdiözese"*, die aufgefordert wurden, am Sonntag, den 13.3.1938, ein Gebet zu sprechen, *"um Gott dem Herrn zu danken, für den unblutigen Verlauf der großen politischen Umwälzung, und um eine glückliche Zukunft für Österreich zu bitten."* Um sich nicht mit den neuen Machthabern anzulegen, sollten *"allen Anordnungen der Behörden gerne und willig Folge geleistet werden"*³².

Laut dem Historiker Maximilian Liebmann hebt sich Innitzers Aufruf "wohlthuend" von den sonstigen begeisterten Berichten und dem Personenkult um Adolf Hitler ab, von dem in diesen Tagen die Zeitungen überfüllt waren. Er ist der Meinung, Innitzer habe *"keineswegs ein Dankgebet für den Anschluß, sondern bloß für dessen unblutigen Verlauf aufgefordert"*³³.

Am 15.3.1938 wurde dem Kardinal eine Audienz beim "Führer" gewährt. Jakob Weinbacher, der Sekretär und engste Vertraute des Kardinals, berichtet darüber in seinem Tagebuch:

*Der Herr Kardinal fuhr in Begleitung (...) zum Hotel Imperial. Beim Aussteigen ertönten aus der Menge Pfuirufe und wüstes Pfeifen. Botschafter Papen empfing den Kardinal und äußerte seine allergrößte Befriedigung, daß Eminenz sich zu diesem Besuche entschlossen habe.(...) Der Kardinal begrüßte zuerst den Führer und brachte ihm dann die Bereitsheit der Katholiken zum Ausdruck, loyal zum neuen Staate zu stehen. Der Führer äußerte sich befriedigt, die Kirche werde es nicht zu bereuen haben, wenn sie sich loyal zum Staate stelle.*³⁴

Am selben Tag notierte Sigismund Waitz:

*Wir stehen vor dem Weltkrieg. Österreich wird teilnehmen müssen am Krieg Deutschlands. Auch Südtirol wird daran teilnehmen müssen. Es wird ein gewaltiges Ringen werden (...) Gedanke an die Abstimmung. Schwere Stimmung kommt wieder. Was kann noch alles kommen? Um so inniger das Gebet (...)*³⁵

Weiters trägt sich Waitz mit dem Gedanken, die Volksabstimmung am 10.4.1938 zu ignorieren:

*Ich will nicht gegen die Regierung stimmen, aber man solle es mir erlassen, zur Abstimmung zu gehen, weil das sehr schlecht ausgelegt werden würde. (...) Kirche macht nie Revolution, sie hat die Pflicht, Seelsorge zu üben, und zwar nach den Verhältnissen, die sie vorfindet. Wir betreiben weder 1. politischen Katholizismus noch 2. nationalsozialistischen Katholizismus. Wir haben die bisher bestehende Regierung unterstützt, weil sie die Kirche unterstützt. Zwischen Staat und Kirche muß ein freundliches Verhältnis bestehen, gegenseitiges Auskommen, einander nicht hinderlich zu sein, einander zu unterstützen.*³⁶

³¹ Sigismund Waitz: Tagebuch, zit. in: Liebmann: Theodor Innitzer und der Anschluß, S. 66f.

³² Reichspost, 45. Jg., 13.3.1938, Nr. 72, S. 5., zit. in: Liebmann, S. 67.

³³ Liebmann, S. 67.

³⁴ Weinbacher: Niederschrift, zit. in: Maximilian Liebmann: Vom März zum Oktober 1938. Die katholischen Diözesanbischöfe und der Nationalsozialismus in Österreich, St. Pölten 1988, S. 2.

³⁵ Waitz: Tagebuch, 14.3.1938, zit. in: Jablonka, S. 120.

³⁶ Ebd.: S. 120.

Nach dem Treffen zwischen Hitler und Innitzer beauftragte der Kardinal den ehemaligen Rittmeister Jauner, den Augen- und Ohrenzeugen dieses Gesprächs, mit der Anfertigung eines Protokolls.

Laut Jauners Protokoll meinte Hitler:

Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm, war es mein fester Wille, mit den beiden großen Kirchen als allein anerkannten Gemeinschaften zusammenzuarbeiten. Aber beide haben das nicht verstanden (...) Ich wollte nur diese beiden Kirchen ohne das kleine Splitterwerk. (...) Und der Staat bringt ja auch so viele Opfer für die Kirche, darum hoffe ich, daß hier ein Wendepunkt eintrete um Verhältnis von Kirche und Reich und daß sich das auch auf das andere Deutschland auswirken möge. Allerdings muß sich die Kirche restlos hinter den Staat stellen.³⁷

Auch Gauleiter Bürckel, der von Hitler per Dekret "mit der Vorbereitung der Volksabstimmung betraut"³⁸ worden war, brachte am 24.3.1938 in einer Rede im Konzerthaus in Wien zum Auftakt des Wahlkampfes, seine Vorstellung von den Aufgaben der Kirche zum Ausdruck:

Nachdem der Gauleiter mit dem System Schuschniggs abgerechnet hatte, erklärte er:

(...) Der Nationalsozialismus will sich um die völkischen Dinge kümmern und die Kirche ausschließlich um das Seelenheil. Und wenn beide guten Willen haben, muß diese Aufgabe zum Segen des Volkes gereichen. Christus hat die Pflichten selbst verteilt, wenn er sagte: "Gott, was Gottes ist, dem Kaiser, was des Kaisers ist." Und bei dieser Entscheidung, die wir anerkennen, muß es bleiben.³⁹

Somit war schon vor dem Zusammentreffen Bürckels mit den Bischöfen die Einstellung des Gauleiters zur Funktion der Kirche in der neuen Regierung klar.

Am 25.3.1938 wurde ein Artikel im "Vorarlberger Tagblatt" abgedruckt, dessen Tenor mit der Aussage Bürckels übereinstimmt:

Man hat früher in der Deutschland feindlich gesinnten Presse immer wieder davon erzählt, daß in Deutschland die Kirche und die Priester verfolgt würden. In einem Lande (...), das am Sonntag katholische Morgenfeiern sendet, kann wohl nicht gut von Kirchenverfolgung die Rede sein. Im Deutschen Reiche will die jetzige Regierung nichts anderes, als Religion und Politik auseinanderhalten. In der Politik bestimmt der Führer und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, auf die Politik haben die Bischöfe und Priester keinen bestimmenden Einfluß zu nehmen. (...) wenn sie [Anm. d. Verf.: die Priester] sich ausschließlich als Seelenhirten betätigen und darauf verzichten, in Politik zu machen, dann wird es zwischen der Religion und Politik in Vorarlberg ebensowenig wie im Dritten Reich einen Kampf geben.⁴⁰

2.1 Die "Feierliche Erklärung"

An die Aussage Hitlers: "Wenn die Kirche sich hinter den Staat stellt und sich auf ihr Gebiet beschränkt, wird sie es nicht zu bereuen haben"⁴¹, klammerte sich die Hoffnung des Kardinals und der Bischöfe. Diese Hoffnung wurde jedoch getrübt, als Gauleiter Bürckel Kardinal Innitzer einen Entwurf für eine Erklärung der Bischöfe vorlegte. Damit bezweckte Bürckel eine Anschließerkklärung des Episkopats.

Bürckels Entwurf zu einer Erklärung der Bischöfe hatte folgenden Wortlaut:

³⁷ Jauner: Protokoll, zit. in: Liebmann: Theodor Innitzer und der Anschluß, S. 73.

³⁸ Reichspost vom 14.3.1938, S. 2, zit. in: Liebmann: Theodor Innitzer und der Anschluß, S. 80.

³⁹ VT, 25.3.1938, 21. Jg., 69. Folge, S. 2.

⁴⁰ VT, 16.3.1938, S. 3.

⁴¹ Jauner, in: Kleruskonferenz. Gedächtnisprotokoll, zit. in: Liebmann, S. 74.

In einer Aussprache mit den österreichischen Bischöfen legte Gauleiter Bürckel die Arbeit und die Erfolge der NSDAP auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik vor.

Die Bischöfe gaben darauf folgende Erklärung ab:

a) Wir erkennen den Segen der Arbeit der NSDAP für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten dankbar an, zumal ohne diese Arbeit der Bolschewismus bestimmt gekommen wäre. b) Wir halten es daher für die Pflicht der Kirche, dafür zu beten, wofür die Partei arbeitet.

c) Wir werden uns am Tage der Volksabstimmung als Deutsche zum Reich bekennen und erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

*Wien, den 16. März 1938
Dr. Ba.-Ht.⁴²*

Kardinal Innitzer faßte diesen Text als "Zumutung" auf, und beauftragte Dr. Sigismund Waitz mit dem Entwurf einer Gegendarstellung. Daraufhin fertigte dieser gemeinsam mit Meißner, einem früheren Vertreter der katholischen Soziallehre, einen Text an, der zwar auf dem Bürckel-Entwurf basierte, aber "etwas von der Grundposition, die Österreichs Kirche bis dahin eingenommen hatte"⁴³ verdeutlichte.

Der Gegenentwurf hatte folgenden Wortlaut:

In einer Aussprache mit den österreichischen Bischöfen legte Gauleiter Bürckel die Arbeit und die Erfolge des NS-Staates auf den Gebieten des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik vor. Die Bischöfe gaben darauf folgende Erklärung ab:

a) Mit aufrichtiger Anerkennung für dieses Wirken zum Wohle des Deutschen Reiches und Volkes und namentlich den ärmsten Schichten, sind die österreichischen Bischöfe den Darlegungen des Herrn Gauleiters Bürckel gefolgt und haben namentlich auch die Verdienste der NSDAP in der Abwehr der Gefahren des Bolschewismus gewürdigt.

b) Die Bischöfe begleiten dieses Wirken der NSDAP mit ihren Segenswünschen (und ihrem Gebete) und ermahnen auch die Gläubigen zum Gebete, daß Gottessegens dieses Wirken begleite.

c) Die österreichischen Bischöfe legen Wert darauf, festzustellen, daß für den Katholiken der Gehorsam gegen die staatliche Obrigkeit und die Treue zu seinem Volk sittliche Verpflichtung ist. Deshalb fordern sie die Katholiken zum Gehorsam gegen den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler und die staatlichen Gesetze auf. Sie ersuchen aber auch, das Verhalten der Katholiken gegenüber der staatlichen Obrigkeit aus den gleichen Gründen zu würdigen und ihnen dessentwegen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ihr Dank wird das Bekenntnis zu Führer, Volk und Reich und der volle Einsatz ihrer Kräfte für die großen Ziele des Führers und Reichskanzlers sein.

d) Da der Führer erklärt hat: Die Kirche wird ihre Treue gegenüber dem Staate nicht zu bereuen haben, sind die österreichischen Bischöfe überzeugt, daß die in Aussicht genommenen Besprechungen über die Fragen, welche Kirche und Staat zugleich berühren, namentlich über die Frage der Jugendseelsorge, ein beide Teile vollbefriedigendes Ergebnis erzielen werden.

e) Am Tage der Volksabstimmung werden wir uns selbstverständlich als Deutsche zum Reich bekennen und erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.⁴⁴

⁴² Zit in: Liebmann, S. 82f.

⁴³ Ebd., S. 85.

⁴⁴ Zit. in: Liebmann, S. 86.

Nachdem dieser Entwurf von der Bischofskonferenz nicht angenommen wurde, kam es zu einer umredigierten Fassung des Bürckelentwurfs, die von den Bischöfen akzeptiert wurde. Dieser Text lautete folgendermaßen:

In einer Aussprache mit den österreichischen Bischöfen legte Gauleiter Bürckel die Arbeit und die Erfolge der nationalsozialistischen Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik dar. Die Bischöfe gaben darauf folgende Erklärung ab:

a) Wir anerkennen dieses Wirken der nationalsozialistischen Bewegung für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten, zumal dadurch die Gefahr des Bolschewismus abgewehrt wurde.

b) Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren Segenswünschen und werden die Gläubigen in ähnlichem Sinn ermahnen.

c) Wir werden uns am Tage der Volksabstimmung als Deutsche zum Reich bekennen und erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

*Wien, am 18. März 1938.*⁴⁵

Gauleiter Bürckel lehnte diese Änderungsmaßnahmen ab und schickte seine Vertreter Klaus Selzner, Dr. Klaus Engelram und Dr. Josef Himmelreich zu den Bischöfen. Bürckels Stellvertreter erklärten den Bischöfen, daß der Gauleiter mit der Erklärung nicht einverstanden sei, denn *"schließlich habe er an der Besprechung überhaupt nicht teilgenommen, was aber in der Einleitung derselben zu lesen sei"*⁴⁶. Daraufhin unterbreitete Selzner den Bischöfen eine neue Erklärung, die, wie er feststellte, nicht abgeändert werden könne, da der Gauleiter in Eile sei und auf die Unterschrift der Bischöfe nicht länger warten könne. Am 20.3.1938 solle dieser Text in den Domkirchen, und am 27.3.1938 in allen Seelsorgestationen Österreichs verlesen werden. Schließlich unterzeichneten die Bischöfe diesen oktroyierten Text, der als sogenannte "Feierliche Erklärung" bezeichnet wurde.

Laut Bischof Waitz glaubte man, *"den Versuch machen zu sollen, in unwichtigen Sachen entgegenzukommen, um Größeres zu erwirken, mitzuhelfen, daß die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im Frieden erfolge"*⁴⁷. Diese Erklärung sollte sich allerdings nicht als "unwichtige Sache" herausstellen, denn sie wurde von den Nationalsozialisten als wichtiges Propagandamittel verwendet und an sämtlichen Litfaßsäulen im gesamten "Deutschen Reich" plakatiert.⁴⁸

Da die Bischöfe jedoch nicht im Entferntesten an solche Propagandamaßnahmen dachten, sondern der Meinung waren, daß diese Erklärung nur für die innerkirchliche Verkündigung in Österreich gedacht sei, unterzeichneten sie ohne Bedenken die sog. "Feierliche Erklärung".

Diese hatte folgenden Wortlaut:

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

⁴⁵ Zit. in: Ebd., S. 89.

⁴⁶ Zit. in: Liebmann, S. 91.

⁴⁷ Waitz: Tagebuch, zit. in: Liebmann, S. 91.

⁴⁸ Siehe Liebmann: S. 91.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.
 + Dr. Adam Hefter F.B.
 + Th. Kard. Innitzer Eb.
 + Ferdinand Pawlikowski Fb.
 + S. Waitz F.E.B.
 + Michael Memelauer
 + Johannes Maria Gföllner⁴⁹

2.2 Reaktionen auf die "Feierliche Erklärung" in Vorarlberg

Für den Vorarlberger Weihbischof Franz Tschann war klar, daß er diese Mitteilung, wie von Waitz in einem Schreiben angeordnet, am 20.3.1938 in der Bischofskirche von Feldkirch nicht verlesen würde. Am liebsten hätte sich Tschann von der Empfehlung zur Volksabstimmung gänzlich distanziert. Er ahnte jedoch, daß diese Einstellung negative Folgen haben würde. Generalvikariatsrat Dr. Johannes Schöch wurde mit einem Schreiben Tschanns nach Salzburg geschickt.

In diesem Brief heißt es u.a.:

(...) Die Erwägung der Hochwürdigsten Herren Bischöfe ist mit großer Sorgfalt und auch mit viel Entgegenkommen abgefaßt. Immerhin war ich von der Textierung überrascht. (...) Die gegenwärtige Textierung entspricht nicht dem Denken und Fühlen unseres Vorarlberger Volkes, ringt der nationalsozialistisch gesinnten Bevölkerung keine Achtung ab, macht die in gutem Glauben der früheren Regierung treu ergebenen Anhänger irre und verwundet diejenigen, die in dieser nun einmal unvermeidlichen Übergangszeit Opfer an Freiheit bringen müssen. (...) Eine ganze Generation würde es in Vorarlberg der Kirche nicht vergessen, mit der wörtlichen Publikation dieser Erklärung der Hochwürdigsten Bischöfe Glauben und Vertrauen in die kirchliche Führung des Landes verloren zu haben. Ich bin mir vollkommen im klaren darüber, daß ich in Vorarlberg seelsorglich eine Unmöglichkeit bin und auf die Dauer als Bischof in Vorarlberg nicht mehr ersprießlich wirken kann, wenn die Erklärung der Hochwürdigsten Bischöfe in diesem Wortlaut hier im Lande verlesen wird. Ich wünsche selbst einen günstigen Ausgang des Wahlaktes am 10. April und die Abgabe der Stimmen für den Anschluß an Deutschland; im andern Fall müßte ja nur unser gutes katholisches Volk von Vorarlberg unter einer ungünstigen Stimmenabgabe leiden. Ich sehe eine Möglichkeit, daß mir Eure Exzellenz die Ermächtigung geben, unter ausdrücklicher Berufung auf die Enuntiation der Hochwürdigsten Bischöfe der Erklärung eine Fassung zu geben, die voll den Sinn der bischöflichen Weisung entspricht, aber die Form so mildert, daß sie für die Bevölkerung aller Parteirichtungen tragbar ist.⁵⁰

Laut Dr. Schöch konnte "trotz dringendster Vorstellungen" dieser Bitte nicht zugestimmt werden, denn diese

(...) war auch nach der erfolgten allgemeinen Veröffentlichung der Erklärungen in Faksimile-Plakaten an allen Anschlagstellen in Stadt und Land im ganzen Reichsgebiet wertlos, und so erfolgte die Verlesung mit einer Einleitung auch hier, allerdings erst am 3. April anstatt am angeordneten 27. März.⁵¹

⁴⁹ Zit. in: Ebd., S. 91ff.

⁵⁰ Tschann am 23.3.1938 an Fürsterzbischof Waitz in Salzburg, zit. in: Gerhard Wanner: Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg, Dornbirn 1972, S. 15f.

⁵¹ Johannes Schöch: "Die Entwicklung der kirchlichen Lage 1938", DÖW Nr. 10.930, DMG Sch. IX/2

Dr. Schöch berichtet in seinen Erinnerungen weiter, daß Kanzler Nell-Breuning, der in Amerika weilte, nach der Erklärung der österreichischen Bischöfe gesagt haben soll: "(...) wenn die katholische Kirche ein Verein wäre, würde ich jetzt aus diesem Verein austreten"⁵².

Für den Klerus kam das Schreiben der Bischöfe ebenso überraschend. Viele Priester waren schockiert, denn sie hatten den Eindruck, daß die Bischöfe nun hinter dem NS-Regime stünden. Die Realität konnten die wenigsten von ihnen ahnen. Ein Vorarlberger Priester bezeichnet seine Emotionen in diesen Tagen folgendermaßen: "*Ich hatte tagelang eine ungeheure Wut im Bauch, das muß ich offen sagen!*"⁵³

Es drängt sich die Frage auf, ob die Bischöfe die Unterzeichnung der "Feierlichen Erklärung" umgehen hätten können. Da die Bischöfe die Pflicht hatten, sich um die Durchführung der Seelsorge und Religionsausübung zu kümmern, schien eine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten vorerst notwendig zu sein.⁵⁴ Zu Beginn der NS-Herrschaft war auch noch nicht absehbar, zu welchen Maßnahmen die neuen Machthaber fähig sein würden. Außerdem waren die Bischöfe den Idealen und Ideen des Nationalsozialismus anfangs offensichtlich nicht abgeneigt. Gemeinsamkeiten, wie beispielsweise das Feindbild des Kommunismus und Bolschewismus, waren durchaus gegeben. Weiters glaubte die Kirche, eine gemeinsame Verhandlungsbasis mit den Nationalsozialisten finden zu können, da das Zusammenspiel zwischen Kirche und Regierung bereits während des Ständestaates funktioniert hatte. Als der österreichische Episkopat im Jahr 1938 feststellen mußte, daß die Verhandlungen mit den neuen Machthabern nicht nach Wunsch verliefen und auch erste Verfolgungen gegen die Kirche einsetzten, war klar, daß die neue Regierung als ernstzunehmender Verhandlungspartner unglaubwürdig war.

⁵² Ebd.

⁵³ Jakob Fußenegger: Zeitzeuge eines Jahrzehnts 1938-1948. Ein Priester erzählt, Dornbirn 1988, S. 47.

⁵⁴ Siehe Fried, S. 29f.

3. Das Konkordat von 1933/34

Die konfliktverursachenden Themen zwischen Kirche und Staat in der Zwischenkriegszeit betrafen vor allem die Kongrufrage, das Schulwesen, die Ehegesetzgebung, sowie die öffentlich-rechtliche Stellung der Kirche in Österreich. Da eine Abgrenzung der Kompetenzen der Kirche notwendig erschien, wurde die Abhaltung eines Konkordates für sinnvoll erachtet. Im Konkordat von 1933/34 wurden diese "Streitpunkte" zugunsten der kirchlichen Interessen geregelt.

Die Vorverhandlungen für das Konkordat hatten bereits im Jahr 1929 begonnen. Für den Konkordatsabschluß traten Ignaz Seipel und Bischof Sigismund Waitz ein. Letzterer war besonders daran interessiert, die von ihm verwaltete Apostolische Administratur Innsbruck-Feldkirch zu einer eigenen Diözese erheben zu lassen und hoffte somit, eine Lösung im Rahmen des Konkordats zu erreichen.⁵⁵ Bischof Waitz daher im November 1929 während einer Bischofskonferenz die Initiative für die Zustimmung zur Abhaltung eines Konkordats. Er erreichte, daß alle Bischöfe eine Bittschrift an den Papst unterzeichneten, in dem das Kirchenoberhaupt um die Erlaubnis für ein Konkordat mit Österreich gebeten wurde. Diese Bitte wurde zunächst wegen der bevorstehenden Wahlen in Österreich abgelehnt. Der aus Vorarlberg stammende christlichsoziale Bundeskanzler Otto Ender stellte schließlich im Februar 1931 im Ministerrat den Antrag auf die Durchführung eines Konkordats. Er wurde daraufhin ermächtigt, Rom in dieser Frage zu kontaktieren. Nun zeigte sich Rom bereit, Konkordatsverhandlungen aufzunehmen. Die Verhandlungsthemen sollten das Eherecht und

*(...) der Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen, die Errichtung konfessioneller Schulen, die Anerkennung und Dotierung der Privatschulen, die Revision der Diözesangrenzen, die Anerkennung der Feiertage nach dem Codex Juris Canonici, die Systematisierung und Verbesserung der Dotierung der Bischöfe, des Klerus und der Seminare, die Verbesserung der Verwaltung des Religionsfonds (...)*⁵⁶ sein.

Unter der Regierung von Bundeskanzler Buresch, die von Juni 1931 bis Mai 1932 dauerte, gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Der Nachfolger von Buresch war Engelbert Dollfuß, der die Verhandlungen wieder fortführen konnte. Nach anfänglichen Fortschritten in den Gesprächen, die zwischen Unterrichtsminister Rintelen und Papst Pius XI, sowie Kardinalstaatssekretär Pacelli geführt wurden, verzögerten sich diese durch die politische Entwicklung in Deutschland und in Österreich. Durch die veränderte politische Lage befürchtete Bundeskanzler Dollfuß eine Gefährdung der Selbständigkeit Österreichs. Daher wollte er zu einem möglichst schnellen Abschluß kommen; u.a. weil sich der österreichische Bundeskanzler vom Vatikan moralische Unterstützung für seinen autoritär-ständestaatlichen Regierungskurs erhoffte. Diese moralische Hilfe durch die Kirche wollte Dollfuß durch die Berufung der neu einzuführenden Verfassung auf die Enzyklika "Quadragesimo anno" von Papst Pius XI. erlangen.

Schließlich konnte das Konkordat am 1.5.1933 paraphiert werden, nachdem sich die verschiedenen Parteien darauf geeinigt hatten, eine staatliche Ehegesetzgebung aus dem Vertrag auszuklammern. Am 5.6.1933 unterzeichneten Dollfuß und Schuschnigg das Konkordat, dessen Ratifizierung zunächst auf sich warten ließ. Während das deutsche Reichskonkordat am 10.9.1933 ratifiziert wurde, war man in Österreich von der Einberufung des Parlamentes und somit von der Ratifikation des Konkordates weit entfernt.⁵⁷ Am 24.4.1934 erfolgte schließlich die Ratifikation durch Papst Pius XI. Es dauerte aber noch bis zum 30.4.1934, als mit der neuen Verfassung auch das Konkordat publiziert werden konnte, und Bundespräsident Dr. Wilhelm Miklas dieses unterzeichnete.

⁵⁵ Siehe Alfred Kostecky: Kirche und Staat, in: Ferdinand Klostermann; (Hrsg.): Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien-München 1966, S. 207.

⁵⁶ Erika Weinzierl-Fischer: Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, S. 193.

⁵⁷ Siehe Ebd., S. 226.

4. Katholische Organisationen

Nach einer Studie von Ferdinand Klostermann und Josef Leb waren die katholischen Laien zwischen 1932-1934 in insgesamt 219 katholischen Vereinigungen vertreten.⁵⁸

4. 1. "Katholische Aktion" und "Volksbund der Katholiken Österreichs"

Die führenden Dachverbände waren die "Katholische Aktion" und der "Volksbund der Katholiken Österreichs". Schon 1919 hatte es in Salzburg erste Versuche zur Gründung einer gemeinsamen Katholikenorganisation gegeben. Schließlich erfolgte durch Papst Pius XI. im Dezember 1922 die Gründung der "Katholischen Aktion". Dieser Verband sollte eine einheitliche, kirchlich geführte Laienorganisation werden - konträr zum politischen Monopolanspruch des Faschismus. Das Ziel des zweiten großen katholischen Dachverbands, des 1910 errichteten "Katholischen Volksbundes", war die Wiedereinführung des Christentums in alle Lebensbereiche.⁵⁹

4. 2 "Katholische Reichsfrauenorganisation"

Ein weiterer wichtiger Verein war die 1907 gegründete "Katholische Reichsfrauenorganisation", die als Arbeitsgemeinschaft der diözesanen katholischen Frauenorganisationen und Frauenverbände, sowie der katholischen weiblichen Standesvereine anzusehen ist. Im Jahr 1931 gehörten dieser Organisation unter der Bundesrätin Fanny Starhemberg in ganz Österreich 188.453 Mitglieder an. Zählt man die Arbeitsgemeinschaften und angegliederten Vereine dazu, ergibt sich eine Mitgliederzahl von ca. 250.000 Frauen. Von den Jugendorganisationen war der 1921 gegründete "Reichsverband der Katholischen Mädchenvereine" am größten.⁶⁰

4.3 "Katholischer Lehrerbund"

Von den katholischen berufsständigen Organisationen ist noch der "Katholische Lehrerbund für Österreich - Christliche Reichslehrerschaft" zu nennen, der ca. 11.000 Mitglieder hatte. Mit 111.939 Mitgliedern gehörte die 1909 gegründete "Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs" zur Spitze der 21 christlichen Gewerkschaftsverbände.⁶¹

4. 4 "Katholische Studentenverbindungen"

Die ersten katholischen Studentenverbindungen waren noch in der Zeit des liberalen Kulturkampfes gegründet worden. Vor dem Ersten Weltkrieg kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen mit den die Universitäten dominierenden Mitgliedern der deutschnationalen, antiklerikalen, schlagenden Verbindungen. Konträr dazu stand der Katholische Kartellverband (CV), der die Mensur ablehnte. Unter den vorherrschenden Kriegseindrücken schlossen sich die beiden Verbindungen in der Deutschen Studentenschaft als einzige "großdeutsche" Standesorganisation zusammen. In der Zwischenkriegszeit kam es zu einem beachtlichen Aufstieg des CV. So wurden zwischen 1918 und 1938 elf neue Verbindungen gegründet.

Da Bundespräsident Ignaz Seipel und Bundeskanzler Engelbert Dollfuß beide CVer waren, kam es in der Ära Seipel und der Ära Dollfuß zu einer weitgehenden Identifikation des CV mit der Politik des Ständestaates. Neben den politischen Persönlichkeiten waren ebenso Vertreter der Kirche Mitglieder des Cartellverbands. Von den Bischöfen sind u.a. Kardinal Innitzer, Kardinal König, Erzbischof Rohrer zu nennen. Männer der katholischen Presse und des öffentlichen Lebens -

⁵⁸Siehe Ferdinand Klostermann: Das organisierte Apostolat der Laien und die Katholische Aktion, in: Ferdinand Klostermann; Hans Kriegl; Otto Mauer; Erika Weinzierl (Hrsg.): Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 2, Wien 1967, S. 102.

⁵⁹ Siehe Weinzierl: Kirche und Politik, in: Weinzierl, Skalník (Hrsg.): Österreich 1918-1938, S. 446ff.

⁶⁰ Siehe Weinzierl: Kirche und Politik, in: Weinzierl; Skalník (Hrsg.): Österreich 1918-1938, S. 448f.

⁶¹ Siehe Ebd., S. 450.

wie beispielsweise Karl Lueger, Wilhelm Miklas, Kurt Schuschnigg. Julius Raab, Leopold Figl - waren auch Verbindungsbrüder.⁶²

1938 kam "*das Ende Österreichs und damit des CV*"⁶³. Durch nationalsozialistische Schikanemaßnahmen wie Entlassungen aus öffentlichen Ämtern, Verhaftungen, Einweisungen in Konzentrationslager und sogar Ermordung veranlaßt, erfolgte am 7.6.1938 die Auflösung des Kartellverbands. Allerdings setzten die Verbindungen im Geheimen ihr Wirken fort; beispielsweise entstand 1940 in Innsbruck eine neue katholische Studentenverbindung namens "Alpinia", deren Wahlspruch "*Amico fides, patriae vita, Deo omnia*"⁶⁴ lautete.

⁶² Siehe Josef Leb: Der Cartellverband Katholischer Österreichischer Studentenverbindungen (ÖCV), in: Ferdinand Klostermann, Hans Kriegl, Otto Mauer, Erika Weinzierl (Hrsg.): Kirche in Österreich 1918-1965, Band 2, Wien 1967, S. 13.

⁶³ Siehe Ebd.: S. 13.

⁶⁴ Zit. in: Ebd., S. 14.

5. Der politische Katholizismus

Der "politische Katholizismus" kann in der Zeit von 1914 bis 1918 folgendermaßen eingegrenzt werden: Zu ihm gehörte die Hierarchie und der Klerus, sowie die Christlichsoziale Partei in ihrer Kerngruppe, allerdings nicht zur Gänze, denn *"es gab in ihr durchaus liberale, achristliche Gruppierungen"*⁶⁵.

Markante Höhepunkte, die den Zusammenhang zwischen Kirche und Politik verdeutlichen, zeigen die Jahre 1923 und 1927. In beiden Jahren waren die Kirchenaustritte äußerst hoch, was auf die massive Kirchenaustrittspropaganda der Sozialdemokraten zurückzuführen ist. So lautete 1923 eine Aufforderung der Sozialdemokraten an die Katholiken: *"Man kann nicht Sozialist und Kirchengänger zugleich sein. Heraus aus der Kirche, werdet konfessionslos!"*⁶⁶

Im Jahr 1933 hatte Bundeskanzler Dollfuß die Anzahl der Austritte mit der Verordnung vom 16.8.1933 heruntergedrückt, in der erklärt wurde, daß austrittswillige Personen auf ihren Geisteszustand untersucht werden sollten. Diese Maßnahme und allgemein die Etablierung des Ständestaates, dürften für den Zuwachs der Kircheneintritte 1934, mit einer Anzahl von 30.510 Mitgliedern alleine im Raum Wien, verantwortlich sein.⁶⁷

Engelbert Dollfuß berief sich, wie bereits erwähnt, in seinem politischen Vorgehen auf die Enzyklika "Quadragesimo anno" von Papst Pius XI aus dem Jahr 1931. In diesem am 15.5.1931 erlassenen Schreiben proklamierte das Oberhaupt der katholischen Kirche die berufsständische Ordnung, *"die bereits fester Bestandteil faschistischer Parteiprogramme war"*⁶⁸. Österreichs Politiker, die *"Ausschau nach der Rettung aus dem ideologischen und parteipolitischen Schlamassel hielten"*⁶⁹, sahen in diesen Ordnungsprinzipien eine Lösung. Nach der Meinung des Jesuitenpaters Oswald von Nell-Breuning wurde dieses Schreiben in Österreich jedoch falsch interpretiert, denn *"die Enzyklika war kein Staatsprogramm, sondern ein Aufruf zur Gesellschaftsreform"*⁷⁰.

5. 1 Der politische Katholizismus in Vorarlberg

In Vorarlberg war die Christlichsoziale Volkspartei (CVP) bereits vor dem Ersten Weltkrieg die führende politische Kraft. Wichtige Landespolitiker, aber auch bedeutende Bundespolitiker kamen aus ihren Reihen. Zu erwähnen sind u.a. Otto Ender, Landeshauptmann von 1918 bis 1934, Bundeskanzler von 1930 bis 1931 und Verfassungsminister von 1933 bis 1934; Jodok Fink, Vizekanzler von 1919 bis 1920 und Nationalratsabgeordneter von 1918 bis 1929; Ferdinand Redler, Landeshauptmannstellvertreter von 1918 bis 1934 und Landeshauptmann von 1930 bis 1931; Ulrich Ilg, Landesrat 1934 und Staatssekretär 1934.⁷¹

In den dreißiger Jahren setzte sich der Vorarlberger Landtag aus 18 Christlichsozialen, vier Sozialdemokraten, zwei Nationalsozialisten und je einem Abgeordneten der Großdeutschen Partei und des Landbundes zusammen. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß der Großteil der Vorarlberger Bevölkerung eine positive Einstellung zur Kirche hatte.⁷² Die CVP kann somit als *"eine Ausprägung des katholisch-konservativen Lagers auf der politisch-parlamentarischen Ebene"*⁷³ angesehen werden. Als "Partei der katholischen Kirche" ließ die CVP ihre kirchlichen Ideale auch in den Wahlkampf einfließen, wie ein Leitspruch aus dem Wahlkampf des Jahres 1920 verdeutlicht:

"Für Heimat und Herd!"

⁶⁵ Ernst Hanisch: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938, Wien-Salzburg 1977, S. 2.

⁶⁶ Zit. in: Weinzierl-Fischer: Die österreichischen Konkordate, S. 141.

⁶⁷ Siehe Hanisch, S. 4.

⁶⁸ Karlheinz Deschner: Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert, 1991, Bd. 1, S. 407.

⁶⁹ Fußenegger: S. 21f.

⁷⁰ Zit. in: Ernst Hanisch: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich, S. 24.

⁷¹ Siehe Karl Heinz Burmeister: Geschichte Vorarlbergs, Dornbirn 1983, S. 183f.

⁷² Siehe Wanner, S. 20.

⁷³ Werner Dreier: Zwischen Kaiser und "Führer". Vorarlberg im Umbruch 1918-1938, Bregenz 1986, S. 158.

*Für Glaube und Vätersitte!
Für Frauenwürde und Kinderglück!
Das walte Gott."*⁷⁴

Auch Dr. Sigismund Waitz schaltete sich in den Wahlkampf ein. So ordnete er einen Gebetstag für den Ausgang der Wahlen im Jahr 1923 an und verfaßte 1927 einen Aufruf zu den Nationalratswahlen, in dem er die Katholiken davor warnte, "ihre Stimmen der 'religionsfeindlichen Partei', deren Devise 'Austria delenda est' sei"⁷⁵, zu geben. Auch die Bischöfe schlugen diesen Kurs ein. 1930 mahnte der Episkopat schließlich: "Keine Stimme einer unchristlichen, kirchenfeindlichen oder religiös-freiheitlichen Partei, sondern jede Stimme für die katholische, wahrhaft christliche und kirchentreue Partei."⁷⁶

Die christlichsozialen Politiker empfanden sich als über den Klassen stehend, was in der Realität jedoch anders aussah: So überwogen in der Praxis die Interessen der Industriellen, Gewerbetreibenden und Selbständigen aus der Landwirtschaft. Bei der politischen Arbeit wurden die Christlichsozialen von Vereinen und Genossenschaften unterstützt, die das Gerüst der traditionellen katholischen Vorarlberger Gesellschaft bildeten. Dazu zählten neben Kirchenchor und Musikverein auch die Konsumvereine.

5.2 "Der Reichsbund"

Neben der CVP sind als weitere Vertreter des politischen Katholizismus in Vorarlberg die im "Reichsbund der Österreicher" organisierten Monarchisten zu nennen. Sie setzten sich für die Wiederherstellung der Habsburgerherrschaft ein und hatten als prominenten Befürworter Bischof Waitz auf ihrer Seite. Dieser begrüßte als ehemaliger Lehrer Kaiser Karls diese politische Richtung durchaus. Im wesentlichen spielte der "Reichsbund" jedoch keine größere Rolle. "Er war präsent, aber keine bestimmende Größe."⁷⁷

5.3 Gegner der CVP

Als Gegner der christlichsozialen Partei sind vom rechten Lager die Großdeutschen, der Landbund, die Vereinigung der Hausbesitzer und später die Nationalsozialisten zu nennen. Von der linken Seite richteten sich die Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Christlichsoziale Volkspartei.⁷⁸

5.4 Die Entwicklung des autoritären Staatsgedankens

Durch die Ereignisse des Jahres 1927 beeinflusst, entwickelten die Vorarlberger Christlichsozialen das Modell eines autoritären Staates. Ihr Ziel war eine autoritäre Demokratie, die über die Grenzen Vorarlbergs hinaus bundespolitisch wirksam sein sollte. Bis 1931 strebten die Vorarlberger Christlichsozialen keine faschistische Diktatur an. Ab 1933 tendierte deren Politik schließlich zu einer eigenen österreichischen Version des Faschismus. So meinte Otto Ender in einer Rede auf dem Parteitag der Christlichsozialen am 1.5.1933: "Was gesund ist vom Hitlertum wollen wir aufgreifen und soweit auch verwirklichen, als es für unsere Vorarlberger und für unsere österreichischen Verhältnisse paßt."⁷⁹ Weiters richtet sich Ender gegen die Sozialdemokraten und hebt die Regierung Dollfuß lobenswert hervor, in dem er betont, daß sogar der Papst mit seiner Enzyklika "Quadragesimo anno" dieser Entwicklung beipflichtet. Die Empfehlung des Ständestaates durch Papst Pius XI. sollte "vor allem ein Gegengewicht zu jeder Art Marxismus sein (...). Es [Anm. d. Verf.: das Rundschreiben] dekretierte die völlige Unvereinbarkeit der Kirchenlehre sowohl mit der radikalen Richtung des Marxismus, dem

⁷⁴ VV 17.10.1920, zit. in: Dreier, S. 171.

⁷⁵ Zit. in: Weinzierl: Ecclesia semper reformanda, S. 241.

⁷⁶ VV 25.10.1930, zit. in: Dreier, S. 172.

⁷⁷ Dreier, S. 158.

⁷⁸ Siehe Dreier, S. 160.

⁷⁹ VV 2.5.1933, zit. in: Dreier: S. 228.

*Kommunismus, als auch mit der des gemäßigten Sozialismus*⁸⁰. Diese Meinung vertrat auch Ender: "(...) *Alles ruft heute nach Autorität, nach Führung. Das ist gut so. Liberalismus und Marxismus haben uns Autoritätslosigkeit genug beschert. Jetzt kommt die katholische Auffassung wieder zur Geltung, der das Autoritätsprinzip wesenseigen ist.*"⁸¹

1934 verschärfte sich, im Hinblick auf das austrofaschistische System in Österreich, auch die Einstellung Enders. In einer Rede vom 8.2.1934 am Bauerntag in Dornbirn sprach er vor 1600 Bauern und u.a. auch die Kirche vertretenden Persönlichkeiten, wie beispielsweise Dr. Waitz, über den neuen Staat, an dessen Verfassung er als Minister maßgeblichen Anteil hatte. Dr. Ender forderte u.a. in einer am diesen Tag verabschiedeten Resolution als ersten Punkt, *daß "staatsfeindliche, autoritätszersetzende und kirchenfeindliche Organisationen"*⁸² im neuen Staat nicht mehr geduldet werden sollen.

Der, wie bereits erwähnt, ebenfalls anwesende Dr. Waitz bezeichnete diesen Landesbauerntag, in dem er einen "*Lichtpunkt (...) und Hoffnungsstrahl*" sah, als "*eine der wichtigsten Versammlungen, die seit 20 Jahren hier gehalten worden sind*"⁸³. Wie vielfältig die Begeisterung von Sigismund Waitz sein konnte, wird bei einer Ansprache beim Feldkircher Jugendtag am 30.5.1934 deutlich, als er die Jugendlichen mit "*Heil katholische Jugend! Heil Vaterland Österreich! Heil der katholischen Regierung von Österreich!*"⁸⁴ begrüßte. Die katholische Jugend, die vor allem ein religiöser Verein war, entwickelte sich im Austrofaschismus zu einer Kampforganisation, die sich in der "Jungfront", "Jung-Österreich" und dem "Österreichischen Jungvolk" organisierte und zur Verteidigung des Katholizismus aufrief.

Neben Sigismund Waitz zeigten sich die österreichischen Bischöfe vom neuen Regierungsstil ebenso beeindruckt und forderten in einer Erklärung am 23.2.1934 den ständischen Aufbau Österreichs, der die Demokratie beenden sollte. In einer, am Tag zuvor stattfindenden, Bischofskonferenz empfahl der Episkopat den in der Katholischen Aktion zusammengefaßten Organisationen, daß die Mitglieder dieser Gruppierungen der "Vaterländischen Front" beitreten sollen.⁸⁵ Allerdings engagierte sich die Kirche nicht mit der Vehemenz für das "christliche" Österreich, mit der sie 15 Jahre lang den Bolschewismus bekämpft hatte: "*Der Kampf des Austrofaschismus gegen Kommunisten und Sozialisten wurde zwar unterstützt; gegen die Nationalsozialisten war die Hilfe von kirchlicher Seite aber eher gering*"⁸⁶. Am 12. Oktober 1934 wurde durch den Obmann Josef Marte der Christlichsoziale Volksverein als Organisationsorgan der CVP aufgelöst, "*ohne daß die konservative Elite personell wesentlich verändert worden wäre*"⁸⁷ und formierte sich von neuem in der "Vaterländischen Front."

Dr. Ender hatte bis zum 1.5.1934, mit der Durchsetzung der neuen Verfassung, sein Ziel weitgehend erreicht. In deren Einleitung veränderte Otto Ender den Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes vom 1.10.1920 dahingehend, daß er die Worte: "*Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus*" in den Satz: "*Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung*"⁸⁸ umänderte.

Neben Otto Ender spielte die überwiegende Mehrheit der Vorarlberger Christlichsozialen bei der Entwicklung des Austrofaschismus in Vorarlberg eine Rolle; als Mitverantwortliche sind v.a. Johann Josef Mittelberger und Ulrich Ilg zu nennen.

Ilg definierte seine politische Einstellung folgendermaßen:

⁸⁰ Karlheinz Deschner: Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert, 1991, Bd. 1, S. 410.

⁸¹ VV 2.5.1933, zit. in: Dreier, S. 229.

⁸² VV 9.2.1934, zit. in: Dreier, S.231.

⁸³ Zit. in: Dreier, S. 257.

⁸⁴ VV 1.6.1934, zit. in: Dreier, S. 258.

⁸⁵ Siehe Weinzierl: Kirche und Politik, in: Weinzierl; Skalník (Hrsg.): Österreich 1918-1938, Bd. 1, S. 485.

⁸⁶ Zit. in: Dreier, S. 258.

⁸⁷ Dreier, S. 158.

⁸⁸ Zit. in: Dreier, S. 231.

(...) Diese Auffassung von Demokratie, daß man zuerst den Herrgott gegenüber verantwortlich ist und das tun muß, was man für das allgemeine Wohl als das Beste und Gerechteste erkennt, ohne Rücksicht darauf, ob man dafür von den Wählern mehr gelobt oder getadelt wird, habe ich als wichtigen Grundsatz immer gepredigt.⁸⁹

Die Christlichsozialen dominierten auch die Medienlandschaft Vorarlbergs. Mit der Tageszeitung "Vorarlberger Volksblatt" und der Wochenbeilage "Holunder" hatten sie vor den sozialdemokratischen Blättern "Vorarlberger Wacht", "Der Sozialdemokrat" die Führung inne. Die Nationalsozialisten waren ab 1932 mit der in Innsbruck erscheinenden Zeitung "Der rote Adler" in Vorarlberg vertreten.⁹⁰

5.5 Die Ergebnisse der Volksabstimmung vom 10.4.1938 in Vorarlberg

Trotz des Christlichsozialen Überschusses im Vorarlberger Landtag entschlossen sich in der Volksabstimmung vom 10.4.1938 von 95.015 Stimmberechtigten 91.905 Vorarlberger für den Anschluß an Deutschland. 1.274 Personen hatten sich mit "Nein" ausgesprochen, und 511 stimmten ungültig.⁹¹ Somit stand nicht ganz Vorarlberg, wie es Landeshauptmann Toni Plankensteiner in einem Artikel an die "*Vorarlberger! Nationalsozialisten!*"⁹² behauptete, hinter Hitler, aber dennoch hatten sich 98% für den "Anschluß" ausgesprochen. Sicherlich ist dieses Ergebnis nicht auf demokratischem Weg zustande gekommen, da sich zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits zahlreiche NS-Gegner in Konzentrationslagern befanden, viele Personen von der Stimmabgabe ausgeschlossen waren und bei der Abstimmung selbst mit undemokratischen Mitteln vorgegangen wurde. Somit läßt sich das Wahlergebnis nicht mit einer antikirchlichen Einstellung der Vorarlberger gleichsetzen, denn im April 1938 stand die Bevölkerung noch nicht vor der Alternative "Kirche - Nationalsozialismus", "*und außerdem schien den Optimisten eine Symbiose ohne weiteres möglich.*"⁹³

⁸⁹ Ulrich Ilg: Meine Lebenserinnerungen, Dornbirn 1985, zit. in: Dreier, S. 156f.

⁹⁰ Siehe Dreier, S. 174.

⁹¹ VT, 11.4.1938, 21. Jg., 83. Folge, S. 1.

⁹² VT, 11.4.1938, 21. Jg., 83. Folge, S. 1.

⁹³ Wanner, S. 20.

6. Die Verfolgung der Kirche durch den Nationalsozialismus

6.1 Die Aufhebung geistlicher Institute

Im Sommer 1938 fiel das Institut "Stella Matutina" in Feldkirch den Nationalsozialisten zum Opfer. In Gesamtösterreich wurden alle zehn bischöflichen Knabenseminarien aufgehoben. Von dieser Maßnahme waren auch die katholischen Studentenkonvikte betroffen. Die Seminargebäude wurden teilweise im Besitz der Bischöfe gelassen, konnten jedoch von den Bischöfen nicht für katholische Zwecke genutzt werden. So richteten die Nationalsozialisten dort vielfach HJ-Heime oder nationalsozialistische Studentenheime ein. Neben den Knabenseminarien waren auch einige Priesterseminare von der Schließung betroffen. So wurden das "Canisianum" in Innsbruck und die theologische Fakultät in Graz aufgehoben. In Salzburg wurde die theologische Fakultät als einfache Diözesanlehranstalt weitergeführt. Als einzige Fakultät blieb jene in Wien bestehen.⁹⁴

6.2 Unterdrückung der katholischen Schulen

Dem Konkordat entsprechend hatte die Kirche das Recht, katholische Privatschulen zu eröffnen. Die katholischen Schulorden, wie die Schul- und Marienbrüder, die Piaristen, die Benediktiner, Jesuiten etc. hatten solche Schulen eingerichtet. Für Mädchen gab es auch Schulen dieser Art, die von Dominikanerinnen, Ursulinen, den Klosterfrauen vom heiligsten Herzen Jesu etc. geleitet wurden. Letztere hatten auch in Bregenz eine Bildungsstätte: "Riedenburg - Sacré Coeur". Diese existiert noch heute als reines Mädchengymnasium- und Internat.

Obwohl im Artikel 23 des Reichskonkordats der NS-Staat die "*Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen*" gewährleistet hatte, wurde mit dem Erlaß vom 19.7.1938 durch das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten sämtlichen Privatschulen Österreichs das Öffentlichkeitsrecht entzogen.⁹⁵

Der Vorarlberger Landeshauptmann Toni Plankensteiner versuchte diesen Erlaß als sein persönliches Werk darzustellen.

So schrieb er in einer "Verordnung des 'Landeshauptmannes von Vorarlberg'":

Um eine Schulerziehung im Geist der nationalsozialistischen Weltanschauung zu gewährleisten, entziehe ich mit heutigem Tage allen Privatschulen und Lehranstalten wie überhaupt allen Schulen des Landes Vorarlberg, welche bisher an die Bewilligung des Öffentlichkeitsrechtes gebunden waren, das Öffentlichkeitsrecht.

Ebenso untersage ich mit heutigem Tage alle Aufnahmen in die 1. Klasse dieser Privatschulen und Lehranstalten. Bereits erfolgte Aufnahmen sind ungültig. Diese Maßnahme ist umso berechtigter, als die einzig evangelische Schule im Lande sich aufgelöst hat und das Belassen anderer konfessioneller Privatschulen eine einseitige Bevorzugung darstellen würde. Mit der Durchführung wird der Landesschulrat betraut.

Der Landeshauptmann: Plankensteiner. ⁹⁶

Die Folgen dieses Rechtsentzugs bestanden u.a. im Verbot der Ausstellung staatsgültiger Zeugnisse und der Abhaltung von Reifeprüfungen. Die Absicht, die hinter dieser Anordnung stand, war die Hoffnung, daß die Schulen wegen Schülermangels von sich aus ihre Tore verschließen mußten.

Kardinal Innitzer protestierte bereits am 23.7.1938 bei Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquart gegen den Entzug des Öffentlichkeitsrechtes. Generalvikar Tschann fuhr am 19.8.1938 zur

⁹⁴ Siehe Fried, S. 43f.

⁹⁵ Siehe Viktor Reimann: Innitzer-Kardinal zwischen Hitler und Rom, Wien 1967, S. 154-160.

⁹⁶ Verordnung der Landeshauptmannschaft Vorarlberg, Bregenz, 20.7.1938, Akte

Bischofskonferenz nach Wien. In seiner Abschlußverlautbarung meinte Innitzer, daß die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat sich zunehmend verschlechtern würden und aus diesem Grund die Verhandlungen nicht mehr fortgesetzt werden könnten. Von nun an begann sich die Kirche zurückzuziehen und "*ihre Tätigkeit auf die 'innere Mission' auszudehnen*"⁹⁷.

6. 2. 1 Aufgehobene Schulen in Vorarlberg

Um die doch beträchtliche Zahl der aufgehobenen und geschlossenen Schulen Vorarlbergs zu verdeutlichen, sei folgende Zusammenfassung angeführt:⁹⁸

6. 2. 1. 1 Mittelschulen

Von den Mittelschulen waren das Obergymnasium der Patres Salvatorianer in Lochau, das Gymnasium und Realgymnasium "Stella Matutina" in Feldkirch, welches heute das Musikkonservatorium beherbergt; das Obergymnasium der Zisterzienser Mehrerau, das heute immer noch als reines Bubeninternat existiert; das Katholische Lehrerseminar der Schulbrüder in Feldkirch; die Frauenoberschule der Dominikanerinnen Marienberg, und die Höhere Töchterschule in Riedenburg, die beide noch heute bestehen, betroffen.

6. 2. 1. 2 Fachschulen

Von den Fachschulen sind die Handelsschule der Zisterzienser Mehrerau, die Hauswirtschaftsschule der Dominikanerinnen Marienberg, die Haushaltungsschule Antoniushaus Feldkirch, die Handelsschule der Schulbrüder in Feldkirch, die Handelsschule der Kreuzschwestern in Feldkirch, die Landwirtschaftsschule der Zisterzienser Mehrerau, die Landwirtschaftsschule der Dominikanerinnen in Gauenstein und die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule der Kreuzschwestern in Feldkirch zu nennen.

6.2.1.3 Volks- und Hauptschulen

Auch die Volks- und Hauptschulen waren vom Vorgehen der Nationalsozialisten betroffen. Von den Hauptschulen sind die Hauptschule der Dominikanerinnen in Bregenz-Thalbach, die Hauptschule der Kreuzschwestern in Feldkirch und die Hauptschule der Schulbrüder in Feldkirch zu erwähnen; von den Volksschulen die Volksschule der Dominikanerinnen in Bregenz-Thalbach, die Volksschule der Kreuzschwestern in Feldkirch, die Volksschule der Schulbrüder in Feldkirch, die Privatmädchenschule der Barmherzigen Schwestern in Klösterle, sowie die Volksschule in Schwarzach.

6.3 Die Ausschaltung des Religionsunterrichtes

Offiziell ließen die neuen Machthaber den Religionsunterricht noch weitläufig bestehen. Durch verschiedene Maßnahmen wurde dessen Durchführung allerdings fast unmöglich gemacht. So wurden beispielsweise die Stunden, die für den Religionsunterricht vorgesehen waren, von der Schulbehörde für andere Aktionen benützt. Religionslehrer wurden willkürlich in entfernte Schulen versetzt, ohne auf ihre Wohnsituation oder sonstige Arbeit Rücksicht zu nehmen. Dadurch wurde es zeitlich unmöglich, den Unterricht vollständig durchzuführen. Bald fiel auch noch die Beurteilung durch eine Note im Zeugnis gänzlich weg. Die Bezeichnung "Religionsunterricht" wurde in "Konfessionsunterricht" und die Katecheten als Konfessionslehrer bezeichnet. Schlußendlich wurde der Religionsunterricht zum Freigegegenstand erklärt. Es sollten nur Schüler an diesem Unterricht teilnehmen dürfen, die von den Eltern eigens zu Schuljahrsbeginn dafür angemeldet wurden. Das Ergebnis diese Beschlusses dürfte selbst die Nationalsozialisten überrascht haben: So meldeten in Vorarlberg in ländlichen Gegenden 100% aller Eltern ihre Kinder an, in den Städten betrug diese Zahl immerhin 95 bis 99%.⁹⁹

In den Mittelschulen wurde der Religionsunterricht ebenso zum Nebengegenstand degradiert. Außerdem erhielten Schüler ab dem 14. Lebensjahr die Erlaubnis, sich selbst vom

⁹⁷ Wanner, S. 73.

⁹⁸ Siehe Wanner, S. 81.

⁹⁹ Siehe Edwin Fasching: 2x7 Jahre. Eine kleine Kirchengeschichte Vorarlbergs der Kriegs- und Nachkriegszeit, in : Die Quelle, 1952, 6. Jg., Nr. 5 , S. 131.

Religionsunterricht abmelden zu können.¹⁰⁰ Aus diesem Grund kam es in den Mittelschulen zu Austritten, während an den Pflichtschulen der Religionsunterricht fast vollständig besucht wurde. Im Vergleich zur übrigen "Ostmark" waren in Vorarlberg im Schuljahr 1939/40 noch 59% der Schüler zum Religionsunterricht angemeldet.¹⁰¹

Ab dem März 1938 wurde die Frage über die Vereinbarkeit von Schulgebet und Hitlergruß diskutiert. Dr. Waitz erließ dazu am 25.3.1938 folgende Weisung:

*Wo bisher der katholische Religionsunterricht mit dem Wechselspruch "Gelobt sei Jesus Christus" - "In Ewigkeit. Amen" begonnen und beendet wurde, ist der deutsche Gruß zu Beginn der Stunde vor, am Ende der Stunde nach dem Wechselspruch zu erweisen.*¹⁰²

Allerdings blieb es nicht nur bei der Verwendung des "deutschen Grußes". So wurde oft das gesamte Schulgebet mit nationalsozialistischem Gedankengut vermischt:

*Stummes Kreuz, dann abwechselnd mit der Lehrerin:
Lehrerin: Vater, in deiner allmächtigen Hand,
steht unser Volk und Vaterland.
Mädchen: Du warst der Ahnen Stärke und Ehr,
bist unsre ständige Waffe und Wehr.
Lehrerin: Drum mach uns frei von Betrug und Verrat,
mache uns stark zu befreiender Tat.
Mädchen: Schenk uns des Heilands heldischen Mut.
Ehre und Freiheit sei höchstes Gut.
Gemeinsam: Unser Gelübde und Losung stets sei:
Deutschland erwache, Herr, mach uns frei!
Kein Amen. Stummes Kreuz.*¹⁰³

Ab Oktober 1938 entzog die staatliche Schulaufsichtsbehörde den Geistlichen das alleinige Inspektionsrecht für den Religionsunterricht. Im Jahr 1939 wurden in Vorarlberg, im Gegensatz zu den anderen Gauen der "Ostmark", die Neupriester mit Schulverbot belegt. Wegen dieser drastischen Maßnahme wandte sich Weihbischof Tschann an Gauleiter Hofer, der versprach, die Akten aller vom Schulverbot betroffenen Neupriester zu prüfen. Da das Schulverbot mit einem Religionsunterrichtsverbot gleichgesetzt werden kann, verstärkte sich der Unmut der Bevölkerung. Der größte Widerstand äußerte sich in Bregenz. Ohne Anregung von Seiten des Klerus, begann eine "Lawine von Reklamationen zu rollen"¹⁰⁴.

Neben dem Unterricht wurden auch "Einkehrtage" verboten. In einem Schreiben an die Apostolische Administratur Feldkirch berichtet ein gewisser Dr. Knecht, daß im Kloster Mehrerau und im Kloster Riedenburg "gemäss bischöflicher Weisung Einkehrtage für Ausschulende"¹⁰⁵ stattfinden sollten. Landesschulinspektor Baldauf löste diese Versammlung sofort auf und "HH. Pfarrer Nussbaumer und P. Bernhard von Mehrerau" wurden von der Gestapo verhört. Dr. Knecht bekam den Auftrag, anstelle des sich im Urlaub befindenden Pfarrers, eine Erklärung mit folgendem Inhalt zu unterschreiben:

Die Gestapo hat in der Abhaltung des Einkehrtages in Riedenburg und Mehrerau eine Umgehung der für die Pfarrjugend erlassenen Vorschriften erblickt. Auf Grund dessen wird jede Betätigung (Betreuung) der Pfarrjugend (Jugendkongregationen, Marienvereine...etc.) bis auf weiteres verboten. Jeder Versuch der Umgehung dieses

¹⁰⁰ Siehe Fried, S. 52.

¹⁰¹ Siehe Margit Schönherr: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39, Dornbirn 1981, S. 145.

¹⁰² Zit. in: Helmut Tschol: Der Kampf um den schulischen Religionsunterricht in Tirol 1938-1945, in: Jahresbericht des Paulinum Schwaz 1977/78, S. 32-57, S. 41.

¹⁰³ Zit. in: Tschol, S. 33.

¹⁰⁴ Wanner, S. 97f.

¹⁰⁵ Schreiben von Dr. Knecht an die Apost. Admin., 14.7.1939, DÖW 10.899, DMG Sch. IX/2.

*Verbotes wird mit Schutzhaft für den betreffenden verantwortlichen Geistlichen bestraft. Hievon wurde nicht bloss mir Mitteilung gemacht, sondern ich habe mich auch verpflichtet, alle anderen Geistlichen des Gebietes Bregenz hievon zu verständigen.*¹⁰⁶

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Dr. Knecht "trotz zweimaligen Ersuchens keine Abschrift der Erklärung" erhalten konnte und sie deshalb nur aus "dem Gedächtnis und dem Sinne nach zitieren kann"¹⁰⁷.

Trotz immer wieder neuer Erlässe und Verbote gab Landesschulinspektor Baldauf nach Verhandlungen mit Generalvikar Tschann im Jänner 1941 in einigen Bereichen nach und erklärte sich bereit, Schulverbote aufzuheben. Am 24.1.1941 wurde somit der Religionsunterricht an fast allen Schulen Vorarlbergs wieder ermöglicht.¹⁰⁸

6.4 Die Unterbindung der katholischen Aktion

Unter der Bezeichnung "Katholische Aktion" arbeiteten die katholischen Laien an der "Verwirklichung und Durchführung der christlichen Grundsätze im Leben und in der Welt."¹⁰⁹ Bereits am 16.3.1938 wurde ein vollständiges Betätigungsverbot für die "Katholische Aktion" erlassen. Dieser unterstanden die Jugendorganisationen der "Katholischen Jungfront", der "Katholischen Mädchenschaft" und der "Katholischen Jungmannschaft". Die katholischen Jungmänner hatten zahlreiche Anhänger in den Vereinen des Reichsbundes, der Gesellenvereine, der Kongregationen und der Pfadfinder.

Bald erfolgten Beschlagnahmungen der Vereinshäuser und ihrer Einrichtungen. Über diese Vorfälle verfaßten die Seelsorgeämter in Vorarlberg Berichte an die Apostolische Administratur Feldkirch, die versprach, der Beschlagnahme nachzugehen, sobald die "geeigneten Voraussetzungen dafür gegeben"¹¹⁰ seien.

Als Beispiel für diese Konfiszierungsberichte möchte ich einige Akten zitieren.

6.4.1 Konfiszierungsberichte aus Vorarlberger Gemeinden

6.4.1.1 Nüziders

Über das Vorgehen der NSDAP in Nüziders berichtet der Fröhmesser Alfons Rheinberger am 31.3.1938:

(...) teile ich mit, daß die N.S.D.A.P Nüziders (Führung Karl Burtscher) am 30.III. das Lokal eigenmächtig für die H.J. besetzt hat mit der Begründung, dass sie es notwendig haben müssen, da ihnen sonst kein so günstiges Lokal zur Verfügung stehe.

Als Rheinberger einwendet, daß es sich um kirchliches Eigentum handelt und daß die Nationalsozialisten um Erlaubnis fragen sollen, erhält er folgende Antworten: " 'Bei uns gibts keine Erlaubnis; wenn wir etwas brauchen, nehmen wir's!' - 'Macht geht vor Recht!' - 'Der Staat steht über der Kirche..' - 'Wenn Sie uns den Schlüssel nicht so geben, werden wir mit dem Dietrich die Türe erbrechen!' " Weiters wird Rheinberger vorgeworfen, "partei feindlich" zu arbeiten. Schließlich sieht er sich gezwungen, das Vereinslokal an die HJ abzutreten. Nun bittet Rheinberger den Generalvikar; falls notwendig, in dieser Angelegenheit "(...) bei weltlichen höheren Instanzen zu intervenieren."¹¹¹

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Siehe Wanner, S. 98.

¹⁰⁹ Fried, S. 58.

¹¹⁰ Zit. in: Wanner, S. 56.

¹¹¹ Schreiben von Alfons Rheinberger an die Apost. Admin., 31.3.1938, DÖW 10.881, DMG Sch. IX/2.

6.4.1.2 Frastanz

Vom 4.4.1938 existiert ein Brief von Pfarrer Nagel aus Frastanz. Darin berichtet er über die Konfiszierung katholischen Vereinsvermögens. So wurde

das gesamte Geld (in Barem und Kassaeinlage bei der Spar- und Darlehenskasse in Frastanz) des "Katholischen Arbeitervereins" in Frastanz von der Gendarmerie, Inspektor Häle, und zwei Hackenkreuz-Bindenmännern abgeholt. Ferner wurden geholt die Instrumente der Arbeitermusik (...) und die Uniformen der Musikanten (...).

Nagel berichtet auch über die Beschlagnahmung der Turnhalle des Turnbundes. Weiters erklärt er den "Hackenkreuz-Bindenmännern", "sie hätten sich für ihr Verhalten mit einem Schriftstücke der Oberbehörde zu legitimieren, da ihre Binden (...) nicht als Legitimation gelten können."¹¹²

6.4.1.3 Bregenz-Vorkloster

Aus Bregenz-Vorkloster berichtet der Pfarrvikar Anton Maklott über die Stilllegung der Vereine. Neben dem Vinzenz-Verein, dessen Vermögen beschlagnahmt wurde, mußte die Jungmannschaft "Treugold" den "Betrieb einstellen, Vermögen war keines da." Auch der Arbeiterverein Vorkloster war von der Konfiszierung betroffen, ebenso die Volksbibliothek. Diese sollte die Bücherausgabe sperren, "(...) wurde aber wieder als Pfarrbibliothek freigegeben"¹¹³.

Sogenannte seelsorgliche Pfarrbibliotheken wurden von den Machthabern gestattet. Die katholischen Volksbibliotheken waren von der Auslöschung betroffen und deren Bestände wurden größtenteils zerstört.¹¹⁴

6.4.1.4 Beschlagnahme im Katholiken-Sekretariat

Am 16.4.1938 berichtet der Leiter des Katholischen Sekretariats Markus Schelling über die Beschlagnahme in seinem Büro. Neben einem Sparbuch wurden technische Geräte, wie beispielsweise ein "Schmalfilmapparat" konfisziert. Schelling stellt fest, daß die

beschlagnahmenden Organe gar nichts Politisches oder Belastendes gefunden haben, im Gegenteil, sie konnten sich überzeugen, dass in diesem Sekretariate nur auf dem religiös-kirchlichem Gebiete gearbeitet wurde und dass insbesondere die beschlagnahmten Projektionsapparate dazu dienten, außer religiösen Vorträgen auch solche über den Bolschewismus in Rußland und Spanien zu halten.

Des weiteren bestand die Tätigkeit des Vereins in

1. Werbung für den Besuch der Exerzitien (religiöse Schulungskurse) durch Wort und Schrift.
2. Pflege der Gottesdienstgestaltung (Kirchenordnung, liturgische Bewegung.)
3. Bibel-Bewegung (Heilige Schrift).
4. Veranstaltung von Wallfahrten.
5. Verbreitung religiöser Bücher, Zeitschriften u. Flugblätter.
6. Pflege der öffentlichen Sittlichkeit (Badeordnung, Filmschau, Sonntagsheiligung usw.)
7. Veranstaltung von Gottesdiensten für Bergwanderer.
8. Veranstaltung von kirchlichen Vorträgen über wichtige, religiöse Fragen.
9. Veranstaltung von Lichtbilder-Vorträgen über die Gottlosenbewegung in Rußland, Spanien und Mexiko (Bolschewismus).

¹¹² Schreiben von Pfarrer Nagel an die Apost. Admin., 4.4.1938, DÖW 10.881, DMG Sch.IX/2.

¹¹³ Schreiben von Pfarrer Maklott an die Apost. Admin., undatiert, DÖW 10.881, DMG Sch. IX/2.

¹¹⁴ Siehe Fried, S. 59f.

Schelling ersucht die Apostolische Administratur um *"gütige Intervention zu ehesten Freimachung der beschlagnahmten Gelder und Gegenstände; das ganz besonders auch deshalb, weil es dem Gefertigten fast unmöglich ist ohne diese beschlagnahmten Gelder, ohne Buchführung und bei versiegelten Schränken zu arbeiten"*¹¹⁵.

6.4.1.4 Bericht des Weibischofs Tschann über die Aufhebung der Konfiszierung

Weibischof Tschann wandte sich am 21.5.1938 mit folgendem Schreiben an den "Hochwürdigen Seelsorgeklerus Vorarlbergs", in dem er über die Befreiung der Beschlagnahme kirchlicher Vereine berichtet. Zu diesen zählten

(..) der Caritasverein, kath. Gesellenvereine, Katechetenverein, Klerusverband und Kleruskassen, die Mar. Kongregationen, Caritas-Sterbevorsorge, die Standesbündnisse, Missionsvereine, Paramentenvereine, die Vinzenz- und Elisabethvereine, Hauskrankenpflegevereine, der Exerzitienbund, die Drittordensgemeinden, der Verein zur Pflege kath. Kirchenmusik, Apostolatswerke und Volksbüchereien.

Für die katholischen Jugendvereine, *"(..) die nicht Kongregationen sind, ist staatlicherweise die Auflösung verlangt worden"*¹¹⁶.

Insgesamt wurden in Vorarlberg 49 katholische Vereine aufgehoben: vier Pfadfindergruppen, fünf Burschenvereine, 33 Jünglingsvereine und sieben Gesellenvereine. Von den Jünglingskongregationen waren 14, von den Jungfrauenkongregationen 45 von der Aufhebung betroffen.¹¹⁷

6.4.2 Beschlagnahme katholischer Zeitungen

In Österreich waren 11 Tageszeitungen von dieser Maßnahme betroffen. In Vorarlberg mußte die Produktion des "Vorarlberger Volksblatts" eingestellt werden, worüber Fürsterzbischof Waitz am 13.3.1938 in seinem Tagebuch berichtet: *"(..) Vorarlberger Volksblatt eingestellt(..)"*¹¹⁸. Neben den Tageszeitungen wurden alle allgemeinen und pfarrlichen Kirchenblätter verboten. *"Selbst sogenannte Handzettel und Ankündigungsplakate wurden so kontrolliert und ihr Erscheinen war an so viele Genehmigungen gebunden, daß die Seelsorger von der Benützung dieser seelsorglichen Hilfsmittel absehen mußten."*¹¹⁹

6.5 Die Behinderung der Seelsorge

Vor allem in Spitälern, Altersheimen, Waisenhäusern und Gefängnissen wurde die Durchführung der Seelsorge behindert. Im Gegensatz dazu blieb die Militärseelsorge, allerdings auch mit Einschränkungen, bestehen.

Die kirchlichen Feiertage wurden vom Reichskirchenministerium, ohne jegliche Zustimmung der Bischöfe, zu Wochentagen erklärt. Im Jahr 1939 erfolgte eine Weisung des Landrats an die Apostolische Administratur Innsbruck-Feldkirch:

*Auf höhere Weisung ersuche ich die Pfarrämter (sämtliche Geistliche, auch die Klostervorstehungen) sofort anzuweisen, bis auf Weiteres von jeder Art Veranstaltung der Kirchen und kirchlicher Gruppen, (...) Abstand zu nehmen. Hierunter fallen im Besondern aussergewöhnliche Kirchenveranstaltungen, Prozessionen, Exerzitien, Primizfeiern, besonders Gebetsandachten, Pfarrjugendzusammenkünfte und ähnliche mehr.*¹²⁰

¹¹⁵ Schreiben von Markus Schelling an die Apost. Admin., 16.4.1938, DÖW 10.881, DMG Sch. IX/2.

¹¹⁶ Schreiben von Weibischof Tschann an die Seelsorgeämter, 21.5.1938, DÖW 10880, DMG Sch. IX/2.

¹¹⁷ Siehe Wanner, S. 63f.

¹¹⁸ Zit. in: Liebmann, S. 69.

¹¹⁹ Fried, S. 70.

¹²⁰ Weisung des Landrats an die Apost. Admin. in Feldkirch, 13.9.1939, DÖW 10.900, DMG Sch. IX/2.

Falls ein Geistlicher dennoch ein feierliches Hochamt oder einen Gottesdienst außerhalb der erlaubten Tage abhielt, mußte er mit Geldstrafen, Gefängnis und schlimmstenfalls mit der Einlieferung in ein Konzentrationslager rechnen. Um solche Strafen von nationalsozialistischer Seite zu verhindern, erließ die Apostolische Administratur Innsbruck-Feldkirch am 24.6.1942 ein Schreiben an die ihr unterstehenden "Hochwürdigen Seelsorgeämter":

An allen kirchlichen Feiertagen (...) ist das Abhalten von kirchlichen Veranstaltungen für die Dauer des Krieges auf den Umfang der Veranstaltungen an gewöhnlichen Werktagen zu beschränken. Nach 19 Uhr können Kirchen= Veranstaltungen [sic] stattfinden, die über den Umfang der Veranstaltungen an gewöhnlichen Werktagen hinausgehen. Von der zuständigen staatlichen Behörde wird hiezu noch im besonderen bekanntgegeben, daß ein Abhalten von Jahrtagen oder Halbjahresopfern an diesen Tagen, wofern hiefür eine nicht täglich gebräuchliche Gottesdienstzeit angesetzt wird, dem Sinne der Verordnung zuwiderläuft. Die Abhaltung solcher Gottesdienste ist daher an diesen Tagen (...) zu vermeiden. Zur restlosen Klarstellung sei noch angegeben, daß in unserem Kirchengebiet folgende Tage in Betracht kommen, die während der Kriegszeit nicht unter Feiertagsrecht stehen: Epiphanie (6.I.), St. Josefstag (19. III.), Christi Himmelfahrt, Fronleichnam, Peter u. Paul (29.VI.), Mariä Himmelfahrt (15.VIII.), Allerheiligen (1.XI.) und Mariä Empfängnis (8.XII.)¹²¹

Die Einkehr- und Exerziententage konnten auch nicht mehr abgehalten werden. Weiters wurden Pilgerfahrten, Wallfahrten und Prozessionen untersagt.¹²²

6.5.1 Verhinderung von Prozessionen

Meiner Meinung nach wurden die katholischen Prozessionen, die sich bei der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuten, von den Nationalsozialisten vor allem als wichtiges Mittel zur "Machtdemonstration" der Kirche angesehen. Aus diesem Grund wollten die Nationalsozialisten diese Bittgänge unterdrücken.

Zu Beginn der Machtergreifung waren Einschränkungen im Bereich der Prozessionen und Bittgänge allerdings kaum spürbar. Ein erster schwerer Schlag erfolgte durch die Verhinderung der traditionellen Lichterprozession am 1.6.1938 auf den Liebfrauenberg in Rankweil. "*Dafür sang SA und HJ: 'Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt..', 'Hängt die Juden, stellt die Pfaffen an die Wand...'*"¹²³

Während im Jahr 1938 die Nationalsozialisten vor allem durch "*Hetzpropaganda, gleichzeitige Parteiveranstaltungen und auch Einschüchterung (...) die Prozessionen eines 'natürlichen' Todes sterben*"¹²⁴ lassen wollten, mußten sie erkennen, daß vor allem in ländlichen Gebieten ihre Unternehmungen erfolglos blieben. Deshalb versuchte die Partei durch diverse Erlässe, wie beispielsweise die Abänderung der Straßenpolizeiordnung, ihre Ziele zu erreichen. Daraufhin sahen sich auch wirklich einige Pfarreien veranlaßt, die Prozessionen zu unterlassen. Um eine Wiederaufnahme der Bittgänge durchzusetzen, entschloß sich Generalvikar Tschann " '*nach reiflicher Überlegung und nach erfolgter persönlicher Rücksprache*' "¹²⁵ mit Bischof Rusch, ein Dekanatsschreiben an die Geistlichen zu senden. Am 1.6.1939 wurden trotz zahlreicher Schikanemaßnahmen viele Prozessionen durchgeführt, was auch auf die Reaktionen der Bevölkerung zurückzuführen ist.

So gingen die Gläubigen in Höchst und in Langenegg "*trotzig den alten Weg*"¹²⁶ der Christi-Himmelfahrts-Prozession. Obwohl den meisten Musikkapellen das Begleiten der Prozession

¹²¹ Schreiben der Apost. Admin. Innsbruck-Feldkirch an die "Hochwürdigen Seelsorgeämter", 24.6.1942, DÖW 10.900, DMG Sch. IX/2.

¹²² Siehe Fried, S. 67f.

¹²³ Siehe Fasching, S. 130.

¹²⁴ Siehe Wanner, S. 180.

¹²⁵ Zit. in: Wanner, S. 181.

¹²⁶ Fasching, S. 131.

verboten wurde, nahmen diese in Andelsbuch, Bezau, Röthis, Altenstadt, Gisingen und Schlins daran teil.

Aufgrund der länger anhaltenden trockenen Witterung unternahmen im Jahr 1940 in Batschuns beunruhigte Bauern ohne den Pfarrer einen Bittgang. Wegen der bestehenden Mißstimmung in der Bevölkerung wurde die Prozession an Christi-Himmelfahrt wieder gestattet.

Zu Fronleichnam erließ die Partei neuerliche Schikanemaßnahmen. So wurde beispielsweise in Kennelbach die Musikkapelle aufgelöst, da diese an der Prozession teilnehmen wollte. Daraufhin verweigerten die Musikanten die Mitwirkung am Kreisappell in Bregenz. In Bludenz war die sonst übliche Schmückung der Häuser verboten worden. Als Begründung diente der *"Vorwand der Schädigung des landwirtschaftlichen Vierjahresplanes und die 'Ernährungssicherstellung'"*¹²⁷. Offensichtlich schien die "Volksernährung" durch die Blumen, die Kinder vor dem Altar ausstreuten, gefährdet zu sein.

Am 7.5.1940 erließ die Reichsverwaltung einen Beschluß, in dem Fronleichnam als staatlicher Feiertag auf den folgenden Sonntag verlegt werden mußte. Der Hauptgottesdienst durfte nicht später als sieben Uhr angesetzt werden, damit *"wichtigen Staatsnotwendigkeiten - dringend notwendige Kohleförderung und sonstige Produktionsmöglichkeiten - kein Abbruch geschieht"*¹²⁸. Deshalb mußten auch die Prozessionen verschoben werden. Am folgenden Sonntag fanden schließlich nur noch wenige Prozessionen statt, hingegen veranstalteten HJ und BDM Umzüge und Paraden.

1943 setzten sich die Einschränkungen fort, doch *"wenn es auch äußerlich der Partei gelungen war, die Kirche aus der Öffentlichkeit zu verdrängen"*, so bestand die Kirche doch fort und begann *"im Geheimen nach den Rückschlägen der Jahre zwischen 1938 und 1940 zu wachsen"*¹²⁹.

6.5.2 Glockengeläut

Zu Maßnahmen, die den Gottesdienst beeinträchtigten, gehörte auch das Verbot des Läutens der Kirchenglocken. Um das Aufkommen einer antinationalsozialistischen Volksstimmung zu verhindern, begannen die Einschränkungen dieser Art erst im März 1939, als wegen parteiamtlicher Kundgebungen das Glockengeläut verhindert werden sollte.

Am 16.12.1939 wurden von Gauleiter Hofer folgende Bestimmungen verlautbart:

1. Die Kirchenglocken läuten grundsätzlich jeweils nur 3 Minuten lang.
2. Das Einläuten der Sonntage (Feiertage) wird so vorverlegt, daß es um 18 Uhr beendet ist.
3. Am Sonntagmorgen wird nur einmal, und zwar zu Beginn des Gottesdienstes, geläutet. Alles andere Geläute unterbleibt. Das gleiche gilt für Feiertage.
4. Bei Beerdigungen oder Geläute für Gefallene wird nur einmal geläutet. Nachgeläute oder ähnliches fällt weg.
5. Das Läuten zu gleichzeitig beginnenden Gottesdiensten, Einläuten der Sonn- und Feiertage usw. ist - wenn mehrere Kirchen läuten - auf die gleichen Zeiten zu legen.
6. Die Kirchenglocken schweigen bei Taufen und Trauungen.¹³⁰

Diese Vorkehrungen sollten Störungen der Flak und des Flugmeldedienstes verhindern. In Gegenden, in denen diese Einrichtungen fehlten, waren Einschränkungen aus militärischen Gründen nicht erforderlich. Dazu zählte im Jahr 1939 Vorarlberg. Dennoch entschied die Gauleitung in Innsbruck, daß für eine "Übergangszeit" bis zum 31.1.1940 die Kirchenglocken

¹²⁷ Aufzeichnungen Pfr. Butzerins, zit. in: Wanner, S. 183.

¹²⁸ Apost. Admin. Innsbruck-Feldkirch, Nr. 1290, an Generalvikariat Feldkirch, gez. Carl Lampert, Innsbruck, 21.5.1940, zit. in: Wanner, S. 184.

¹²⁹ Wanner, S. 190.

¹³⁰ Zit. in: Wanner, S. 206.

weiterhin "zur Fliegeralarmierung als Notalarmgerät Verwendung finden"¹³¹ sollten. Auch beim Ausbruch von Naturkatastrophen und Großfeuer sollten die Glocken zum Einsatz kommen. Weiters war in Vorarlberg das Einläuten von staatlich nicht anerkannten Feiertagen, die auf den kommenden Sonntag verlegt wurden, untersagt, da die Bevölkerung sonst zur Meinung kommen könnte, "daß die betreffenden Feiertage auch noch weiterhin in althergebrachter Weise als kirchliche Feiertage gehalten"¹³² würden.

Das diese Maßnahmen meist nur aus persönlicher Willkür der neuen Machthaber veranlaßt wurden, verdeutlicht der Umstand, daß "im Nachbarort oder Nachbarbezirk, der ebenso wenig oder ebenso viel gefährdet war, von einem ähnlichen Verbot verschont war"¹³³.

Eine rigorose Weisung erging an die Gemeinden des Montafons, des Arlbergs, des Klostertals und des Walgau. In diesen Gebieten befinden sich Stauseen, weshalb die Bevölkerung große Angst vor Bombenangriffen hatte. Nach einem solchen Angriff auf die Stadt Feldkirch am 1.10.1943 befürchtete man durch weitere Bombardements eine Beschädigung der Stauseen im Montafon und im Klostertal. Da das Glockengeläut das einzige Warnsignal war, daß sich von den gewöhnlichen Fliegeralarmsignalen unterschied, wurde vom Landrat des Kreises Bludenz dieser Erlaß erteilt: "Ich verbiete daher, um eine Irreführung der Bevölkerung hintanzuhalten, ab sofort das Läuten der Kirchenglocken in den obangeführten Orten (...) für alle wie immer gearteten konfessionellen oder gottesdienstlichen Zwecke bis auf weiteres"¹³⁴.

Im Dezember 1941 erfolgte schließlich die Abnahme der Glocken, die als Metallreserven für den Krieg dienen mußten. Die kleinste Glocke durfte meistens zu Alarmzwecken im Turm verbleiben.¹³⁵

6.6 Aufhebung von Kirchen und Klöstern

Ab September 1938 erfolgten im "Gau Tirol-Vorarlberg" unter Gauleiter Hofer, der "vom Ehrgeiz besessen war, in der nationalsozialistischen Kirchenpolitik führend voranzugehen"¹³⁶, Enteignungsmaßnahmen von Klöstern und Konfiszierungen von Kirchen und Kapellen. In Vorarlberg kann der Höhepunkt dieser Auflösungsstufe mit dem 8.1.1941 datiert werden. An diesem Tag wurde das Benediktinerstift St. Gallus bei Bregenz aufgehoben. Auf diese Aufhebung folgten das Ursulinenkloster in Dornbirn, das Dominikanerinnenkloster St. Peter in Bludenz, das Kapuzinerkloster in Bludenz und das Zisterzienserkloster Mehrerau in Bregenz.

Um die wegen dieser Vorgänge teilweise aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen, erfanden die Nationalsozialisten die wildesten Gerüchte. So wurden die Kapuziner in Bludenz einer "Pulverschwörung" beschuldigt und die Dominikanerinnen sollten gegen die Sittlichkeit verstoßen haben, was auf die Entdeckung eines "Gebärzimmers" zurückzuführen sei.¹³⁷

Nach der Enteignung der Klöster gingen die neuen "Besitzer" oft entwürdigend mit geistlichen Gegenständen um. Als Beispiel hierfür ist das Gallusstift zu nennen, wo die mit Meßgewändern bekleideten Nationalsozialisten mit sakralen Gegenständen wüste Orgien feierten.¹³⁸ Da die Teilnehmer dieses Gelages das Geschehen durch Fotos dokumentierten, konnten aufgrund dieser Aufnahmen die Übeltäter identifiziert, und nach dem Krieg verhaftet werden.¹³⁹

6.6.1 Ordensfrauen

¹³¹ Zit. in: Ebd., S. 207.

¹³² Zit. in: Ebd., S. 207f.

¹³³ Fried, S. 69.

¹³⁴ Zit. in: Wanner, S. 210.

¹³⁵ Zit. in: Ebd., S. 208.

¹³⁶ P. Gaudentius Walser: Provikar Dr. Carl Lampert. Zeuge in gnadenloser Zeit, Dornbirn-Innsbruck, S. 20.

¹³⁷ Siehe Wanner, S. 108.

¹³⁸ Siehe Georg Schelling: Die Nacht ist um, Vorarlberger Volkskalender 1947, S. 123.

¹³⁹ Siehe Fasching, S. 132.

Weibliche Ordensleute wurden oft zum Arbeitseinsatz in Lazarette, Krankenhäuser und sonstige soziale Einrichtungen verpflichtet. Die Einteilung zur Arbeit in Rüstungsbetrieben, wie im "Altreich" üblich, blieb den Schwestern in Vorarlberg erspart. Im Oktober 1941 wurden zehn Dominikanerinnen aus Altenstadt im "militärischen Genesendenheim Viktorsberg" eingesetzt, Ordensfrauen aus Bregenz-Thalbach wurden zum Wirtschaftsdienst im Lazarett Riedenburg eingeteilt und vier Schwestern des aufgehobenen Klosters St. Peter in Bludenz mußten ihre Arbeit im Reservelazarett "Stella Matutina" verrichten.¹⁴⁰

In einem Schreiben des "*Präsidenten des Landesarbeitsamtes Alpenland*" an die Apostolische Administratur Innsbruck werden wegen dem Mangel an weiblichen Arbeitskräften "*auf jedem Gebiet*" sämtliche "*zur Verfügung stehende geistliche Schwestern*" angefordert. Während "*ausgebildete Krankenpflegerinnen (...) grundsätzlich nur in der Krankenpflege, (...) in Militärlazaretten oder in anderen Krankenanstalten*" eingesetzt wurden, teilte man die übrigen Ordensfrauen für "*jede sonstige Haus- oder Küchenarbeit in geistlichen Betrieben oder Haushalten*" ein. Durch diese Maßnahmen sollten die "*weltlichen Arbeitskräfte der Sanatorien der Kreuzschwestern und der Barmherzigen Schwestern in Innsbruck und des Sanatoriums Mehrerau in Vorarlberg abgelöst werden*". Weiters sollten die Pfarrhaushälterinnen durch Klosterschwestern ersetzt werden. Der Verfasser gibt auch zu verstehen, daß "(...) *diese Massnahmen nur dann ohne Härte*" durchgeführt werden, "(...) *wenn auf Ihrer Seite keine Schwierigkeiten bereitet werden*"¹⁴¹.

6.6.2 Das Kloster Mehrerau

Aufgrund der Beziehungen der Ordensleute zu politischen Führern aus der Zeit des Ständestaates, wie beispielsweise Bundeskanzler Dollfuß, war das Zisterzienserkloster Mehrerau den Nationalsozialisten von Anfang an ein Dorn im Auge.

Erste Bespitzelungsaktionen gegen die Patres dürften bereits 1934 stattgefunden haben. Vom 4.9.1934 existiert eine Akte des "Geheimen Staatspolizeiamtes" aus Karlsruhe, welche über die "Einreise katholischer Geistlicher aus Österreich" berichtet.

Darin heißt es:

Der Abt des Gallusstiftes in Bregenz sowie der Pater Bonifaz vom Kloster Mehrerau haben im deutschen Reich wiederholt Missionspredigten gehalten, jedoch nach ihrer Rückkehr nach Österreich ihre Beobachtungen im Inland zu einer Hetzpropaganda gegen Deutschland ausgewertet. Es ist deshalb die Einreise dieser beiden geistlichen [sic] vorläufig zu unterbinden.

Falls andere katholische Priester aus Österreich einreisen sollten, müßten diese in "geeigneter Weise" beobachtet werden. Auch sollten sofort die Grenzstellen verständigt werden, die dafür sorgen sollen, "(...) *daß im Falle einer Einreise sofort die für den künftigen Aufenthaltsort örtlich zuständige Zweigstelle der Geheimen Staatspolizei verständigt wird*"¹⁴².

Die Patres hatten bereits im Jahr 1940 Sicherheitsmaßnahmen getroffen, weil klar war, daß das Kloster nicht mehr lange existieren würde. Im selben Jahr wurde eine Reichsverordnung zur "Verhinderung des Klostersnachwuchses" verfaßt. Dieses Gesetz wurde im Hinblick auf die "Sicherung der notwendigen nationalen Arbeitskräfte" für die Aufgabe der Verteidigung erlassen. Aus diesem Grund wurden die Ortsgruppen der NSDAP angewiesen, bei Kenntnis eines beabsichtigten Ordensbeitritts dem Arbeitsamt Mitteilung zu machen.¹⁴³ Ein Jahr später beschäftigte sich der Konvent mit der Sicherstellung der Klostergüter und kirchlichen Gegenstände. Bald wurde den Mönchen die erzieherische Tätigkeit untersagt. Sie konzentrierten

¹⁴⁰ Siehe Wanner, S. 241.

¹⁴¹ Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Alpenland an die Apost. Admin. Innsbruck, 2.9.1941, DÖW 10.865, DMG Sch. IX/2

¹⁴² Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an die Geheimen Staatspolizeistellen in Baden, gez. Schnarrenberger, 4.9.1934, Nr. 13.865, DMG Sch. IX/2.

¹⁴³ Siehe Johann Neuhäusler: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, Bd. 1, München 1946, S. 146ff.

sich nun hauptsächlich auf die Ausübung der Seelsorge als Hilfspriester, auf wirtschaftliche Tätigkeit und soziale Dienstleistungen.

Am 21.7.1941 erfolgte schließlich die Aufhebung des Klosters durch die Gestapo. Daraufhin zogen die Patres in das Kloster Birnau am deutschen Bodenseeufer, das als Mehrerauer Propstei am 31.7.1941 ebenfalls aufgelöst wurde. Deshalb zogen die Mönche zum Kloster Beuron weiter.

Insgesamt waren in Österreich 26 große Stifte und Klöster von der Aufhebung bzw. Beschlagnahme betroffen. Falls die Gebäude nicht gänzlich aufgehoben wurden, wurden sie vielfach in Lazarette und Spitäler umgewandelt und zur Unterbringung von Flüchtlingen verwendet. Manchmal erfolgte sogar die Umwandlung in Parteischulen und Parteieime. Durch diese Zweckentfremdung wurden die kirchlichen Bauten oftmals beschädigt, auch die Einrichtung wurde oft verschleppt, verkauft oder zerstört.¹⁴⁴

6.7 Die Beschneidung kirchlicher Vermögensrechte

Die katholische Kirche und deren Seelsorger erhielten einen Teil ihres Gehaltes, die sogenannte Kongrua, vom Staat ausbezahlt. Die Kongrua geht auf die Klosteraufhebungen unter Josef II. zurück, der "(...) die Kongrua als teilweise Gehaltszahlung an die Seelsorgepriester eingeführt hatte, soweit diese aus ihren Pfarrpfünden nicht das hinreichende Einkommen hatten"¹⁴⁵. Neben dieser Zahlung hatten Staat, Länder und Gemeinden die Kirche mit zusätzlichen Leistungen unterstützt. Diese Förderungen wurden mit dem am 28. April 1939 erlassenen Kirchenbeitragsgesetz für Österreich aufgehoben: "Die Kirche sollte ganz arm werden, sollte nichts mehr leisten, sich selber nicht erhalten können, damit sie dadurch ausgehöhlt würde und umso eher zusammenbrechen müßte"¹⁴⁶. Weiters wurde der Kirche das Erbrecht abgesprochen. Sämtliche Besitzgüter, die der Kirche in Testamenten vermacht wurden, wurden eingehoben.¹⁴⁷ Die Kirche durfte auch keine Grundstücke erwerben, um darauf Gebäude für caritative und kirchliche Zwecke zu errichten.

Durch das Kirchenbeitragsgesetz stand die Kirche vor einer gänzlich neuen Situation. Das ganze Beitragswesen mußte neu aufgebaut werden, denn es gab keine entsprechenden Kanzleien und keine für diese Arbeit ausgebildeten Kräfte. Mitarbeiter des Pfarrkirchenrates stellten sich daraufhin zur Verfügung und in Vorarlberg wurde Ulrich Ilg zum Vorsitzenden des Diözesankirchenrates bestimmt.¹⁴⁸

Da das monatliche Einkommen der Priester, bedingt durch die neuen Maßnahmen, am Rande des Existenzminimums lag, trat am 1.1.1940 die Klerusgehaltsordnung in Kraft. Dadurch war die Bezahlung sämtlicher Seelsorger durch die Apostolische Administratur gesichert.¹⁴⁹ Auch gab es eine große Anzahl von Spenden, wodurch reichlich freie Mittel zur Verfügung standen. So konnte z.B. in St. Anton die Friedhofskapelle renoviert werden.¹⁵⁰

6.8 Kirchnaustritte

Die Propaganda für den Kirchnaustritt erfolgte jeweils in verstärktem Ausmaß am 20. April, dem Geburtstag des "Führers".

Ab September 1939 ist eine große Austrittswelle von Katholiken zu verzeichnen, die ihren Austritt allerdings nicht wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung, sondern aufgrund der hohen Kirchensteuer durchsetzten. In der Pfarre Hohenems traten deshalb in einem ersten

¹⁴⁴ Siehe Fried, S. 73.

¹⁴⁵ Fried, S. 75f.

¹⁴⁶ Fried, S. 77.

¹⁴⁷ Siehe Fried, S. 76.

¹⁴⁸ Siehe Fußnegger, S. 93.

¹⁴⁹ Siehe Schönherr, S. 149.

¹⁵⁰ Siehe Fußnegger, S. 94.

Ansturm 50 Personen aus der Kirche aus.¹⁵¹ In Vorarlberg erreichte die Austrittswelle mit 946 Austritten im Jahr 1941 ihren Höhepunkt.

Insgesamt kann für Vorarlberg im Zeitraum zwischen 1938 und 1945 eine Anzahl von 3431 Kirchenaustritten verzeichnet werden. Obwohl zwischen den Jahren 1938 und 1941 die meisten Austritte erfolgten, machte der Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung nur 1,11% aus. Zur selben Zeit lag die Zahl der Austrittswilligen in Tirol bei 3%. Innerhalb der Dekanate hatte Dornbirn mit 1,5% die führende Position inne. Darauf folgte Bregenz mit 1,44%. Zwischen 1938 und 1941 führte Bregenz mit 3,94%. Diese Anzahl wurde in ganz Vorarlberg nicht überschritten. In den ländlichen Gegenden blieben die Austritte auf ein Minimum beschränkt. Als Beispiel soll das Dekanat Bregenzerwald angeführt werden, das bei einer Gesamtbevölkerung von 16.678 Personen nur 34 Austrittswillige verzeichnen konnte.¹⁵²

Nach dem Höhepunkt der Austritte im Jahr 1941, ist ein starker Rückgang zu bemerken. Die Gründe dafür sind in den Rückschlägen im Rußlandfeldzug zu sehen. Ab 1943/44 konnte die gezielte Kirchenaustrittspropaganda auch nicht mehr viel ausrichten. Die Reversion begann vor allem durch die Soldaten. Die Anzahl der Wiedereintritte hielt sich zunächst in Grenzen: So gab es nach 1945 vorerst nur 1319 Reversionen.¹⁵³

¹⁵¹ Siehe Ebd., S. 94.

¹⁵² Siehe Wanner, S. 26.

¹⁵³ Johannes Schöch: Statistik über Kirchenaustritte, in: Die Quelle, 1947, S. 62ff., zit. in: Karl Ilg: Vorarlberg unter der Diktatur des nationalsozialistischen Dritten Reiches, in: Karl Ilg (Hrsg.): Landes- und Volkskunde Vorarlbergs, Bd. 2, Innsbruck 1968, S. 252.

7. Die kirchliche Lage in Vorarlberg im Jahr 1938

Den Einfluß der Geistlichen auf die Bevölkerung fürchteten die Nationalsozialisten besonders im ländlichen Raum. Wegen dieser traditionellen Verbundenheit zwischen Kirche und Volk, und weil die Kirche durch das Konkordat von 1933 eng mit dem ständestaatlichen System verbunden war, versuchten die neuen Machthaber von Anfang an die Vertreter der Kirche zu entmachten.

Vorerst bemühten sich die Nationalsozialisten um die scheinbare Erhaltung der kirchlichen Rechte. Auch der Klerus stand dem neuen System anfangs loyal gegenüber. Es ist jedoch verwunderlich, daß die Geistlichkeit durch einige Ereignisse nicht schon früher den Versprechungen der Nationalsozialisten skeptisch gegenüberstand. So erfolgte bereits im Jahr 1938 die Verhaftung des Priesters und Chefredakteurs des "Vorarlberger Volksblattes", Georg Schelling. Weiters erfolgte die Ausschließung Georg Hillers, des ehemaligen Landesleiter des Frontwerkes "Neues Leben", aus dem Schuldienst. Seit März 1938 wurden auch Predigten kontrolliert, weshalb die Priester kaum Kritik am NS-Regime üben konnten.¹⁵⁴ Aus diesem Grund vermied Bischof Rusch in seinen Predigten jede herausfordernde Haltung und ermahnte den Klerus zur Staatstreue, "*zwar nicht aus Taktik, sondern als Gewissenssache*"¹⁵⁵.

Schließlich mußten die Geistlichen durch das Verhalten der Nationalsozialisten erkennen: "*Die Partei ist nicht nur selbst kirchenfeindlich, sondern ihr Ziel ist absolut kirchenzerstörerisch.*"¹⁵⁶ Dieses Ziel verfolgte vor allem der fanatische Gauleiter Franz Hofer, wodurch die kirchliche Situation im "Gau Tirol-Vorarlberg", gegenüber den übrigen acht "Gauen", äußerst erschwert wurde.

Am 12.3.1938 erfolgte bereits folgende Weisung des Landesgendarmeriekommandos Bregenz an den Klerus:

*Bei den morgigen Sonntagspredigten ist jede Anspielung auf die veränderte politische Situation und Verwertung politischer Motive untersagt. (...) Weiters ist Weihbischof Tschann nahezu legen, daß der anläßlich der Wahl geplante Bettag [Anm. d. Verf.: Schuschnigg für ein freies Österreich], wenn nicht schon abgesagt, nicht abgehalten werde.*¹⁵⁷

Am 4.4.1938, sechs Tage vor der Volksabstimmung, verfaßte der Klerus ein Schreiben an Generalvikar Tschann, in dem u.a. seine Stellungnahme zu dieser Entscheidung gefordert wurde. Tschann vermied allerdings jeglichen Kommentar, denn er war nicht bereit, "*etwas zu tun, jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit, was dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten schaden könnte*"¹⁵⁸. So empfahl der Generalvikar den Geistlichen, sie sollten sich "*jeweils nach den Verhältnissen in den verschiedenen Gemeinden richten, ob eine Teilnahme am Wahlakt aus seelsorglichen Gründen opportun ist oder nicht.*". Weiters garantierte die staatliche Behörde die geheime Stimmabgabe, "*wodurch zum Ausdruck komme, daß der Staatsbürger in seiner politischen Willensäußerung frei entscheiden könne: '(...) weshalb auch die Apostolische Administratur auf die Willensbildung der einzelnen Priester in keiner Weise Einfluß nehmen wird'*"¹⁵⁹.

Die Haltung des Generalvikars hatte sich also im Vergleich zu seiner ablehnenden Haltung gegenüber der "Feierlichen Erklärung" geändert. Hatte er sich anfangs noch gegen deren Aufkrotyrierung gewehrt und auch eine Aufforderung von Landeshauptmann Plankensteiner, Gebietswahlleiter Röhrig und Bürgermeister Hefel abgelehnt, die Tschann ersuchten, einen

¹⁵⁴ Siehe Schönherr, S: 146.

¹⁵⁵ Johannes Schöch, DÖW 10.930, DMG Sch. IX/2.

¹⁵⁶ Fußenegger, S. 90.

¹⁵⁷ Weisung des Landesgendarmeriekommandos Bregenz, 12.3.1938, DÖW 10.900, DMG Sch. IX/2.

¹⁵⁸ Wanner, S. 18.

¹⁵⁹ Zit. in: Wanner, S. 18.

eigenen Text zur Veröffentlichung der "Feierlichen Erklärung" zu verfassen¹⁶⁰, so versuchte er sich nun den neuen Machthabern anzupassen. Später sprach sich Tschann sogar offen für den Anschluß an Deutschland aus. Der Grund für diese plötzliche Wende ist jedoch nicht als politischer Opportunismus anzusehen, sondern vielmehr hoffte Tschann durch seine Meinungsänderung "(...) noch retten zu können, was seiner Ansicht nach durch die Bischofserklärung vom 18. März wohl bereits verspielt war"¹⁶¹.

Aus diesem Kontext heraus, ist auch sein Aufruf an Vorarlberger Klosterfrauen zu interpretieren:

*Die Apostolische Administratur erteilt für Sonntag, den 10. April, Klausurdispens für alle Klosterfrauen, um Gelegenheit zu geben, an der Volksabstimmung teilnehmen zu können. Bei den gegebenen Verhältnissen und nach der Verlautbarung der Erklärung der österreichischen Bischöfe ist es im Interesse des Bestandes der klösterlichen Niederlassungen gelegen, bei der kommenden Volksabstimmung eine Ja-Stimme für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich zu geben.*¹⁶²

Um zu verdeutlichen, wie sehr der Generalvikar seine Meinung innerhalb eines Monats geändert hat, sei ein weiteres Schreiben an dieselben Klostervorstellungen zitiert. So schrieb Tschann am 10. März 1938:

*Die Apostolische Administratur erteilt (...) für kommenden Sonntag die erforderliche Klausurdispens zur Teilnahme an der Volksabstimmung über den Weiterbestand eines selbständigen, unabhängigen, christlichen Bundesstaates Österreich. Die Klostervorstellungen werden ersucht, diesen Tag besonders zum Gebete zu benutzen, daß Gott unser Vaterland vor jeder Gefahr schütze und bewahre.*¹⁶³

7.1 Maßnahmen gegen Geistliche

Am 11.3.1940 erfolgten Hausdurchsuchungen in allen Priesterwohnungen Vorarlbergs. Bei diesen Aktionen wurde hauptsächlich nach Korrespondenz zwischen Geistlichen und Soldaten gefahndet.¹⁶⁴ Devotionalien aus der Zeit des Ständestaates wurden beschlagnahmt. Diese Funde reichten aus, um Maßnahmen gegen die Priester durchführen zu können. Als weiterer Haftgrund führte die

*(...) Übertretung der Werktagsordnung - wenn also später als um 8 Uhr noch ein Gottesdienst oder eine kirchliche Veranstaltung gehalten wurde - zu dreiwöchigem Arrest." Die Schutzhaft wurde verhängt bei "(...) 'zu großer Aktivität unter der Jugend', 'Beunruhigung des deutschen Volkes', 'Verschenkungen von Schriften', 'Nichteinhaltung des deutschen Grußes', oder die wenig formulierte, aber ausreichende Anklage einiger Nationalsozialisten der Pfarrer sei 'einfach die Ursache aller Schwierigkeiten für die Partei in der Gemeinde'."*¹⁶⁵

Diese Aufzählung ist als "Richtwert" anzusehen, denn grundsätzlich konnte die Inhaftierung aus jedem erdenklichen Grund erfolgen. Als Beispiel möchte ich den Katecheten Friedrich Schöch aus Bregenz anführen. Dieser versandte am "Weißen Sonntag" im Jahr 1939 an seine Schüler Briefe mit folgendem Text: "(...) Ich glaube an ein ewiges Leben. Amen. (...) Für diesen Glauben haben Tausende - man nennt sie Märtyrer - mit Freuden ihr Leben hingegeben. Das wollen wir nie vergessen. (...) Für den Christen gibt es keine andere Türe ins ewige Leben außer Christus."¹⁶⁶ Das Schreiben wurde von der HJ, "die es bei einer Versammlung im Gymnasium (...)

¹⁶⁰ Siehe Johannes Schöch, DÖW 10.930, DMG Sch. IX/2.

¹⁶¹ Wanner, S. 18.

¹⁶² Apostolische Admin. Feldkirch am 31.3.1938 an die Klostervorstellungen. Gez. Tschann, zit. in: Wanner, S. 18f.

¹⁶³ Apost. Admin. Feldkirch am 10.3.1938 an die Klostervorstellungen. Gez. Tschann, zit. in: Wanner, S. 19.

¹⁶⁴ Siehe Fasching, S. 131.

¹⁶⁵ Zit. in: Wanner, S. 113.

¹⁶⁶ Schreiben von Friedrich Schöch, 1939, DÖW 10.894, DMG Sch. IX/1.

*verspottete*¹⁶⁷, bei der Kreisleitung angezeigt. Daraufhin erfolgten Verhöre durch die Gestapo, die vor allem den hier zuletzt zitierten Briefausschnitt beanstandeten. Friedrich Schöch mußte deshalb eine dreiwöchige Haft in Feldkirch über sich ergehen lassen.¹⁶⁸

Neben diesen Handlungsweisen wurde die Geistlichkeit durch immer drastischere Maßnahmen in ihrer Freiheit eingeschränkt. Das Vorgehen gegen Priester reichte von der Zurückdrängung aus dem öffentlichen Leben, ständiger Überwachung und Bespitzelung durch die Gestapo, bis zur Diskriminierung in der Öffentlichkeit, Berufsbehinderung und wirtschaftlicher Schädigung.¹⁶⁹ Durch den Ausschluß der Priester aus dem öffentlichen Leben, beschränkte sich die seelsorgerische und religiöse Arbeit auf Pfarrhäuser, Sakristeien und Kirchen.

In der Öffentlichkeit waren die Geistlichen teilweise Beschimpfungen, Verspottungen und Drohungen ausgesetzt. Von HJ und SA wurden Lieder gesungen, die z.B. folgenden Text hatten: *"Treibt die Juden aus dem Land, stellt die Pfaffen an die Wand (...) Wir schießen dem Papst ins Angesicht."*¹⁷⁰

In einem Brief, adressiert an den *"Hochwürdigen Geistlichen Rat Dr. Johannes Schöch-Feldkirch"*¹⁷¹ werden schreckliche Visionen heraufbeschworen:

*Städtisches Krematorium, Wilmersdorf, Datum des Poststempels. Berliner Straße 122.
Da Sie das entsprechende Alter erreicht haben und für die menschliche Gesellschaft kein Vorteil mehr aus Ihrem Weiterleben zu erwarten ist, und Sie durch Ihren jämmerlichen Anblick Ihre Mitmenschen nur ärgern, haben Sie sich laut § 263, Absatz 5 der Sterbeverordnung am nächsten Sonntag nachmittags um 15 Uhr im hiesigen Krematorium vor dem Hochofen Nr. 56 zwecks Verbrennung Ihrer traurigen Gestalt einzufinden. Sie haben ein Bündel Anmachholz und einen halben Zentner Kohle mitzubringen, da Ihre Verbrennung schon zum Selbstkostenpreis berechnet wird. Ferner ein Topf für die Grieben und ein Stück Papier für Ihre restlichen Knochen. Ihre Auspuffrohre haben sie luft- und wasserdicht zu verschließen, damit keine Explosionen bei der Verbrennung Ihrer kümmerlichen Überreste entstehen können. Ihr Wasserkopf ist zu Hause zu lassen, da sonst das Feuer ausgeht. (...)*

7.1.1 Schulverbot und Gauverweis

In ganz Österreich wurde vielen Priestern Schulverbot erteilt, das in vielen Fällen einem Predigtverbot gleichkam. Die Gesamtzahl der von dieser Maßnahme betroffenen Katecheten betrug in Gesamtösterreich ca. 1500 Personen.¹⁷² In Vorarlberg waren davon 72 Priester betroffen. Bereits am 1.12.1938 wurde über Pfarrer Anton Maklott aus Bregenz-Vorkloster das Schulverbot verhängt.¹⁷³ In seiner Chronik berichtet Dr. Johannes Schöch, daß der Schulleiter durch die Befragung von Schulkindern etwaige Vergehen des Pfarrers aufdecken wollte: *"(...) ihr könnt bezeugen, dass Pfr. Maklott, Glatthaar und Dr. Hutter nie auf der Strasse den deutschen Gruß geleistet haben? (...) Habt ihr einmal bei einem Pfarrhof Windeln gesehen?"*¹⁷⁴

Die schlimmsten Übergriffe gegen den Klerus waren neben diesem Verbot Freiheitsentzug, Gauverweis und schließlich in einigen Fällen sogar Mord. Bischof Stecher meinte dazu: *"Es begann 1938 die erste Christenverfolgung in diesem Land."*¹⁷⁵ 28 Priester wurden in Vorarlberg in Schutzhaft genommen. Bei schweren "Vergehen" wurde, wie bereits erwähnt, der "Gauverweis" über die Geistlichen verhängt. Ohne solch ein "schweres Vergehen" begangen zu haben, wurde Pfarrer Christian Hiller aus Bezau der "Gauverweis" erteilt. Der Anlaß dafür gab die Aufführung eines Bühnenstücks auf dem am 28.11.1940 stattfindenden Kreisappell in Bezau. Ein

¹⁶⁷ Handschriftlich hinzugefügte Bemerkung von Dr. Johannes Schöch, Ebd.

¹⁶⁸ Siehe August Hinteregger: Vorarlberger Priester in den Jahren der Bedrängnis 1938-1945, Wolfurt 1988, S. 15.

¹⁶⁹ Siehe Wanner, S. 103.

¹⁷⁰ Zit. in: Wanner, S. 105.

¹⁷¹ Schreiben an Dr. Schöch, 24.4.1941, DÖW 10.894, DMG Sch. IX/1.

¹⁷² Siehe Fried, S. 52.

¹⁷³ Siehe Fasching, S. 130.

¹⁷⁴ Dr. Schöch: Rieden-Vorkloster, DÖW 10.894, DMG Sch. IX/1.

¹⁷⁵ Zit. in: Fußenegger, S. 90.

Schauspieler hatte den Mut, den anwesenden Gauleiter Hofer folgendermaßen anzusprechen: "(...) *Und eine Frage delikater Art, ist Religion noch privat? Auf eine Antwort lauern, die Bregenzerwälder Bauern.*"¹⁷⁶ Der daraufhin empörte Kreisleiter strafte nicht jenen wagemutigen Bezauer, sondern suchte sich Pfarrer Hiller als "Sündenbock" aus, indem er das "Gauverbot" über ihn verhängte.¹⁷⁷

7.2 Priester in Konzentrationslagern

Neben Geistlichen, die den neuen Machthabern positiv gegenüber standen, gab es auch solche, die das NS-Regime ablehnten und deshalb für ihre Verhaltensweise "gemäßregelt" wurden. So wurden mehrere Vorarlberger Priester in Konzentrationslager gebracht. Um zu verdeutlichen, welche nichtigen und unterschiedlichen Beweggründe für die Deportation der Geistlichen ausschlaggebend war, möchte ich auf einzelne Priesterschicksale näher eingehen.

7.2.1 Othmar Gächter (15.1.1900-11.4.1970)

Der aus Altach stammende Pfarrer von Buch, Othmar Gächter, wurde am 25.2.1939, ohne ein "Vergehen" begangen zu haben, von der Gestapo in Schutzhaft genommen und in das Gefängnis nach Bregenz überstellt. Seine Schwester, Lina Gächter, versuchte über den Rechtsanwalt Dr. Jakob Gorbach aus Feldkirch die Freilassung ihres Bruders zu erreichen. Der Jurist, der Mitglied der Partei war, verfaßte ein Schreiben an die Kreisleitung in Bregenz, um eine Entlassung des Pfarrers zu erwirken. Die "Ns [sic] *Deutsche Arbeiterpartei, Gau Tirol-Vorarlberg, Kreisleitung in Bregenz*"¹⁷⁸ antwortete dem PG Gorbach, daß Otto Gächter "*verdienterweise in Schutzhaft genommen wurde. Pfarrer Gächter gehört zu den Unbelehrbaren, die, wo sie auch zum Einsatz gelangen mögen, immer wieder ihre feindselige Haltung zum Nat. Sozialismus bekunden.*"¹⁷⁹ Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Maßnahme sei die Tatsache, daß seit dem Zeitpunkt von Gächters Verhaftung "*(...) Ruhe, Frieden und Gemeinschaftssinn in der Ortsgruppe eingezogen ist*" und folglich "*(...) kein Mensch in Buch auf die Rückkunft des Pfarrers wartet.*" Weiters war die Partei der Ansicht, daß Gächter in Schutzhaft bleiben müsse, da "*(...) bei der Einsetzung des Pfarrers in einer anderen Gemeinde sich dasselbe wiederholen würde, was in Buch vorgegangen ist*"¹⁸⁰.

Nachdem die Bittgesuche ihre Wirkung verfehlt hatten, wurde Otto Gächter nach Innsbruck überstellt. Dort mußte er eine Erklärung unterschreiben, in der er seine volle Loyalität gegenüber den Nationalsozialisten versprach. Diese Erklärung wurde ihm nun als indirektes Schuldbekennnis ausgelegt, mit der Begründung, vorher den neuen Machthabern nicht treu gegenüber gestanden zu sein.¹⁸¹ Deshalb wurde er in das Konzentrationslager Dachau gebracht, wo er bis zum 17.7.1940 festgehalten wurde.

Die Pfarrgemeinde versuchte ihren Pfarrer so gut wie möglich zu unterstützen. Sobald die Erlaubnis erteilt wurde, jedem Gefangenen in Dachau 15,- RM pro Monat zukommen zu lassen, wollten einige Frauen aus der Pfarre Buch Geld sammeln, um Pfarrer Gächter zu unterstützen. Drei dieser Frauen mußten "*dafür auf mehrere Wochen in die Haft nach Bregenz wandern*"¹⁸².

Der "Pfarrverweser" Kolb hielt bei der Maiandacht ein Gebet für Pfarrer Gächter, weshalb Kolb zur Gestapo nach Bregenz vorgeladen wurde und ihm die Fortsetzung solcher Bittgebete untersagt wurde. Am Pfingstdienstag machten sich 26 Personen, hauptsächlich Frauen, auf den Weg nach Bregenz, um bei der Kreisleitung der NSDAP für die Freilassung Pfarrer Gächters zu bitten. Interessanterweise handelte es sich bei diesen Frauen um Parteigenossinnen. Diese

¹⁷⁶ Zit. in: Fasching, S. 131.

¹⁷⁷ Siehe Ebd., S. 131.

¹⁷⁸ Kreisleitung Bregenz an Dr. Gorbach, Schreiben vom 10.5.1939, DÖW 10.894, DMG Sch. IX/1.

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Siehe Harald Walser: Anpassung und Widerstand, in: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945, Bregenz 1985, S. 124.

¹⁸² Pfarre Buch betreffend, DÖW 10.894, DMG Sch. IX/1.

wurden von Antonia Stadelmann, die bei der NS-Wohlfahrt und der NS-Frauenschaft mitarbeitete, angeführt.¹⁸³ *"Sie wies geschickt darauf hin, wie mühsam die Partei in Buch aufgebaut worden sei, und es bestehe Gefahr, durch den Eindruck des Vorgehens gegen den Pfarrer alles zu verlieren."*¹⁸⁴ Allerdings blieben auch die Einwände der PG Stadelmann erfolglos.

Die Freilassung Otto Gächters erfolgte schließlich durch die Interventionen eines *"alten Parteigenossen aus Lindau"*¹⁸⁵, der von Gächters Haushälterin vermittelt worden war.

7.2.2 Alois Knecht (9.12.1894-?)

Alois Knecht wurde aufgrund von Denunziationen nach einer Hausdurchsuchung am 10.10.1939 verhaftet.¹⁸⁶ Das Ergebnis der Durchsuchung blieb ohne Erfolg, weshalb dem Geistlichen vorgeworfen wurde, er habe *"durch seine Predigten 'Unruhe ins Volk getragen' "*¹⁸⁷. In dem vom Chef des Sicherheitsdienstes (SD), Reinhard Heydrich, unterzeichneten Haftbefehl, der dem Pfarrer in Innsbruck vorgelegt wurde, waren noch zwei weitere Punkte für seine Inhaftierung erwähnt worden. So habe er gemeint, *"der Krieg sei verspielt"* und mit der Bemerkung *"Um eine Reichsmark monatlich lasse ich mich nicht anlügen"*¹⁸⁸ seinem Mesner sein Radio angeboten. Generalvikar Tschann versuchte über Gauleiter Hofer die Entlassung Knechts zu erreichen, was ohne Erfolg blieb. Auch die Interventionen des Bruders von Pfarrer Knecht blieben ohne Wirkung. Dieser wandte sich in einem Schreiben vom 29.3.1943 an die "Apostolische Administratur" und erwähnte v.a. die Kriegseinsätze von Alois Knecht während des Ersten Weltkriegs. Knecht erhoffte sich durch den Einsatz der Administratur bei der Kreisleitung die Freilassung seines Bruders, denn da *"(...) sich mein Bruder nun schon seit bald 3 1/2 Jahren in Haft befindet, wäre es wohl nicht mehr unbillig, einen Akt der Gnade ergehen zu lassen und dem alten Kriegsteilnehmer die Freiheit zu schenken"*¹⁸⁹. Dieser Bitte wurde allerdings nicht entsprochen. Alois Knecht mußte bis April 1945 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau bleiben.

7.2.3 Josef Plangger

Der Pfarrer von Meiningen wurde verhaftet, da er einen Fronleichnamsgottesdienst abgehalten hatte, obwohl um diese Uhrzeit keine Meßfeier mehr gestattet war. Während des Verhörs meinte Plangger, daß der Gottesdienst eine kirchliche Angelegenheit sei und die Gestapo nichts anginge. Daraufhin mußte er eine zweimonatige Schutzhaft in Bludenz absitzen und erhielt schließlich "Gauverbot" in Gaschurn. In seinem neuen Wirkungsgebiet St. Jakob im Defreggental, kam es zu einem weiteren Konflikt, als Plangger durch "landverschickte" Jugendliche provoziert wurde und er deshalb einen Beschwerdebrief an die NS-Behörden schickte. Josef Plangger wurde daraufhin von der Gestapo verhaftet und in das KZ Buchenwald gebracht. Über das KZ Natzweiler im Elsaß wurde er nach Dachau deportiert, wo er von August 1942 bis zum April 1945 inhaftiert war.¹⁹⁰

7.2.4 Georg Schelling

Die Einlieferung von Kaplan Schelling hatte die Kirche schwer getroffen, da er als Chefredakteur des "Vorarlberger Volksblattes" *"als Wortführer des politischen Katholizismus im Lande galt"*¹⁹¹. Schelling war seit dem Jahr 1931 Kaplan in Hohenems. Ab 15.7.1934 arbeitete er zunächst als Volontär beim "Vorarlberger Volksblatt". Ab 1936 sah es Georg Schelling als seine *"absolute Pflicht, vor dem Nationalsozialismus zu warnen."*¹⁹² Der Redakteur versuchte seine Leser über die

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Wanner, S. 123.

¹⁸⁶ Siehe Fasching, S. 131.

¹⁸⁷ Zit. in: Walser, S. 123.

¹⁸⁸ Zit. in: Wanner, S. 124.

¹⁸⁹ Schreiben von (Vorname unleserlich) Knecht an die Apost. Admin., 29.3.1943, DÖW 10.895, DMG Sch. IX/1.

¹⁹⁰ Siehe Walser, S. 123.

¹⁹¹ Walser, S. 124.

¹⁹² Georg Schelling: Erinnerungen des letzten geistlichen Redakteurs, in: 100 Jahre Vorarlberger Volksblatt, Sonderausgabe 1966.

tatsächliche Lage zu informieren, in dem er ausländische Zeitungen zitierte. In den Jahren 1934 bis 1938 überwachten die Sicherheitsdirektoren der Bundesländer die Edition der Zeitungen. *"Je weiter man von Wien entfernt war, desto offener durfte man immerhin schreiben."*¹⁹³ So veröffentlichte das "Volksblatt" einen Auszug der päpstlichen Enzyklika "Mit brennender Sorge" und brachte eine Flugschrift, die eine Antwort auf die Angriffe des Propagandaministers Joseph Goebbels gegen die katholische Kirche und die katholischen Orden zum Inhalt hatte. Außer der Vorarlberger Zeitung wagte solche Veröffentlichungen nur noch das "Linzer Volksblatt".¹⁹⁴

Nach der Rede Kurt Schuschniggs am 12.3.1938, war klar, daß die Lage bedrohlich wurde. Deshalb verbrannte Georg Schelling in derselben Nacht sämtliche Unterlagen in der Redaktion, die den neuen Machthabern auf keinen Fall in die Hände fallen sollten. Bald darauf floh der Kaplan nach Innsbruck. Lange konnte er sich jedoch vor den Nationalsozialisten nicht verstecken: am 21.3.1938 wurde er in Bregenz verhaftet. Von dort erfolgte die Überstellung nach Innsbruck, von wo er ins KZ Dachau eingeliefert wurde. Nach 47 Tagen im Bunker (sog. Kommandantur-Arrest), bei dem die Insassen nur alle vier Tage mit einer Brotration versorgt wurden, folgte die Einteilung in die Strafkompagnie. Im September 1939 kam es zur Überstellung in das KZ Buchenwald, wo er bis Dezember 1940 bleiben mußte. Anschließend erfolgte eine Rückverlegung nach Dachau. In Dachau wurden alle Priester aus verschiedenen Konzentrationslagern in einer eigenen Baracke untergebracht. Im März 1941 konnte sogar eine Kappelle errichtet werden, die gemeinsam von den verschiedenen Konfessionen benützt wurde. Neben dem Posten als Blockschreiber und Stubenältester, wurde Schelling am 16.3.1943 zum Lagerkaplan bestellt. Im Oktober 1944 erfolgte durch den Münchner Kardinal Faulhaber die Bestellung zum Lagerdekan.¹⁹⁵ Als solcher hatte Schelling die Möglichkeit, sich im Lager frei bewegen zu können. Dadurch konnte er viele Informationen erhalten, v.a. weil er sogar Zutritt zur Kommandatur erlangte, was nur wenigen Gefangenen vorbehalten war.¹⁹⁶

Schellings Arbeit teilte sich in zwei Bereiche auf. Erstens widmete er sich dem Gottesdienst und zweitens hatte er eine soziale Aufgabe zu erfüllen: Er mußte für das Wohl der Mitgefangenen sorgen, *"und wenn dem Kameraden eine besondere Gefahr droht, muß der Lagerkaplan noch abzuwenden versuchen, was möglich ist"*¹⁹⁷.

Um eine Besserstellung der SS-Soldaten in der Gefangenschaft der Alliierten zu erreichen, wurden manche KZ-Häftlinge zu "Ehrenhäftlingen" ernannt, zu denen auch Georg Schelling gehörte. Deshalb wurde er nach siebenjähriger Haft kurz vor der Auflösung des KZ Dachau am 15.4.1945 freigelassen.¹⁹⁸

7.2.5 Dr. Carl Lampert

Da Dr. Carl Lampert der ranghöchste Priester in der gesamten "Ostmark" war, der von den Nationalsozialisten zu Tode gebracht wurde, möchte ich auf dessen tragisches Schicksal, das verdeutlicht, mit welcher unmenschlichen Methoden die Gestapo vorging, *"(...) um Beweise für die angeblich subversive Tätigkeit des katholischen Klerus zu finden"*¹⁹⁹, näher eingehen.

Carl Lampert wurde am 9. Jänner 1894 als jüngstes von sieben Kindern in Göfis bei Feldkirch geboren. Die Familie war geprägt durch tiefe Religiosität, der Vater Franz Xaver Lampert bewirtschaftete den seit Generationen erhaltenen Bauernhof; die Mutter Maria Rosina, geb. Ammann war Hausfrau. Der Onkel Josef Anton Ammann war Pfarrer in Hard und schon früh zeigte sich auch bei Carl eine gewisse Begabung für den Priesterberuf. Nach der Volksschule besuchte Carl auf Rat des Onkels das Gymnasium in Feldkirch, das er 1914 mit der Matura abschloß. Im Jahr 1910 hatte er einen ersten Schicksalsschlag zu verkraften: Am 2. April starb

¹⁹³ Ebd.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Siehe Raimund Schnabel: Die Frommen in der Hölle. Geistliche in Dachau, Frankfurt 1965, S. 159.

¹⁹⁶ Siehe Jakob Fußenegger: KZ Lagerdekan Georg Schelling. 200 Briefe aus dem KZ, Dornbirn 1991, S. 87.

¹⁹⁷ Ebd., S. 85.

¹⁹⁸ Siehe Walser, S. 126.

¹⁹⁹ Ebd., S. 118.

ganz plötzlich der Vater. Nach der Matura begann Lampert seine Studien am fürsterzbischöflichen Seminar in Brixen. 1918 erhielt er die Priesterweihe durch Fürstbischof Franz Egger im Dom zu Brixen, am 26. Mai 1918 feierte er die Primiz in Göfis.²⁰⁰

Carl Lamperts erster Wirkungsort war Dornbirn-Markt. Neben den Pflichten als Religionslehrer gehörten das Männerapostolat, der Gesellen- und Arbeiterverein, der Mütterverein, der Jungfrauen-, Jugend- und Jungmännerbund, der Reichsbund und der Mädchensonntag zu seinem Arbeitsbereich. Vor allem zur Jugend hatte Kaplan Lampert ein gutes Verhältnis. Ein weiterer Schicksalsschlag war der Tod der Mutter, die an Tuberkulose erkrankt war. Sie starb am 7. August 1921.²⁰¹

Ab Herbst 1930 widmete sich Lampert an der Anima (Collegio Teutonico di S. Maria dell Anima) in Rom. Fünf Jahre widmete er sich dem Studium des kanonischen Rechts. Durch die mehrjährige Praxis am bedeutendsten Gerichtshof der römischen Kurie²⁰² erwarb er gute Kenntnisse des kirchlichen Verwaltungs- und Gerichtswesens. Carl Lampert schloß seine Studien mit dem Grad eines Doktors des Kirchenrechts ab und wurde am 30. März 1935 Advokat der S. R. Rota und Päpstlicher Geheimkämmerer (Monsignore).²⁰³

Am 1. Oktober 1935 wurde Dr. Lampert von Dr. Waitz als Leiter des kirchlichen Gerichts nach Innsbruck berufen. Am 15. Jänner 1939 ernannte ihn Bischof Dr. Paul Rusch zum Provikar von Innsbruck. Als am 5. März 1940 Enteignungsmaßnahmen das Kloster der Ewigen Anbetung in Innsbruck treffen sollten, unterstützte Provikar Lampert die sich zur Wehr setzenden Ordensfrauen und übergab ein Protestschreiben an die Geheime Staatspolizei. Daraufhin wurde Lampert verhaftet, nach zehn Tagen Gefängnis aber aus der Haft entlassen. Schließlich kam es zu einem neuerlichen Konflikt mit der Gestapo: Am Ostersonntag, den 23. März 1940 brachte der Sender Radio Vatikan unter seinen kirchlichen Weltnachrichten in deutscher Sprache auch einen Bericht über die Zustände der Kirche in Tirol, und berichtete u.a. über die einschränkenden Maßnahmen der Gestapo. Als Folge dieser Rundfunksendung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Provikar Lampert und dem Gestapo-Chef Hilliges, da dieser Lampert als Mitverantwortlichen für den Inhalt dieser Sendung sah. Deshalb erfolgte vom 28. März bis 11. April 1940 eine neuerliche Inhaftierung.²⁰⁴

Das endgültige Motiv für die Einlieferung Carl Lamperts ins Konzentrationslager war die Reaktion des Provikars auf die grausame Hinrichtung des Pfarrers von Götzens, Otto Neururer. Neururer wurde am 15. Dezember 1938 verhaftet, da er angeblich eine "deutsche Ehe" zwischen einem Bauernmädchen und einem geschiedenen SA-Mann verhindert hatte.²⁰⁵ Dr. Lampert engagierte sich von Anfang an für Pfarrer Neururer. Der Versuch, eine Entlassung zu erreichen, blieb erfolglos. Am 3. März 1939 wurde Neururer in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert und später in das KZ Buchenwald versetzt, wo er am 30. Mai 1940 nach grausamsten Folterungen an den Füßen aufgehängt wurde, bis der Tod eintrat.²⁰⁶ Nach dem schrecklichen Tod Neururers traf Anfang Juni ein Paket mit der Urne des Pfarrers im Pfarramt in Götzens ein. Provikar Dr. Lampert verfaßte daraufhin zusammen mit Pfarrprovisor Bernhard Praxmarer eine Todesanzeige mit folgendem Wortlaut:

*Gott hat unseren innigstgeliebten Seelsorger H. H. Pfarrer Otto Neururer nach großem Leid heimgeholt in seine Liebe. Er starb am 30. Mai 1940, fern seiner Seelsorgegemeinde, in Weimar/Buchenwalde. Wir kannten Herrn Pfarrer Neururer als einen Mann vorbildlicher Pflichterfüllung und ganzer Hingabe an seine Seelsorgeaufgabe. Sein Leben unter uns und sein Sterben werden wir nie vergessen.
Die Beisetzung des lieben Toten wird später bekanntgegeben werden.*

²⁰⁰ Siehe P. Gaudentius Walser: Provikar Dr. Carl Lampert, S. 10-13.

²⁰¹ Siehe Ebd., S. 13-15.

²⁰² P. Gaudentius Walser: Dreimal zum Tode verurteilt. Carl Lampert-ein Glaubenszeuge für Christus, Bern 1985, S. 12.

²⁰³ Siehe P. Gaudentius Walser: Provikar Dr. Carl Lampert, S. 15-18.

²⁰⁴ Siehe Ebd., S. 30.

²⁰⁵ Siehe Benedicta Maria Kempner: Priester vor Hitlers Tribunalen, München 1996, S. 209.

²⁰⁶ Siehe Ebd., S. 209.

*Hievon gibt in tiefster Trauer Kenntnis: Die Pfarrgemeinde
Götzens, am 31. Mai 1940.*²⁰⁷

Dem Provikar wurden die Bemerkung "(...) *nach großem Leid*", sowie die Angabe des Todesortes "*Weimar/Buchenwalde*" und schlußendlich die Beteuerung "(...) *sein Sterben werden wir nie vergessen!*" angelastet. Die wahren Ursachen für die Verhaftung Dr. Lamperts waren aber "*der kirchliche Eifer, die geistige Überlegenheit, die überragende Persönlichkeit Lamperts und nicht zuletzt der persönliche Haß des Gauleiters Hofer*"²⁰⁸.

Dr. Lampert wurde am 25. August 1940 in das KZ Dachau gebracht und nach nur sechs Tagen in das KZ Sachsenhausen-Oranienburg überstellt. Dort wurde er sofort einer Strafkompagnie zugeteilt. Der Grund für die Verlegung Lamperts nach Sachsenhausen dürfte darin gelegen haben, daß das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) sich "*den 'seltenen Fall' eines so hohen Klerikers im KZ sicher 'aus der Nähe ansehen' wollte*"²⁰⁹. Weiters ist P. Gaudentius Walser der Ansicht, daß "*spätestens ab der dritten Verhaftung Lamperts und seiner Einweisung in das Innsbrucker Polizeigefängnis (...) die 'Regie' des Falles 'Lampert' in Berlin geführt*"²¹⁰ wurde.

Nach dreieinhalb Monaten schwerster körperlicher Arbeit wurde Lampert am 15. Dezember 1940 wieder nach Dachau überstellt, wo er bis 1. August 1941 bleiben mußte. Ab diesem Datum wurde vom RSHA über Lampert der "Gauverweis" verhängt. Da er nun nicht mehr in seine Heimat zurückkehren konnte, wurde er nach der Entlassung aus Dachau nach Stettin verbannt. Der Berliner Erzbischof Graf von Preysing sorgte für Lamperts Aufnahme im Carolusstift in Stettin. Hier konnte er ungehindert predigen. Am Abend hielt er Glaubensstunden für die Jugend ab. Auf Grund seiner liebenswürdigen Art war Dr. Lampert bald eine gut bekannte Persönlichkeit "*bei den Kranken im Lazarett, bei den Schwestern im Stift und beim Stadtklerus, wie auch in katholisch- und evangelisch-kirchlichen Kreisen*"²¹¹. Lamperts Vertrauen in die Menschen und seine Offenheit wurden ihm jedoch zum Verhängnis. Die Bespitzelung Lamperts war von höchster Stelle organisiert.

In einer Konferenz des RSHA in Berlin am 22. September 1941 wurde das Vorgehen gegen den Klerus und die Maßnahmen gegen die Kirche von SS-Sturmbannführer Albert Hartl, einem ehemaligen katholischen Priester, Leiter der Gruppe IV B "*Politische Kirchen, Sekten, Freimaurer, Juden*" 141 Sachbearbeitern der Gestapostellen bekanntgegeben. Von diesen Regelungen war auch Dr. Lampert betroffen.

(...) In Einzelfällen ist nach wie vor einzuschreiten, jedoch ist in jedem Fall dem RSHA zu berichten, in besonders schwierigen Fällen wird die Entscheidung des Führers eingeholt.

Es ist in der Hauptsache dafür zu sorgen, daß die Kirche keine Positionen zurückerobert. Wir sollen uns darauf beschränken, bisher eroberte Positionen zu halten.

*Das Hauptgewicht ist auf die kirchenpolitische Nachrichtentätigkeit zu richten. Jegliches Material, das irgendwie von Bedeutung ist oder Bedeutung erlangen könnte, ist sorgfältig zu sammeln. (...) Das Nachrichtennetz ist mit größter Sorgfalt zu pflegen und durch Gewinnung neuer V-Personen auszuweiten. Insbesondere wird Wert gelegt auf Verbindungen kirchlicher Kreise zu Staatsstellen.*²¹²

Ein solcher V-Mann war Franz Pissaritsch, ein SS-Bewerber aus Kärnten, der gegen Lampert eingesetzt wurde. Für die Bespitzelungstaktik und spätere Prozeßführung gegen Provikar Dr. Lampert war Kriminalkommissar Karl Trettin verantwortlich. Dieser bestätigte, "*daß der Chef der Reichssicherheitspolizei und des Reichssicherheitsdienstes, Ernst Kaltenbrunner, persönlich*

²⁰⁷ Zit. in: P. Gaudentius Walser: Dreimal zum Tod verurteilt, S. 20.

²⁰⁸ Ebd., S. 21.

²⁰⁹ P. Gaudentius Walser: Provikar Dr. Carl Lampert, S. 36.

²¹⁰ Ebd., S. 35.

²¹¹ P. Gaudentius Walser: Dreimal zum Tod verurteilt, S. 25.

²¹² Kopien im Diözesanarchiv Berlin V-71, zit. in: P. Gaudentius Walser: Provikar Dr. Lampert, S. 39.

*beteiligt gewesen sei, um das im Raum Stettin vermutete Nachrichtennetz des katholischen Klerus zu zerschlagen"*²¹³.

Durch Trettins Engagement erhielt Pissaritsch Papiere, in denen sein Name auf "Hagen" geändert und sein Beruf mit "Ingenieur" bezeichnet wurde. Zusammen mit Trettin besuchte "Hagen" die Firma Gollnov & Sohn in Peenemünde. In dieser Waffenfabrik wurden vor allem die sogenannten Vergeltungswaffen "V1" und die automatische Lenkwaffe "V2" fabriziert. Beide Waffentypen kamen noch während des Krieges in den Jahren 1944/45 zum Einsatz.

"Hagen", der ein Empfehlungsschreiben eines katholischen Pfarrers aus Kärnten bei sich hatte, schloß sich der kirchlichen Jugendbewegung an. Dadurch kam es zu über zwölf Begegnungen zwischen Lampert und "Hagen", die in der Zeit von November 1942 bis Februar 1943 stattfanden, was aus Protokollen, die Pissaritsch regelmäßig der Gestapo zukommen ließ, hervorgeht.²¹⁴ Bei den Treffen mit dem Provikar erzählte Pissaritsch immer öfter von der großen Zerstörungskraft der Waffe "V1". Aus diesem Grund habe er Gewissenskonflikte, da er es nicht mit seinem christlichen Glauben vereinbaren könne, die fertigen Pläne dem Reichskriegsamt zu übergeben und somit beim Einsatz dieser Waffe den Tod von Millionen Menschen mitverantworten zu müssen. Falls er die Pläne vernichten würde, sollte ihm Lampert bei der Flucht behilflich sein und ihn bei befreundeten Priestern in Innsbruck oder Rom in Sicherheit bringen.

Doch Dr. Lampert verweigerte die Hilfe.

Am 4.2.1943 begann eine Verhaftungswelle, der Lampert und zahlreiche seiner Priesterkollegen zum Opfer fielen. In den sogenannten "Stettiner Protokollen" wurde mit Hilfe eines Gummiknüppels versucht, dem Provikar das Geständnis zu erzwingen, Bischof Rusch habe ihn zu Spionage und Verrat veranlaßt.²¹⁵

Der Prozeß "Lampert und andere" begann schließlich vor dem Reichskriegsgericht in Halle an der Saale am 19. Dezember 1943 und dauerte bis zum 13. Jänner 1944. Dr. Lampert und seine Priesterkollegen Daniel, Lorenz, Simoleit, Plonka, Hirsch und Berger wurden wegen Abhören von Feindsendern, Zersetzung der Wehrkraft und Feindbegünstigung angeklagt. Lampert wurde zum Tode verurteilt, ebenso Simoleit und Lorenz. Nach der Urteilsverkündung mußte Dr. Lampert drei furchtbare Wochen - mit Ketten bei ständiger greller Beleuchtung an ein Steinbett gefesselt - über sich ergehen lassen.²¹⁶

Nach langer Kerkerhaft in Halle wurde Lampert nach Torgau überstellt. Die erste Verhandlung vor dem Reichskriegsgericht in Torgau erfolgte im Zeitraum vom 24. Juli bis zum 28. Juli 1944. Die Anklage erhob die gleichen Vorwürfe wie zuvor im Prozeß in Halle, allerdings wurde dem Provikar nun noch Spionage zur Last gelegt. Der Vorwurf des "Spionageversuchs" bestand darin, daß Lampert angeblich Informationen über die Geheimwaffe der Firma Gollnov ins Ausland verraten habe.²¹⁷ Bei der Urteilsverkündung fehlte der Generalstabsrichter Werner Lueben, der sich geweigert hatte, das Todesurteil über Lampert zu verhängen, und in der Nacht vor der Urteilsverkündung Selbstmord beging. Dennoch wurde das Urteil gefällt: Lampert, Simoleit und Lorenz wurden wiederum zum Tod verurteilt. Nach einer Anfechtung wurde das Urteil jedoch aufgehoben und es kam zu einer neuerlichen Verhandlung, die vom 2. September bis zum 4. September 1944 in Torgau stattfand.²¹⁸ In dieser Verhandlung wurden dieselben Urteile wie in der vorigen gefällt; für den Provikar war dies somit das dritte Todesurteil! Als Begründung für diesen Entscheid wurden die schon genannten Beschuldigungen aufgezählt: Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung (was bei Lampert in der Zulassung von polnischen Arbeitern zu Gottesdiensten bestand), Abhören von Feindsendern, Spionageversuch. Provikar Lampert

²¹³ P. Gaudentius Walser: Dreimal zum Tod verurteilt, S. 26.

²¹⁴ Siehe P. Gaudentius Walser: Provikar Dr. Carl Lampert, S. 41.

²¹⁵ Siehe Wanner, S. 115.

²¹⁶ Siehe Ebd., S. 115.

²¹⁷ Siehe P. Gaudentius Walser: Dreimal zum Tod verurteilt, S. 40.

²¹⁸ Siehe P. Gaudentius Walser: Provikar. Dr. Carl Lampert, S. 47.

verteidigte sich in einer schriftlichen Erklärung, die er im Oktober 1944 verfaßt haben dürfte, gegen das über ihn verhängte Todesurteil. Als Nachbemerkung schrieb Lampert mit Rotstift dazu:

(...) PS (..) trotz dieses "wirklichen Tatbestandes" wurde ich am 8.9.44 z. Tode etc. verurteilt, weil: 1.) meine Einstellung - Vergangenheit mich der Spionage fähig (!) erscheinen liessen u. 2.) weil Hagen "glaubwürdig" (!) [sic] u. ich nicht glaubwürdig sei! - jeglicher anderer Beweis fehlte!! sic justitia!!!!!! ²¹⁹

Am Tag der Hinrichtung, dem 13. November 1944, verfaßte der Provikar einige Abschiedsbriefe, u.a. an Bischof Paul Rusch, Bischof Franz Tschann und an seinen Bruder Julius Lampert. Danach erhielt er vom Gefängnisgeistlichen die Hl. Kommunion und die Krankensalbung. Gegen 16 Uhr wurden neben Dr. Lampert auch die Priester Simoleit und Lorenz, die alle nur mit einer gestreiften Hose und Holzpantinen bekleidet waren, zur Hinrichtung geholt. Vor dem Verlassen der Zelle schrieb Dr. Lampert quer über den letzten Abschiedsbrief: "*Nun ruft mich Gott, lebt wohl!*"²²⁰

Der weitere Verlauf wird durch den vom Gericht zum Zuschauen gezwungenen Augenzeugen Dr. A. Krause geschildert:

*(...) Ein Generalreichsanwalt Buschenhagen verlas das Vollstreckungsurteil. Scharfrichter walte deines Amtes, war das letzte dieser Formalität. Carl Lampert mit gesenktem Haupt betend (laut) ging allein zur Maschine. Er betete lauter, wie auf einer Kanzel, er wird festgebunden. Er ruft laut, so lasse diesen bitteren Kelch nicht an mir vorbeigehen. Der Tisch der Maschine, bisher wie eine Türe stehend, kippt um, das Beil fällt, er ruft laut Jesus-Maria, sein Kopf hopst in einen Korb mit Sägemehl (...)*²²¹

²¹⁹ Feststellung des Hwst. Msgr. Karl (sic) Lampert hinsichtlich der ihm bei der 2. Verhandlung (Torgau) 8. Sept. 1944 zur Last gelegten Vergehen, DÖW Akte 10.876, DMG Sch. IX/1.

²²⁰ Zit. in :P. Gaudentius Walser: Dreimal zum Tode verurteilt, S. 42.

²²¹ Zit. in: P. Gaudentius Walser: Provikar Dr. Carl Lampert, S. 59.

7.3 Geistliche Kritik

Eine Vielzahl von Konflikten gab es besonders zu Beginn des NS-Regimes, die auf den Gegensatz von nationalsozialistischer Modernisierung und kirchlicher Tradition zurückzuführen sind. Teilweise forderten die Priester eine Auseinandersetzung mit den NS-Behörden aus oft nichtigen Gründen, die "*wirklich keinen Anlaß zum Widerstand geben sollten*"²²² geradezu heraus. Als Beispiel hierfür ist Pfarrer Gut aus Götzis zu erwähnen, der das Turnen der SS mit nacktem Oberkörper, sowie die Gymnastik der Mädchen des BDM in ärmelloser Bluse und in Hosen, als Zumutung empfand, was er in einer Predigt zum Ausdruck brachte.

Daraufhin verfaßte der Kreisleiter der NSDAP Götzis, Toni Plankensteiner, folgenden Brief an den Priester:

(...) Wer an nackten Oberkörpern von Männern Anstoß nimmt, muss abnormal veranlagt sein. Es gibt leider solche Menschen, die dieser Anblick reizt, mit solchen Menschen müssen wir abfahren und sie dorthin bringen wo sie für das Volk unschädlich sind. (...) Sollten Sie Herr Pfarrer noch weiter belieben in dieser Weise gegen die Partei vorzugehen, so werden Sie uns zwingen von Dingen zu sprechen über die wir bisher schwiegen, welche aber Ihnen und der Kirche sehr unangenehm sein werden.(...) Von Ihnen Herr Pfarrer wird erwartet, dass Sie dem Nationalsozialismus unvoreingenommen und ehrlich gegenüber treten. Sollte jedoch festgestellt werden müssen, dass Sie den Frieden in der Gemeinschaft nicht haben wollen, so sind Sie sich darüber im Klaren, dass dies Kampf bedeutet und es wird dann abzuwarten sein, wer in dem Kampf unterliegt. An Ihnen liegt es jetzt, Herr Pfarrer, zu zeigen welcher Gesinnung Sie sind. Wir werden wachsames Auge dafür haben.

*Heil Hitler!
Plankensteiner
Kreisleiter* ²²³

Die Wortwahl Plankensteiners läßt erkennen, daß der Kampf zwischen Kirche und Staat erbittert geführt wurde.

Auch in Altenstadt gab es 1938 eine Auseinandersetzung zwischen dem dortigen Pfarrer Josef Feuerstein und den Vertretern des NS-Regimes. Feuerstein kritisierte, ähnlich wie Pfarrer Gut, das Marschieren von Mädchen in Badebekleidung als eine "*brutale Schamlosigkeit*" und ein "*großes Ärgernis für die Gemeinde*"²²⁴. Als daraufhin eine Vernehmung durch die Gestapo erfolgte, blieb der Geistliche bei seiner Aussage, meinte aber, daß der Nationalsozialismus auch viel gutes gebracht habe:

Zuerst sage ich, was mir gefällt: Kinder- und Ehestandsbeihilfen, Zurückdrängung des Judentums. Ich war Antisemit schon seit Luegers Zeiten. Was mir nicht gefällt? Daß man die jungen Leute Sonntag früh zum Appell ruft, sodaß sie nicht zur Messe kommen (...).
²²⁵

Ich finde es tragisch, daß die Geistlichen zu Beginn des NS-Regimes keine größeren Fehler, als obig erwähnte, feststellen konnten. Andererseits verdeutlichen diese Beispiele auch, wie "naiv" der Klerus der Propaganda gegenüberstand und wie realitätsfremd die Ansichten der Geistlichen waren.

Als weiteres Beispiel dafür soll ein Schreiben von bereits erwähntem Pfarrer Feuerstein an die Gestapo in Bregenz angeführt werden:

²²² Wanner , S. 111.

²²³ Schreiben Toni Plankensteiners an Pfarrer Gut, Juli 1938, DÖW 10.892, DMG Sch. IX/1.

²²⁴ DÖW 10.894, zit. in: Walsler, S. 115.

²²⁵ Zit. in: Ebd., S. 115.

Der Gefertigte hat nach Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich, für diesen Anschluß gestimmt und die Bevölkerung hiezu ermuntert.

Der Gefertigte hat zum dritten Reiche und der nationalsozial. Bewegung eine lojale [sic], staats-treue Haltung eingenommen, und das um so mehr, da er als Seelsorger die gründliche und wohltätige Socialreform [sic] (Abbau der Arbeitslosigkeit, Kinderbeilage für kinderreiche Familien, Ehestandsdarlehen) lebhaft und freudigst begrüßte.

Der Gefertigte hat zweimal (1938 und 1939) auf der Kanzel die Straßen- und Haussammlungen der nationalsoc. [sic] Partei angelegentlichst und warm empfohlen (...) aus Überzeugung, daß jetzt auch solche Leute für die Volkswohlfahrt zu spenden veranlaßt werden, die früher für solche Zwecke nichts übrig hatten und karitativen Aktionen fernblieben.²²⁶

7.4 Priester in der Wehrmacht

Im Jahr 1938 kam es aufgrund des Polenfeldzuges zu einem Ausbau der Wehrmacht und somit auch zur Einberufung von Priestern.

Als Kriegspfarrer wurden aus Vorarlberg nur drei Geistliche eingesetzt: Pfarrer Anton Maklott, Fröhmesser Johann Rein und Kaplan Alfons Winter. Der Grund für diese geringe Anzahl liegt darin, daß vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) bestimmte Vorgaben für den Einsatz als Kriegspfarrer erlassen wurden. So sollte sich dieser bereits an der Front bewährt haben und die *"seelischen Bedürfnisse der Soldaten aus eigenem Erleben kennen"*²²⁷. Diese Voraussetzungen konnten nur von den genannten drei Priestern erfüllt werden. Zur Einberufung von Vorarlberger Geistlichen zum Militärdienst kam es hauptsächlich im Frühjahr 1940. Die meisten Priester mußten als Sanitäter an die Westfront nach Frankreich. Für die Frontsoldaten hatten die Priester folgende Erklärung verfaßt, die in das Soldbuch eingelegt werden sollte: *"Ich Unterzeichneter erkläre, daß ich der römisch-katholischen Religion angehöre. Im Falle einer Verwundung, eines Unfalles oder bei Einlieferung ins Lazarett verlange ich den Beistand eines römisch-katholischen Priesters. Im Falle meines Todes will ich kirchlich beerdigt werden. Dies ist mein letzter ausdrücklicher Wille"*²²⁸. Allerdings wurde die Abgabe dieser Erklärung an die Soldaten *"zur Ausfüllung und Einlage im Wehrpass"*²²⁹ verboten.

Bedingt durch die schrecklichen Kriegserlebnisse erlebte der Glaube an die katholische Religion unter den Soldaten einen Aufschwung. So berichtet der Kaplan Hugo Kleinbrod von der Front: *"(...) Oft waren 3000 Gefangene zum Sonntagsgottesdienst. Das Kirchengzelt wird zu klein, der Altar wird darum im Freien beim Stacheldraht gebaut. (...) Viele kehren zur Kirche zurück, Konvertiten, Revertiten, Taufen, Erstkommunikanten, Firmlinge! Not lehrt beten!"*²³⁰ Kaplan Paul Nachbaur schrieb am 17.3.1944 an seinen Pfarrer: *"Seit dem Urlaub habe ich wieder zum 1. Mal das hl. Opfer gefeiert. Eine ganz nette Gemeinschaftsmesse, wo alle lebendigen Anteil nahmen. Das hat uns allen wohl getan, besonders mir (...)"*²³¹

Zu Kriegsende konnten die Geistlichen nicht sofort in die Heimat zurückkehren, so kamen viele Vorarlberger Priester als Lager- und Gefangenenseelsorger nach Norddeutschland, England und Frankreich.

Für die Einberufung zum Militärdienst gab es für den Klerus auch Ausnahmen. So wurde ein Geistlicher, der einen Seelsorgebezirk alleine betreuen mußte, militärfrei gestellt.

In einem Schreiben an die Apostolische Administration teilt Dr. Paul Rusch dies u.a. den Priestern mit:

²²⁶ Schreiben Pfarrer Feuersteins an das Kriminalpolizeikommissariat Bregenz, 13.7.1939, DÖW 10.894, DMG Sch. IX/1.

²²⁷ Wanner, S. 230.

²²⁸ Erklärung, DÖW 10.897, DMG Sch. IX/2.

²²⁹ Mit Schreibmaschine hinzugefügte Mitteilung, Ebd.

²³⁰ Zit. in: August Hinteregger: Vorarlberger Priester in den Jahren der Bedrängnis, S. 48.

²³¹ Zit. in: Ebd., S. 32.

(...) Die militärischen Anweisungen betreffs der Priester, die wegen ihrer Stellung militärfrei sind, heisst wörtlich folgendermaßen: "Seelsorger, denen ein Seelsorgsbezirk zur selbständigen Betreuung übertragen ist: Pfarrer, Pfarrkurat, Expositus, Pfarrvikar, exponierter Lokalkaplan, Strafanstaltspfarrer, Krankenhauspfarrer, Stiftspfarrer, Vorsteher einer öffentlichen Kirche: Kirchenrektor." Wenn demnach ein Priester unter diese genannten Amtsbezeichnungen fällt, so ist er militärfrei.(...)

Die Freistellung vom Kriegsdienst wurde auch oft über andere Wege versucht. Durch dringende Gesuche sollte beispielsweise eine Zurückstellung der Hilfspriester erreicht werden. Als Begründung wurde die Tatsache angeführt, daß die Priester in großen Pfarreien wirken, und sie deshalb dringend benötigt werden. Weiters versuchte Weihbischof Tschann, Hilfspriester zu selbständigen Seelsorgern zu ernennen und sie dadurch, aufgrund der Vorschriften, dem Militärdienst zu entziehen. Allerdings wurden diese Bittschriften vom zuständigen Militärkommando in Bregenz abgelehnt:

*Es häufen sich die Fälle, dass Geistliche, welche wehrpflichtig sind, Einberufungen erhalten und daraufhin mit allen möglichen Enthebungsansuchen an die Wehrrersatzdienststellen herantreten. (...) Mit Rücksicht auf den aussergewöhnlichen Arbeitseingang und die wehrdienstlichen Belange ist das WBkmdo in Hinkunft nicht mehr in der Lage, derartige Gesuche zu berücksichtigen.*²³²

Deshalb wurden fast alle Priester und Theologiestudenten im Jahr 1941 zum Kriegsdienst verpflichtet. Im August 1941 betrug deren Gesamtzahl 26. Laut eines Gesamtverzeichnisses, der "aus Vorarlberg zum Heeresdienste eingerückten aktiven Seelsorgspriester" mit Stand vom 1.1.1945 waren zu diesem Zeitpunkt 57 Geistliche an der Front, darunter waren 8 gefallen und 7 vermißt.²³³

Am 22.10.1943 erließ das OKW eine Meldung, in der mitgeteilt wurde, daß neben den selbständigen Pfarrseelsorgern auch "amtierende Geistliche" vom Kriegseinsatz freigestellt werden sollten. Der Wahrheitsgehalt dieser Mitteilung wurde von manchen Priestern angezweifelt, was einige Schreiben an die Apostolische Administratur in Feldkirch belegen. Weitere Unsicherheit ergab sich im Hinblick auf die Einberufung zum "Volkssturm". So schreibt der Hohenemser Kaplan Ernst Hofer an den "Hochwürdigen Rat":

*Es ist mir mitgeteilt worden, daß ich in den nächsten Tagen in der Gemeindeganzlei Meldung wegen des Volkssturms machen müsse. (...) Was politisch "unzuverlässig" sei, werde nicht herangezogen. (...) Ich möchte nun um Auskunft bitten, ob andere geistliche Herren sich auch melden müssen und was im Falle einer Bereitstellung oder Einberufung zu tun wäre.(...)*²³⁴

Als Antwort teilte die "Kanzlei der Apostolischen Administratur Feldkirch" dem Priester mit, daß

*(...) die Grundsätze, die bezüglich der Heranziehung von Geistlichen zum Wehrdienst gelten, entsprechend auf die Nichtheranziehung von Geistlichen zum Volkssturm anzuwenden sind, da dieser zur Wehrmacht gehört (...) nach Ziffer 4 des Führererlasses vom 25.9.1944 "sind die Angehörigen des Volkssturms während ihres Einsatzes Soldaten im Sinne des Wehrgesetzes".*²³⁵

Aus diesem Grund wurden die Priester zum "Volkssturm" nicht herangezogen. Falls Geistliche dennoch "eine Einberufung zum Volkssturm erhalten, mögen sie sich womöglich unter Vorlage des Einberufungsbescheides an ihr zuständiges bischöfl. Ordinariat wenden."²³⁶

²³² Schreiben an den Apost. Administrator, 27.11.1941, DÖW 10.871, DMG Sch. IX/2.

²³³ Gesamtverzeichnis, Stand 1.1.1945, gez. Tschann, DÖW 10.869/10.870, DMG Sch. IX/2.

²³⁴ Schreiben von Ernst Hofer an den Hochw. Herrn Rat, Hohenems, 15.2.1945, DÖW 10.872, DMG Sch. IX/2.

²³⁵ Apost. Admin. an Ernst Hofer, 15.2.1945, DÖW 10.872, DMG Sch. IX/2.

²³⁶ Ebd.

8. Kriegsende und Neubeginn in Vorarlberg

8.1 Die Einstellung der Kirche zur Vergangenheit

Durch den Zusammenbruch des NS-Regimes stand die Kirche vor einem Neubeginn, denn *"man konnte im Mai 1945 tatsächlich nirgends mehr dort anfangen, wo man im Frühjahr 1938 aufgehört hatte"*²³⁷. Während zu Beginn die Versuchung groß war, wie in der Zeit des politischen Katholizismus auf das Zusammenspiel zwischen Kirche und Politik zu setzen, wurde das direkte politische Engagement des Klerus ausgeschlossen, da die *Situation "pluralistischer"*²³⁸ als in den Jahren zuvor war. Nachdem der Episkopat auch noch die verheerenden Folgen des Krieges vor Augen hatte, dem auch eine große Anzahl von Priestern zum Opfer fiel, wurde der Weg in die Eigenständigkeit der Zusammenarbeit mit einer politischen Partei vorgezogen. Allerdings verfaßten die Bischöfe zu den Nationalratswahlen der Jahre 1949, 1953 und 1956 Hirtenbriefe, in denen sie politisch Stellung bezogen. So nannte der Episkopat in einem Wahlauf Ruf an die Bevölkerung zwar explizit keine bestimmte Partei, bezog aber bei den kontroversen politischen Themen so klar Stellung, daß nur mehr eine Partei in Frage kommen konnte:

*Gebt Eure Stimmen jenen Männern, deren Programm und Persönlichkeit Euch eine Garantie dafür bieten, daß sie für Rechte Gottes und die Freiheit der Kirche, für die katholische Schule, die Anerkennung der kirchlich geschlossenen Ehe im staatlichen Bereich und den Schutz des keimenden Lebens, aber auch für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit eintreten.*²³⁹

Meiner Meinung nach wollte die Kirche die Vorkommnisse in der Zeit des NS-Regimes schnellstmöglich verdrängen, in dem sie nur nach vorne, aber nicht mehr in die Vergangenheit blickte. Dieses Verdrängen aus Motiven einer *"Einfachheit einer zutiefst innerlichen Christlichkeit, Gewaltlosigkeit und Toleranz"*²⁴⁰, wird am Verhalten des Generalvikar Tschann deutlich. Durch die Fürsprache der kirchlichen Behörden konnten ehemalige Parteifunktionäre und Genossen einen "Freibrief" bei der französischen Militärregierung erreichen. Generalvikar Tschann setzte sich ohne Zögern für die ehemaligen Nationalsozialisten ein. Hier drängt sich die Frage auf, ob der Einsatz der Kirche für ehemalige Parteigenossen berechtigt war, wo sie doch während des Krieges für *"verfolgte Österreicher, Juden und gefangene Glaubensbrüder"*²⁴¹ kaum Protest eingelegt hatte.

Jedenfalls kam die Unterstützung des Generalvikars vielen Reichsdeutschen zugute, die *"um eine damals notwendige Befürwortung zur Aufenthaltsverlängerung bei den französischen Sicherheitsbehörden baten"*²⁴².

Das die Kirche ihre Rolle in der Vergangenheit weitgehend verdrängte, zeigt auch der erste Hirtenbrief "Zum Aufbau von Kirche und Staat", mit dem sich die Bischöfe am Fest des Hl. Matthäus an die Bevölkerung wandten. Darin heißt es u.a.:²⁴³

(...) Nicht die Kirche kann für diesen Vernichtungskrieg verantwortlich gemacht werden; vielmehr suchte diese das drohende Unheil abzuwenden, Versprechungen glaubend, die ihr gemacht wurden. (...) Nach dem Schriftwort (Zach. 13, 7; Mt. 26, 31): "Schlage den Hirten, dann werden sich die Schafe zerstreuen", hat sich der Haß vor allem gegen die Priester und Ordensleute gerichtet. (...)

²³⁷ Fußenegger: Zeitzeuge eines Jahrzehnts, S. 234.

²³⁸ Hermann Denz: Kirche, in: Franz Mathis; Wolfgang Weber (Hrsg.): Vorarlberg. Zwischen FuBach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit, Wien-Köln-Weimar 2000, S. 307.

²³⁹ Zit. in: Ebd., S. 309.

²⁴⁰ Wanner, S. 254.

²⁴¹ Wanner, S. 253.

²⁴² Wanner, S. 253f.

²⁴³ Zit. in: Wanner, S. 255ff.

Nun beginnt eine Aufzählung der nationalsozialistischen Maßnahmen gegen die Kirche, u.a. wird die Aufhebung der Klöster und Kirchen, die Behinderung der Seelsorge, die Beschlagnahmung der katholischen Zeitungen etc. erwähnt.

Nach diesem kurzen Rückblick folgt eine Blick in die Zukunft. So fordert der Episkopat die Bevölkerung auf, am Wiederaufbau teilzunehmen.

Wir wissen aber auch genau, daß der Aufbau ohne Gott niemals gelingen wird. Darum erwarten wir von den Baumeistern des neuen Österreich, daß sie dem Herrgott das erste Hausrecht einräumen; darum verlangt die Kirche das überall so laut verkündete Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Je freier die Kirche arbeiten kann, um so besser wird es für das Volk sein.

Die Bischöfe versprechen, daß die Kirche keine Politik treiben wird, sondern ihr "einziges Bemühen wird sein, das Reich der Wahrheit und der Gnade, der Gerechtigkeit und der Liebe, des Friedens und der Heiligkeit aufzurichten." Deshalb müsse besonders die Jugend religiös erzogen werden, um von den "verderblichen neuheidnischen Einflüssen entgiftet" zu werden. Die Jugend spielt also für den Aufbau eine wichtige Rolle, denn sie

(...)ist ja berufen, einmal die Keimzellen des Volkes, die Familien, zu bilden und seien Zukunft zu gestalten. (...) Schließlich bieten wir noch unsere Hand allen, die aus unserer Glaubensgemeinschaft ausgetreten sind und nun wieder zurückkehren wollen, wenn es ihnen ernst ist um die Rückkehr zur Kirche und wenn sie die Echtheit ihrer Reue in der erforderten Probezeit und der eifrigen Betätigung christlichen Lebens erweisen.

8.2 Reversionen

Die Bevölkerung schien sich wirklich ernst "um die Rückkehr zur Kirche" zu bemühen, denn ab dem Jahr 1945 kam es zu einer großen Anzahl von Reversionen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Rückkehr zur Kirche aus reinem Glauben oder Opportunismus erfolgte. Jedenfalls überwiegt die Zahl der Eintritte deutlich die Zahl der Austritte. Auch die Gottesdienstbesuche stiegen bis in die Mitte der fünfziger Jahre an, um dann stetig zu sinken. So ergibt sich vom Maximum im Jahr 1955 zum Minimum im Jahr 1967 ein Rückgang der Anzahl der Gottesdienstteilnehmer von 16,82%.²⁴⁴

8.3 Die "Katholische Aktion"

Da der Kirche entsprechende Organisationen fehlten, war ihr direkter Einfluß auf das öffentliche Leben klein geworden. Deshalb begann die Kirche mit der Neuorganisation der Vereine. Zuerst wurde die "Katholische Aktion" aufgebaut. Die Initiative dazu ging von Bischof Dr. Paul Rusch aus, der zur damaligen Zeit Apostolischer Administrator in Innsbruck war. Die "Katholische Aktion" gliederte sich in drei Komponenten: So sollte sie, ebenso wie die Pfarrgemeinderäte, zu je einem Drittel aus Männer, Frauen und Jugendlichen bestehen. Der Vorteil dieser Einteilung war, daß es ein "Neuanfang war, daß also die alten Traditionen nicht nur hemmend wirkten"²⁴⁵. Als "erster österreichischer Jugendbischof" setzte sich Dr. Rusch vehement für die Jugend ein. So wurde der Priester Jakob Fußenegger, nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, zum "Jugendseelsorger" ernannt. Als solcher organisierte er gemeinsam mit der Hohenemser Pfarrjugend und Kaplan Ernst Hofer am 29.9.1945 den ersten "Landesjugendtag", an dem ca. 2000 Jugendliche teilnahmen. Die Mädchen waren bei diesem Treffen in der Überzahl, da sich viele junge Männer als Soldaten in Kriegsgefangenschaft befanden.

Neben diesen Zusammenkünften wurden auch wieder Exerzientage abgehalten. Diese ersten Kurse wurden im Kloster Riedenburg und im neu erbauten Jugendhaus Batschuns angeboten. Die neuen Jugendhäuser und Pfarrheime lösten die "Vereinshäuser" ab. Sie beherbergten vor allem Gemeinschaftsräume und Heimzimmer für die Pfarrjugend. Als Beispiel für diese Neuerung soll

²⁴⁴ Siehe Denz, S. 307.

²⁴⁵ Zit. in: Ebd., S. 309.

das Pfarrheim St. Gallus in Bregenz genannt werden, das am 12.11.1950 geweiht wurde. Neben dem Jugendhaus in Batschuns wurde auch in St. Arbogast ein Jugendzentrum gegründet.²⁴⁶

Weiters standen u.a. Brautleutetage, Bibelwerkwochen, Einkehrtage für Ausschulende etc. auf dem Programm.²⁴⁷ Als Höhepunkte der kirchlichen Zusammenarbeit mit der Jugend sind die Tausendjahrfeier des Hl. Gebhard auf dem Gebhardsberg bei Bregenz am 28.8.1949, und die Romwallfahrt der "Katholischen Arbeiterjugend" (KAJ) im Jahr 1953 zu erwähnen. Ersteres Treffen stand unter dem Motto: "Bewahren und Bewähren". Neben Vertretern des Papstes nahmen zahlreiche Bischöfe und über 10.000 Gläubige aus Vorarlberg und dem benachbarten Ausland daran teil. Papst Pius XII. sandte ein Telegramm mit "*innigen väterlichen Wünschen für das Wachstum des Glaubens und der Liebe*" und versprach, "*aus überströmendem Herzen seinen Segen*" zu spenden.²⁴⁸

Die Lage der Kirche begann sich nun zu stabilisieren. Dies verdeutlicht die Tatsache, daß in den Jahren 1945 und 1946 eine Vielzahl von verschiedenen Tagungen, Dekanekonferenzen, Seelsorgerwochen etc. stattfand. Von Dr. Georg Weber wurde ein neues "Gotteslob" herausgegeben. Als Zeichen für die Beständigkeit der Kirche errichteten Pfarrer Wendelin Gunz und Feldkircher Pfadfinder auf dem Berg "Zimba" ein Gipfelkreuz.²⁴⁹

Neue Kirchen wurden errichtet. Edwin Fasching erwähnt in seiner "kleinen Kirchengeschichte" am 22.10.1950 die Einweihung von je drei neuen Kirchen in Bludenz, Riezlern und Dornbirn, durch Bischof Rusch.²⁵⁰

Als erste katholische Jugendzeitschrift erschien der "Christopher" ab September 1945, die "amtliche Weisungen und praktische Handreichungen für die Helfer und Helferinnen in der Jugendseelsorge" beinhaltete. Die Edition der Zeitung war nur schwer durchzusetzen, da kaum Papier zur Verfügung stand und für jede Ausgabe die Genehmigung der französischen Militärregierung eingeholt werden mußte. Im Jahr 1948 erfolgte die Auflösung dieser Zeitschrift. Brav nach "Burschen" und "Mädchen" gegliedert, wurden zwei neue Zeitschriften gegründet: Der "Ruf" für die jungen Männer und die "Saat" für die Mädchen.²⁵¹

8.4 Die französische Militärregierung und der einheimische Klerus

Die französische Militärregierung stand den Veränderungen im Bereich der Organisationen der "Katholischen Jugend" skeptisch gegenüber. Vielfach befürchteten sie eine Neuverbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts unter dem Deckmantel der Kirche, weshalb sich die Jugendseelsorger zur Legitimierung ihrer Tätigkeit mit einem Lichtbildausweis bei den Franzosen anmelden mußten. Unter den jugendlichen Helfern in der "Katholischen Jugend" befanden sich teilweise tatsächlich ehemalige HJ- und BDM Mitglieder, die nun den katholischen Vereinen beigetreten waren, weil sie "*(...) in Gemeinschaft leben und im Guten wirken wollten. (...) Das mußte man den Franzosen natürlich nicht unter die Nase binden*"²⁵². Die Angst der Franzosen vor dem Wiedererwachen nationalsozialistischer Ideen, verdeutlicht folgendes Beispiel. Als Bischof Tschann anlässlich des 70. Geburtstags von Papst Pius XII. einen Artikel im "Vorarlberger Volksblatt" veröffentlichte, worin er die Fürsorge des Kirchenoberhauptes für das "deutsche Volk" betonte, verurteilten die französischen Behörden Franz Tschann als "Nazibischof". Unmittelbar darauf kam es zu einem sechswöchigem Erscheinungsverbot der Zeitung.²⁵³ Zu Beginn der "Besatzungszeit" standen sich die Franzosen und der einheimische Klerus noch verbindlich gegenüber. So fand am 13.5.1945 in Feldkirch anlässlich des Festes der Hl. Johanna von Orléans eine Dank- und Siegesfeier der Franzosen auf dem Kirchplatz statt, die von

²⁴⁶ Siehe Fußenegger: Zeitzeuge eines Jahrzehnts, S. 275.

²⁴⁷ Siehe Fasching: 2x7 Jahre, S. 134.

²⁴⁸ Zit. in: Fasching, S. 135.

²⁴⁹ Siehe Ebd., S. 134.

²⁵⁰ Siehe Ebd., S.135.

²⁵¹ Siehe Fußenegger, S. 272.

²⁵² Fußenegger, S. 264.

²⁵³ Siehe Wanner, S. 252.

französischen Geistlichen und Generalvikar Tschann zelebriert wurde. Kundgebungen dieser Art wurden auch in Bregenz, sogar unter Anwesenheit des General de Lattre de Tassigny abgehalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es nach dem Jahr 1945 für die Kirche keine Rückkehr mehr zum Staatskirchentum gab. Hingegen verlangte der Klerus nun vom Staat volle Freiheit in allen kirchlichen Bereichen. Weiters beschäftigte sich die Kirche mit sozialen Themen, wie beispielsweise der Familienpolitik und der Schulfrage.

9. Resümee

Nachdem die Kirche seit der Gegenreformation bis in die Zeit des Ständestaates immer mit dem Staat zusammengearbeitet hatte, wurde diese Entwicklung durch den Nationalsozialismus unterbunden. Das die Arbeit der Kirche durchgeführt werden konnte, ist auch zu einem großen Teil der Bevölkerung zu verdanken, die oft "Widerstand" leistete, in dem sie beispielsweise Einschränkungen, wie das Prozessionsverbot, ignorierte. Auch einzelne Priester wehrten sich gegen die Maßnahmen des NS-Regimes, was viele von ihnen mit Haft, Konzentrationslager oder gar ihrem Leben büßen mußten. Die Zeit in den Jahren 1938 bis 1945 war für die Kirche sicherlich keine leichte. Dennoch versuchte sie, ihren Weg zu gehen, was ihr zwar mit Einschränkungen, doch gelungen ist.

10. Anhang

10.1 Personalstand des Klerus im Jahr 1939

Tabelle : Personalstand des Welt- und Ordensklerus

	Weltpriester		Männer			Frauen		orden	
Landrat	Priester		Laienbr	Kleriker	Novizen	Chorfr	Laienschw.	Novizen	Kandid
Feldkirc h	77	44	66	-	30	30	278	7	-
Bregenz	76	95	85	22	1	142	316	15	13
Bludenz	51	14	6	-	-	24	122	4	1
alle	204								

In: Dr. Johannes Schöch: Ausweis über den Personalstand des Welt- und Ordensklerus, Stand v. 20.2.1939, DOEW 10.884, DMG Sch. IX/2. Bedeutung der Abkürzungen: Laienbr. = Laienbrüder, Chorfr. = Chorfrauen, Laienschw. = Laienschwestern, Kandid. = Kandidaten.

Um einen Eindruck von der Anzahl der Geistlichen zu geben, die von Maßnahmen des NS-Regimes betroffen waren, möchte ich folgende Aufzählung anführen.

10.2 Überblick über verfolgte Priester in Vorarlberg ²⁵⁴

BACHER, Rudolf *10.9.1909 Götzis. Vom 10. - 18.1.1939 und vom 11. - 13.1.1941 aus politischen Gründen in Gestapohaft in Innsbruck.

BALDAUF, Gebhard *31.10.1878 Feldkirch. Pfarrer in Lustenau. Vom 2. - 23.7.1940 wegen Übertreten der "Werktagsordnung" inhaftiert. Gauverbot ab August 1940.

BERGER, Josef *28.11.1902. Ordensbruder in der Mehrerau. Vom 14.4. - 3.5.1941 in Bregenzer Gestapohaft, dann dem LGF überstellt.

BLUM, Felix *13.8.1911. Pater in Bregenz - Mehrerau. In Gestapohaft im April 1941.

BOHLE, Wilhelm *19.8.1891 Lauterach. Pfarrer in Braz. Vom 11.3. - 1.4.1941 wegen "Beunruhigung des Volkes" inhaftiert.

²⁵⁴ Lexikon: Verfolgung und Widerstand, in: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.): Von Herren und Menschen, S. 267f.

BONETTI, Emil *28.8.1922 Hard. Kaplan. Floh im Mai 1943 in Südtalien aus der Wehrmacht, kam über Umwege nach Wörgl, wo er im Juli 1944 inhaftiert wurde. In Innsbruck zum Tode verurteilt und nach Freiburg überstellt, wo er im Dezember 1944 begnadigt wurde und "Frontbewährung" erhielt. Im April 1945 gelang ihm erneut die Flucht.

BORN, Jakob *25.11.1901 Grellingen (CH). Benediktinerpater im Gallusstift. Vom 21.10.1940 - 13.2.1941 in Gestapohaft, anschließend nach Lindau und dann nach Berlin überstellt.

DÜRR, Franz *17.2.1914 Hard. Geistlicher. Vom 8.5. - 28.5.1941 in Gestapohaft in Innsbruck.

EGLE, Alfred *1.8.1906 Koblach. Geistlicher. Vom 4.11. - 22.11.1940 in Gestapohaft in Innsbruck.

ERATH, Fridolin *22.5.1874 Au. Pfarrer in Andelsbuch. Vom 3.1. - 21.2.1940 in Bregenz in Gestapohaft wegen "Beunruhigung des Volkes".

FASCHING, Edwin Seelsorgeamtsleiter in Feldkirch. Im Februar 1941 wegen "Verschenkens von Schriften" 10 Tage Gestapohaft.

FEUERSTEIN, Josef Pfarrer in Altenstadt. Wegen "Aufwiegelung der Bevölkerung" vom 2.7. - 12.7.1940 in Haft.

FINK, Josef *29.3.1903 Langen bei Bregenz. Geistlicher. Wegen einer Predigt und "kritischen Äußerungen" am 6.4.1939 verhaftet und am 8.7.1939 zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

FLATZ, Jakob Pfarrer in Koblach. In Gestapohaft.

FUSSENEGGER, Anton *11.1.1915 in Feldkirch. Geistlicher. Vom 3.2. - 11.2.1942 wegen Verbreitung von regimefeindlichen Schriften in Gestapohaft in Innsbruck.

FUSSENEGGER, Jakob *27.3.1910 Dornbirn. Kaplan in Hohenems. Ab Juli 1940 10 Tage wegen "Beunruhigung des Volkes" in Gestapohaft.

GÄCHTER, Othmar *15.1.1900 Altach. Pfarrer in Buch. Am 25.9.1939 verhaftet, nach Innsbruck überstellt und am 2.6.1939 ins KZ Dachau deportiert. Am 17.6.1940 entlassen.

GREISSING, Liberat *26.9.1870 Hörbranz. Pfarrer in Dafins. Wegen "Beunruhigung des Volkes" vom 31.7. - 21.8.1940 in Gestapohaft Bregenz.

GRIMM, Alois *24.10.1886 Wertheim/Main. Jesuitenpater. Professor an der Stella Matutina in Feldkirch. Wegen "Wehrkraftzersetzung" und "defätistischen Äußerungen" am 11.9.1944 hingerichtet.

HAUSTEINER, Theodor *11.4.1912 Tschagguns. Geistlicher. Benefiziat der Seekapelle in Bregenz. Vom 26.11.1940 - 9.1.1941 in Gestapohaft wegen "Beunruhigung des Volkes". Anschließend "Gauverbot".

HEFEL, Richard *28.8.1886 Schruns. Pfarrer in Hard. Ab 23.9.1940 drei Wochen in Gestapohaft wegen "Zettel mit mangelhaftem Impressum" im Schriftenstand der Kirche.

KLEINBROD, Hugo *19.9.1909 Dornbirn. Kaplan in Lustenau. Ab 21.8.1943 drei Wochen in Gestapohaft wegen starker "Beeinflussung der Jugend".

KNECHT, Alois *9.12.1894 Rankweil. Pfarrer. Vom Oktober 1939 bis April 1945 in den Konzentrationslagern Dachau und Sachsenhausen, weil er durch seine Predigten "Unruhe ins Volk" getragen habe.

KNÜNZ, Hermann Pfarrer in Silbertal und Gaschurn. Mehrere Festnahmen, dauernde Belästigung durch die Gestapo.

KOLB, Otto *16.10.1913 Hohenems. Pfarrprovisor in Buch. Im Mai und im September 1940 jeweils 10 Tage in Gestapohaft.

LAMPERT, Carl *9.1.1894 Göfis. Hingerichtet am 13.11.1944 in Halle. Als Geistlicher kam Lampert schon früh in Konflikt mit den NS-Machthabern. Er wurde nach längeren KZ-Aufenthalten in Sachsenhausen und Dachau aus fadenscheinigen Gründen vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt.

LAMPERT, Josef Gebhard *19.4.1902 Göfis. Kapuzinerpater. Wegen Unterstützung eines entwichenen Häftlings vom 13.7. - 16.7.1940 in Gestapohaft in Innsbruck.

MELK, Rudolf *4.9.1908 Feldkirch. Geistlicher. Kontakte zur Gruppe Malin. Am 17.1.1945 verhaftet und in Bludenz eingesperrt. Überstellung nach Feldkirch. Entging nur durch Selbstmordversuch am 22.1.1945 der Deportation.

NACHBAUR, Raimund Kapuzinerpater in Bludenz. Ab 4.6.1941 drei Wochen Gestapohaft.

NAGEL, Guntram *5.3.1877 Höchst. Pfarrer in Frastanz. Wegen "staatsfeindlichen Verhaltens" ab 22.10.1938 vier Wochen und ab 14.8.1940 drei Wochen in Gestapohaft, anschließend "Gauverbot".

NATTER, Hermann *10.6.1901 Dornbirn. Geistlicher. Wegen einer Predigt vom 27.6. - 17.7.1940 in Gestapohaft in Innsbruck.

NESENSOHN, Julius *9.7.1911 Laterns. Kaplan in Doren. In Gestapohaft vom 23.3. - 27.3.1940.

NETZER, Heinrich Pfarrer in Fontanella. Im Juni 1940 drei Wochen in Gestapohaft.

PLATTNER, Otto *6.2.1906 Rietz/Tirol. Kapuzinerpater. Vom 7.12.1940 - 24.2.1941 in Gestapohaft.

RHEINBERGER, Alfons Pfarrer in Egg. Im Frühjahr 1944 zu sechs Monaten Haft wegen "falscher Zeugenaussage" verurteilt.

SAHLER, Johann. Pfarrer in Ludesch. Vom 11.8. - 10.11.1938 in Gestapohaft.

SCHEIER, Ignaz *9.4.1903 Götzis. Kaplan in Dornbirn. Kurze Gestapohaft in Dornbirn 1938. Vom 16.10. - 19.10.1941 wieder in Bregenzer Gestapohaft.

SHELLING, Georg 1906-1981, Geistlicher. Als Chefredakteur des "Vorarlberger Volksblattes" bereits im März 1938 verhaftet. Über Innsbruck und das Konzentrationslager Buchenwald nach Dachau deportiert und bis Kriegsende inhaftiert.

STRASSER, Josef. Pfarrer in Rankweil. Vom 11.5. - 24.5.1940 in Gestapohaft in Feldkirch.

TRIENDL, Josef Kapuzinerpater in Bludenz. Ab 4.6.1941 drei Wochen in Gestapohaft.

TSCHANUN, Theodor *27.2.1879 Gaschurn. Kapuzinerpater. Im Sommer 1939 wegen

Übertretung des "Kanzelparagraphen" sechs Monate in Haft. Im November 1941 drei Wochen Gestapohaft.

WEBER, Georg. *26.2.1909 Altach. Jugendseelsorger in Innsbruck. Vom 14.7.1943 - 28.3.1944 In Innsbruck und Berlin wegen illegaler Jugendarbeit inhaftiert.

WILD, Anselm Kapuzinerpater. Ab 11.3.1942 drei Wochen in Gestapohaft.

WÜRL, Siegfried *19.2.1894 Kennelbach. Kaplan. Wegen "Äußerungen gegen Führer und Partei" ab 22.9.1939 in Innsbruck inhaftiert, anschließend bis 29.4.1945 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau.

ZECH, Adolf Pfarrer in Klösterle. Im September 1938 zwei Wochen in Gestapohaft.

Bibliographie

BURMEISTER, Karl Heinz: Geschichte Vorarlbergs, Dornbirn 1983.

DACHS, Herbert; HANISCH, Ernst; KRIECHBAUMER, Robert (Hrsg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Schriftenreihe des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg; MATHIS, Franz; WEBER, Wolfgang (Hrsg.): Vorarlberg. Zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit, Wien-Köln-Weimar 2000, Bd. 6.

DESCHNER, Karlheinz: Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert. Von Leo XIII: 1878bis zu Pius XI. 1939, Bd. 1, 1991.

DREIER, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer". Vorarlberg im Umbruch 1918- 1938, Bregenz 1986.

FASCHING, Edwin: 2x7 Jahre. Eine kleine Kirchengeschichte Vorarlbergs der Kriegs- und Nachkriegszeit nach Tagebucherinnerungen, in: Die Quelle (Sonderheft Vorarlberg) 1952, 6. Jahrgang, Nr. 5, S. 130-135.

FRIED, Jakob: Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich, Wien 1947.

FUSSENEGGER, Jakob: Zeitzeuge eines Jahrzehnts 1938- 1948. Ein Priester erzählt, Dornbirn 1988.

FUSSENEGGER, Jakob: KZ-Lagerdekan Georg Schelling. 200 Briefe aus dem KZ, Dornbirn 1991.

HANISCH, Ernst: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918- 1938, Wien 1977.

JABLONKA, Hans: Waitz-Bischof unter Kaiser und Hitler, Wien 1971.

JOHANN-AUGUST-MALIN-GESELLSCHAFT (Hrsg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945, Dornbirn 1984.

KARL-VON-VOGELSANG-INSTITUT (Hrsg.): Gelitten für Österreich. Christen und Patrioten in Verfolgung und Widerstand, Wien.

KEMPNER, Benedicta Maria: Priester vor Hitlers Tribunalen, München 1966.

KLEE, Ernst: Persilscheine und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen, Frankfurt am Main 1991.

KLOSTERMANN, Ferdinand; KRIEGL, Hans; MAUER, Otto; WEINZIERL, Erika (Hrsg.): Kirche in Österreich 1918-1965, Wien- München 1966/1967, 2 Bde.

LEISCHING, Peter: Kirche und Staat in den Rechtsordnungen Europas. Ein Überblick, Freiburg 1973.

LIEBMANN, Maximilian: Theodor Innitzer und der Anschluß. Österreichs Kirche 1938, Wien 1988.

LIEBMANN, Maximilian: Vom März zum Oktober 1938. Die katholischen Diözesanbischöfe und der Nationalsozialismus in Österreich, St. Pölten 1988.

MACHEINER, Eduard: Diener Jesu Christi. Festschrift zum fünfundzwanzigsten
 Carl Lampert erinnern
 www.provikar-lampert.at

Katholische
Kirche
 Vorarlberg

Priesterjubiläums des Erzbischofs von Salzburg, Dr. Andreas Rohracher, Salzburg 1965.

NEUHÄUSLER, Johann: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, München 1946, 2 Bde.

REIMANN, Viktor: Innitzer. Kardinal zwischen Hitler und Rom, Wien 1967.

SHELLING, Georg: Die Nacht ist um, in: Vorarlberger Volkskalender 1947, S. 121- 129.

SCHNABEL, Raimund: Die Frommen in der Hölle. Geistliche in Dachau, Frankfurt 1965.

SCHÖNHERR, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39, Dornbirn 1981.

TSCHOL, Helmut: Der Kampf um den schulischen Religionsunterricht in Tirol 1938- 1945, in: Jahresbericht des Paulinum Schwaz 1977/78, S. 32- 57.

VALLASTER, Christoph: Die Bischöfe Vorarlbergs, Dornbirn 1988.

WALSER, Gaudentius: Dreimal zum Tode verurteilt. Carl Lampert - ein Glaubenszeuge für Christus, Bern 1985.

WALSER, Gaudentius: Provikar Dr. Carl Lampert. Zeuge in gnadenloser Zeit, Dornbirn- Innsbruck.

WANNER, Gerhard: Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg. Schriften zur Vorarlberger Landeskunde, Bd. 9, Dornbirn 1972.

WEINZIERL- FISCHER, Erika: Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, Wien 1960.

WEINZIERL, Erika: Ecclesia semper reformanda. Beiträge zur österreichischen Kirchengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Wien- Salzburg 1985.

WEINZIERL, Erika; SKALNIK, Kurt: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Wien 1983, 2 Bde.